

der ruhr-student

UNIVERSITÄTSARCHIV BOCHUM

Kleine Sammlungen

K 2

bildungswerbung

Aus dem Inhalt: Interviews mit
Bundesminister Dr. Stoltenberg
und Frau Dr. Hamm-Brücher
Beitrag von Kultusminister
Prof. Dr. Mikat

YN 2040-15



Außerdem: Aktuelle Berichte
von den Universitäten
Bochum und Dortmund

YN 8311/15





1-10-172

Ohne Lärm, ohne Auspuffgase

Europas erstes Brennstoffzellen- boot

Energie-Direktumwandlung durch kalte Verbrennung – ein ebenso schwieriges wie faszinierendes Problem, nicht nur für den Fachmann. Mit dem Bau des ersten Brennstoffzellenbootes in Europa kamen unsere Wissenschaftler und Ingenieure seiner praktischen Lösung einen entscheidenden Schritt näher: Im Forschungslaboratorium der Siemens-Schuckertwerke gelang es, nach einem besonderen Verfahren großflächige Elektroden für Brennstoffzellen herzustellen. Die Zellen werden mit Wasserstoff und Sauerstoff

betrieben. Dabei wird die chemische Energie des Wasserstoffs in elektrische Energie umgewandelt – und zwar ohne Umwege über verlustreiche thermische Zwischenprozesse. Eta, das technische Symbol für Wirkungsgrad, gab dem Boot den Namen. Es wurde anlässlich der Einweihung unseres Erlanger Forschungszentrums erstmals öffentlich vorgeführt: ein Beispiel von vielen aus der Forschungs- und Entwicklungsarbeit des Hauses Siemens auf allen Gebieten der Elektrotechnik.

Zum Thema



Wir müssen um unserer Zukunft willen dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt eine Gasse bahnen. Die Aufgaben und Möglichkeiten der Forschung und technischen Entwicklung nehmen zu; sie fordern neben steigenden Investitionen immer mehr qualifizierte Kräfte. Die Industrienationen müssen mit diesem Problem fertig werden, wenn sie in dem scharfen Wettbewerb untereinander bestehen wollen. Denn das Wohl

des Ganzen hängt von der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, diese aber vom Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie vom Tempo und der Wirksamkeit des technischen Fortschritts ab.

Brauchen wir uns über Mangel an hochqualifiziertem Nachwuchs zu wundern, wenn nachweisbar ist, daß nur ca. 5 v. H. unserer Studenten aus Arbeiterfamilien stammen? Wir müssen daher nicht nur unsere Mittel, son-

dern auch unsere Phantasie anstrengen und alle Energie daransetzen, um unsere Begabtenreserven voll auszuschöpfen.

A stylized, handwritten signature in dark ink, which reads 'Lübke'.

Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke

●● Verschiedenes.

**Wir bauen sieben verschiedene KADETT-Modelle.
Und von jedem dieser Modelle noch verschiedene Versionen.
Mit verschiedenen Motoren. Mit verschiedenen Bremssystemen.
Mit verschiedenen Schaltungen. Verzwickt.**

**Aber nur Mut — in den letzten vier Monaten ist es
immerhin mehr als hunderttausend verschiedenen Leuten geglückt,
sich unter den verschiedenen OPEL KADETT
den richtigen herauszusuchen.**



Sicheres Fahrverhalten durch günstige Gewichtsverteilung (Motor vorn, Antrieb und Kraftstofftank hinten), durch Zentralgelenk-Hinterachse und leichtgängige, exakte Zahnstangenlenkung. Beschleunigung mit 45 PS-Motor von 0 auf 100 km/h in 22 sec, mit 55 PS S-Motor (gegen Mehrpreis) in 18 sec. Weitere KADETT-Vorzüge: Großer Kofferraum, leiser

Motor, wirksame Heizung. Unterbodenschutz. 12-Volt-Anlage. Preise ab Werk Bochum: KADETT 2türlich DM 5175.—, KADETT 4türlich DM 5525.—, KADETT L 2türlich DM 5625.—, KADETT L 4türlich DM 5975.—, KADETT Coupé DM 5775.—, KADETT CarAVan DM 5585.—, CarAVan L DM 5945.—. Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

OPEL
Kadett
KURZ GESAGT O.K.

Leitartikel

Obwohl die „Aktion 1. Juli“ eindrucksvoll war, ist es bei diesem Auftritt — bis auf die wirklich intensiven Bemühungen der Studentenschaften im Südbadischen Raum — zum größten Teil geblieben.

Richtig ist, daß die Mahnungen um den Abbau des Bildungsnotstandes — umgesetzt in die Tat — erwiesen haben, daß es gilt, sich zunächst auf das Problem der Bildungswerbung zu konzentrieren.

Die internationalen Vergleichszahlen, mit denen operiert wird, sind bekannt; es ist müßig, sie hier erneut aufzuführen — nur sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik in der Kategorie „Wissenschaftsinvestitionen“ an einer der letzten Stellen in der „Weltrangliste“ steht.

Das Grundgesetz sagt in Art. 12 aus: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ Dieses Recht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte setzt die **Möglichkeit** der freien Wahl voraus, was bedeutet, daß der Start zur selbständigen Berufsausbildung gleich ist. Dieser Grundsatz der Chancengleichheit ist im Prinzip bei uns anerkannt, in seiner Verwirklichung jedoch bei weitem noch nicht realisiert.

Voraussetzung hierfür ist, — ist das Bemühen um die Heranführung des Nachwuchses, insbesondere aus den Arbeitnehmerkreisen, echtes Anliegen des Staates, — daß neben Schulreform, neben Hochschulreform, neben dem seit langem geforderten Ausbildungsförderungsgesetz (von den Parteien des Bundes noch einmal nachdrücklichst auf dem VIII. Deutschen Studententag 1965 als notwendig zuerkannt — bis heute noch nicht in Angriff genommen) eine umfassende Unterrichtung über die Bildungsmöglichkeiten — Bildungswerbung — getrieben wird.

Der „ruhr-student“ hat es sich mit dieser Ausgabe zum Ziel gesetzt, ausführlich auf die Problematik der Nachwuchsförderung hinzuweisen und sieht es als eine seiner Aufgaben an, insbesondere im Ruhrgebiet, Bildungswerbung zu betreiben. (Wenn der Bundesdurchschnitt auf 1000 Einwohner 3,6 Studenten beträgt, dieser Wert jedoch im engeren Ruhrgebiet nur 1,9 Studenten auf 1000 Einwohner beträgt, so gibt dieses allein Anlaß zu höchsten Bedenken und zur Initiative.) Unter dem Aspekt der Chancengleichheit bedeutet Bildungspolitik somit nicht ausschließlich Förderung der Wissenschaft, sondern vielmehr wird dadurch entscheidend unsere Sozialstruktur bestimmt.

Daß eine intensive Bildungswerbung — in studentischen Kreisen „Student auf's Land“ genannt — eine Bevölkerungsschicht anspre-

chen soll, deren Ausbildung bislang nicht das akademische Studium, selten der Besuch einer Höheren Schule ist, ist jedermann klar, aber gerade in diesen Kreisen glaubt man, Begabtenreserven freisetzen zu können.

Die Anstrengungen der Bildungswerbung gehen somit zunächst von dem Gesichtspunkt aus, den bildungsfremden Bevölkerungsschichten nicht nur deren Chancen durch eine bessere Ausbildung beizubringen, sondern sie zuvor mit den Möglichkeiten überhaupt vertraut zu machen.

Will man dem Interesse in vollem Umfang gerecht werden, so sollte in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß eine gezielte Bildungspolitik, die eine starke Resonanz findet, nicht nur ausschließlich Wissenschaftsförderung ist, sondern Folgen nach sich zieht, die wesentlich bedeutsamer sind, u. a. nämlich würde dann die Sozialstruktur unseres Volkes in der Zukunft eine entscheidende Änderung erhalten. Eine gute Ausbildung bedingt einen Sozialstatus auf höherem Lebensstandard, mitverantwortliches Handeln und Denken um Staat und Gesellschaft.

Der Bundespräsident hat in dieser Ausgabe die Ausschöpfung der Begabtenreserven gefordert, hierzu sind zahlreiche Verbesserungen, Reformen und Initiative, wie auch eine bessere Förderung der Wissenschaft, erforderlich.

Der „ruhr-student“ versucht, die Forderung um die Ausschöpfung der Begabtenreserven nicht ein „geflügeltes Wort“ sein zu lassen, er wird sich in den nächsten Ausgaben für eine intensive Bildungswerbung einsetzen. Er ist der Meinung, sie ist notwendiger denn je.

Mit der „Aktion 1. Juli“, zu der der VDS im vergangenen Jahr aufgerufen hatte und in deren Rahmen hunderttausend Studenten für eine wirksamere Bildungspolitik demonstrieren, ist die politische Aktivität der Deutschen Studentenschaft in eine neue Phase getreten. Es ist nicht so, daß sich die Studentenschaften von den bislang verfolgten studentenschaftspolitischen und fachlichen Interessen ein anderes Aufgabengebiet damit zu verschaffen versuchen, sondern die bislang von den verantwortlichen Stellen unzureichend betriebene Bildungspolitik veranlaßte die Deutsche Studentenschaft, nicht nur mahnend, sondern auch verantwortungsvoll für den Nachwuchs aufzutreten.



Vorsitzender der Studentenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Finanzierung der Hochschulen:

Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern.



ruhr-student:

In der letzten Zeit gingen erschreckende Zahlen durch die Presse. Aus einer OECD-Untersuchung geht hervor, daß Westeuropa auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung einen großen Nachholbedarf hat. Innerhalb Westeuropas nimmt die Bundesrepublik einen sehr schlechten Platz ein. Die technische Zahlungsbilanz der Lizenzen der Bundesrepublik ist negativ, sehr viele junge Wissenschaftler wandern in die USA ab, andere drohen mit Streik. Herr Minister, zwingen diese Erscheinungen nicht zu sehr radikalen Konsequenzen?

Dr. Stoltenberg:

Bund und Länder müssen im Zusammenwirken mit den wissenschaftlichen Hochschulen und Selbstverwaltungsorganen der Wissenschaft die Ursachen der Abwanderung beseitigen. Dabei gilt es in erster Linie, die erforderlichen materiellen Voraussetzungen zu schaffen. Ebenso wichtig ist aber die Verwirklichung der Hochschulreform, für die gerade die neuen Hochschulen Bahnbrecher werden können.

Die Aufwendungen für die Wissenschaft in den letzten Jahren haben bereits zu ersten Erfolgen geführt; einige Wissenschaftler sind bereit, nach Deutschland zurückzukehren. Die Vermittlungsstelle für deutsche Wissenschaftler im Ausland hat die Aufgabe übernommen, die abgerissenen Kontakte zwischen den deutschen Wissenschaftlern im Ausland und den Forschungsstätten im Inland wiederherzustellen.

ruhr-student:

Müßte der Anreiz, in der BRD zu bleiben, nicht zuallererst von der Wissenschaft ausgehen? Ein junger Forscher muß z. B. in der Bundesrepublik jahrelang oder gar jahrzehntelang dienen, bis er Ordinarius ist. In den USA steht er im Institut wissenschaftlich gleich, hat also mehr Chancen. Ist hier nicht ein Ansatz zu radikalen Konsequenzen?

Dr. Stoltenberg:

Die Chancen für deutsche Wissenschaftler sind durch die Vermehrung der Lehrstühle und die Einrichtung von Planstellen für den sogenannten Mittelbau bereits wesentlich verbessert worden. Dies gilt auch für den Bereich außerhalb der Hochschulen. Ein Problem bilden neben der Verbesserung der Stellenkegel und Fragen der Hochschulreform auch die höhere Bezahlung der Wissenschaftler in einigen ausländischen Staaten. Die Bundesregierung bemüht sich, die Einkommensverhältnisse der qualifizierten Wissenschaftler zu verbessern. Sie hat jetzt auf meinen Antrag, die zuständigen Bundesministerien beauftragt, dem Kabinett entsprechende Vorschläge zu machen.

ruhr-student:

Herr Minister, Sie haben schon mehrmals in diesem Gespräch auf die Hochschulreform hingewiesen und sie auch grundsätzlich bejaht. Wie weit soll die Reform Ihres Erachtens gehen? Meinen Sie, daß die Universität „im Kern gesund“ ist?

Dr. Stoltenberg:

Ich glaube schon, daß die Universität im Kern gesund ist. Aber auch ein gesunder Organismus muß sich entwickeln und vielleicht sogar entscheidend umstellen.

Die Stichworte in der öffentlichen Diskussion sind bekannt. Es geht um die Frage des Lehrkörpers, wobei verschiedene Lösungsmöglichkeiten zur Zeit zur Diskussion stehen. In den naturwissenschaftlich-technischen Fächern ist teilweise die Entwicklung auf das Department-System hin vorgesehen. Es gibt aber auch andere Überlegungen an anderen Universitäten, stärker auf Parallellehrstühle hin vorzugehen.

Die Frage der Kräftigung und der Anhebung des Mittelbaus in der Hierarchie ist das zweite große Thema, damit zusammenhängend auch unser Habilitationsverfahren. Ich habe in der Bundestagsdebatte über die Wissenschaft und Forschung darauf hingewiesen, daß die juristische Fakultät einer der größten deutschen Universitäten seit 1950 keine Habilitation durchgeführt hat. Sicher ist das eine

Ausnahme — man soll sich vor Verallgemeinerungen überhaupt hüten. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die gewaltigen Ausbauprogramme und die Neugründungen, die jetzt in Gang gesetzt wurden, nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen, wenn wir nicht eine ganz beträchtliche Steigerung der Zahl der Hochschullehrer erreichen können, d.h. durch eine wesentlich stärkere Gewinnung des qualifizierten Nachwuchses. Insofern ist das Habilitationsverfahren ein ganz wesentlicher Punkt.

Schließlich gehört dazu das Thema, das jetzt den Wissenschaftsrat beschäftigt, nämlich die Reform der Studienordnungen und eine Verkürzung des Studiums. Dieser Gedanke, den zunächst ja vor allem der Bundestagsabgeordnete Dichgans in die Diskussion gebracht hat, ist zunächst sehr unterschiedlich aufgenommen worden. Unabhängig aber von der Frage, ob alle Vorschläge von Herrn Dichgans richtig und realistisch sind, ist doch heute die Überzeugung wohl allgemein, daß wir zu einer Verkürzung der Studiengänge kommen müssen, gerade auch im internationalen Vergleich, wenn wir mit dem Problem der Überfüllung fertig werden wollen, aber auch wenn wir den Studenten den Zugang zum Beruf überhaupt erleichtern wollen, und um den Anforderungen der Gesellschaft gerecht zu werden.

ruhr-student:

Besteht nicht die Möglichkeit, Herr Minister, dem Bund größere Kompetenzen im Bereich der Organisation der Forschung an den Hochschulen zu geben, damit die Reformen schnell und einheitlich durchgeführt werden?

Dr. Stoltenberg:

Ich glaube nicht, daß wir sehr große Aussicht haben, durch eine Verfassungsänderung die Gewichte zwischen Bund und Ländern völlig zu ändern. Der einzig konkrete Vorschlag, den es jetzt gibt, ist der sehr wichtige Gedanke in dem Gutachten der Finanzkommission, nämlich daß die Finanzierung des Ausbaus der wissenschaftlichen Hochschulen durch eine Verfassungsänderung zu einer Gemeinschaftsaufgabe erklärt wird.

Das würde natürlich voraussetzen, daß der Bund auch bei der Erarbeitung der Konzeption eine vollverantwortliche Mitwirkung hat, über die er gegenwärtig nicht verfügt. Auch die Mitarbeit im Wissenschaftsrat sichert das im Augenblick noch nicht, weil die Anträge der Länder zum großen Teil zu spät zum Wissenschaftsrat kommen, wenn die Entscheidungen im Grunde schon gefallen sind.

Der ruhr-student sprach mit Bundesminister Dr. Stoltenberg

Der Bund würde sicher eine solche Möglichkeit gern ergreifen, aber es ist eine Frage an die Länder, ob sie bereit sind, einer solchen Verfassungsänderung zuzustimmen.

Sollte es nicht zu einer Verfassungsänderung kommen, werden wir den Weg der Verwaltungsabkommen weiter gehen müssen, durch den der Bund zweifellos im Bereich der Hochschulen in dem Sektor des einmaligen Ausbaus eine gewisse Mitwirkung gewonnen hat. Hier bedarf es — das habe ich auch in der Bundestagsdebatte betont — noch einer rechtzeitigeren Abstimmung der Planungen, weil wir sonst in die finanziellen Schwierigkeiten hineinkommen, die wir in diesem Jahr haben.

ruhr-student:

Das ist das Stichwort für die nächste Frage, Herr Minister. Die Hochschulen und zahlreiche Verbände, unter anderem auch die Studentenschaften, haben sich enttäuscht gezeigt, daß gerade deren Mittel im Etat 66 gestrichen wurden. Das steht doch im Widerspruch zu dem, was Sie am 24. 12. 65 im „Handelsblatt“ schrieben: „Es ist zu erwarten, daß diese Erhöhung im Wissenschaftsbereich proportional stärker sein wird als bei anderen Ausgabepositionen des Bundeshaushaltes. Das Gesagte gilt besonders für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen...“ Und nun sind von Ihrem Ansatz 150 Millionen gestrichen worden.

Dr. Stoltenberg:

In dem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vom 4. 6. 1964 haben sich Bund und Länder verpflichtet, für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen je 250 Millionen DM jährlich bereitzustellen. Der Betrag beruhte auf dem Ausbauplan des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1960, der ein Bauprogramm mit einem Volumen von 2,6 Milliarden DM innerhalb von vier Jahren vorsah.

Diese Bauplanung ist inzwischen durch Neuplanungen und Kostensteigerung weitgehend überholt. Das Gesamtvolumen der Bauvorhaben, für die die Länder 1966 Bundeszuwendungen beantragt haben, ist auf rund 6 Milliarden DM gestiegen. Der Bund hatte deshalb bereits 1965 seine Leistungen über den im Verwaltungsabkommen vorgesehenen Jahresbetrag von 250 Millionen DM hinaus erhöht. Nach dem Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplanes 1966 sollen die Bundeszuwendungen für den Hochschulausbau von 281,3 Millionen DM im Jahre 1965 um 90,7 Millionen auf 372 Millionen DM, das heißt um

32 %, in einem Jahr erhöht werden. Davon sind 350 Millionen DM für den Ausbau der bestehenden Hochschulen und erstmalig 22 Millionen DM für die neuen Hochschulen bestimmt.

Es trifft zu, daß für 1966 beträchtliche zusätzliche Mittel erforderlich wären, um alle geplanten oder bereits eingeleiteten Bauvorhaben termingemäß weiterzuführen. Nach Auffassung der Bundesregierung sind jedoch in erster Linie die Länder als Träger der wissenschaftlichen Hochschulen für die Deckung der zusätzlichen Kosten verantwortlich. Eine automatische Verpflichtung der Bundesregierung zur fünfzigprozentigen Mitfinanzierung des erhöhten Bauvolumens besteht nicht.

Bei dieser finanziellen Lage ist es besonders wichtig, daß bald ein neuer mehrjähriger Gesamtplan für den weiteren Hochschulausbau bis 1970 zur Verfügung steht, an dem zur Zeit im Wissenschaftsrat gearbeitet wird. Dabei muß unter Mitwirkung der Vertreter des Bundes und der Länder versucht werden, durch Festlegung von Prioritäten auf ein Bauvolumen abzustellen, das im Hinblick auf die realen finanziellen Möglichkeiten von Bund und Ländern zu verwirklichen ist und den vordringlichsten Raumbedarf befriedigt. Die Bundesregierung geht dabei von weiter steigenden Bundesleistungen aus.

ruhr-student:

Wie steht es speziell um die Bezuschussung der Neugründungen?

Dr. Stoltenberg:

Die Bundesregierung hat sich wiederholt bereit erklärt, auch die Errichtung von neuen wissenschaftlichen Hochschulen mitzufinanzieren. Die Länder haben am 4. 6. 1964 ein Abkommen über die Finanzierung der Universitäten Bochum, Bremen, Dortmund, Konstanz und Regensburg abgeschlossen und dem Bund eine finanzielle Beteiligung freigestellt, die jedoch zu einer Verminderung der Länderbeiträge führen sollte. Der Bundeskanzler hat den Ländern am 17. November 1964 die Voraussetzungen für einen Beitritt des Bundes genannt. Als wesentlich hob er hervor, daß ein Bundeszuschuß zu einer Erhöhung des Investitionsfonds führen und die Finanzierung der neuen Medizinischen Akademien ebenfalls gesichert werden müsse, weil der Andrang zum Medizinstudium besonders gravierend ist und der Wissenschaftsrat schon 1961 die Neugründung mehrerer Medizinischer Akademien empfohlen hat. Die Länder haben Ende 1965 das Angebot des Bundes grundsätzlich angenommen und die Übersendung eines Vertragsentwurfes in Aussicht gestellt.

Um die Einstellung der Bauarbeiten und des Lehrbetriebes an der Medizinischen Hochschule Hannover und an der Medizinischen Akademie Lübeck zu verhindern, gewährt der Bund 1966 erstmals Zuschüsse in Höhe von 22 Millionen DM und außerdem Bindungsermächtigungen in Höhe von 30 Millionen DM. Der Bund wird sich 1966 voraussichtlich auch an der Medizinisch-Naturwissenschaftlichen Hochschule Ulm beteiligen.

ruhr-student:

Eine bessere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Hochschulen setzt doch eine Steigerung des Anteils am Sozialprodukt, der der Wissenschaft zugute kommt, voraus?

Dr. Stoltenberg:

Im Bundesbericht Forschung I vom Januar 1965 hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den Anteil an den Gesamtausgaben am Bruttosozialprodukt bis 1970 auf wenigstens 3 % zu steigern. Bei einer angenommenen Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes und unter Annahme der Preise von 1964 von jährlich 4 % bis 1970 würde ein dreiprozentiger Anteil des Bereiches „Wissenschaftliche Forschung“ am Bruttosozialprodukt die Aufbringung von etwa 15 Milliarden DM im Jahre 1970 — gegenüber 7,9 Milliarden DM für 1964 — bedeuten. In den nächsten fünf Jahren wären also die Gesamtausgaben von Staat und Wirtschaft für die wissenschaftliche Forschung zu verdoppeln.

Wir müssen zu einer solchen Erhöhung kommen, weil von den Ausgaben für die wissenschaftliche Forschung unser wirtschaftliches Wachstum entscheidend abhängt und nur so der Leistungsstand der deutschen Wissenschaft und Forschung verbessert werden kann.

ruhr-student:

Eine letzte Frage, Herr Minister: Das „Handelsblatt“ schrieb am 9. 11. 65: „Stoltenberg ist überzeugt, daß der Wissenschaftsminister über sein Ressort hinaus die Aufgabe hat, die Verbindung zur geistig aufgeschlossenen Jugend, also den Studenten, den jungen Wissenschaftlern in den Instituten, an Fachschulen usw., zu pflegen.“ Wie wollen Sie diese Verbindung herstellen?

Dr. Stoltenberg:

Die Verbindung zu den Studenten erfolgt am besten durch direkte Begegnungen, Vorträge, Gespräche und Interviews.

ruhr-student:

Vielen Dank, Herr Minister.

Die Verbesserung der Struktur des weiterführenden Schulwesens

Von
Kultusminister
Prof. Dr. Paul Mikat

Zwei sozialgeographische Schwerpunkte kennzeichnen meine gegenwärtigen Bemühungen um den Ausbau der weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen: Einmal soll durch Neuerrichtung und Erweiterung von Schulen auf dem Lande das Bildungsgefälle Stadt — Land gemildert und allen Jugendlichen gleiche Bildungschancen eröffnet werden. Zum anderen steht gleichberechtigt neben dieser zielstrebigten Förderung des ländlichen Schulwesens die Notwendigkeit, auch die weiterführenden Schulen in den Großstädten systematisch auszubauen. Es hat sich nämlich gezeigt, daß ein hoher Prozentsatz städtischer Kinder — vornehmlich aus Arbeiterfamilien — weder eine Realschule noch ein Gymnasium besuchen, obwohl sie zum erfolgreichen Besuch einer solchen Schule durchaus befähigt wären. Hier liegt ein sehr ernstes erzieherisches — und auch soziologisches — Problem vor, auf dessen Auswirkungen ich immer wieder hingewiesen habe. Insbesondere trägt der kürzlich von mir herausgegebene Strukturplan „Ausbau der Höheren Schule und der Realschule“* der Förderung des großstädtischen Schulwesens Rechnung und verfolgt mit Nachdruck das Ziel, den Besuch weiterführender Schulen durch Kinder aus der Industriearbeiterschaft zu intensivieren. Bei diesen Bemühungen steht naturgemäß das Ruhrgebiet mit seinen Ballungsräumen an erster Stelle.

Wenn wir uns darum bemühen, im Blick auf die zukünftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres hochindustrialisierten Landes, die Zahl der Abiturienten und Realschulabsolventen wesentlich zu erhöhen und wenn wir außerdem davon überzeugt sind, daß eine solche Erhöhung der Schülerzahlen nicht auf Kosten des Bildungs- und Ausbildungs-niveaus gehen darf, dann ist es unerlässlich, Begabtenreserven dort zu erfassen, wo Kinder trotz ihrer Eignung eine weiterführende Schule bisher nicht besucht haben. Kein Volk kann es sich heute leisten, seine Begabungen verkümmern zu lassen! Technischer Fortschritt und Sicherung des Lebensstandards sind eng mit dem Bildungs- und Ausbildungsstand verbunden. Aber nicht nur aus der Verantwortung um die Gesamtheit der Bürger heraus ist die Sicherung eines leistungsfähigen Bildungswesens unerlässlich, sondern jeder hat Anspruch darauf, Schulen besuchen zu können, die seiner Leistungsfähigkeit und Bildungswilligkeit angemessen sind. Es geht um die Bildung jedes Einzelnen, denn unsere Zeit erfordert von allen mehr an geistiger Aufgeschlossenheit, an Wissen und intellektueller Reaktionsfähigkeit als jemals zuvor.

Relativer Schulbesuch und Bedarf an Schulen
Aufgabe des genannten Plans ist es, auf Grund einer sorgfältigen Strukturuntersuchung aufzuzeigen, in welchem Umfang und aus welchen Gründen in den einzelnen Stadt- und Landkreisen ein Bedarf an Schulneugründungen im Bereich der Höheren Schule und der Realschule vorliegt.

Wie vordringlich der Ausbau der Höheren Schule und der Realschule in manchen Stadt- und Landkreisen ist, zeigt das Ergebnis dieser Untersuchung:

Für alle Kreise ist der relative Schulbesuch ermittelt worden, d. h. es wurde berechnet, wieviele von 100 Jugendlichen eines in Betracht kommenden Altersjahrganges im Durchschnitt eine Höhere Schule oder eine Realschule besuchen. Diese relativen Zahlen schwanken bei der Höheren Schule zwischen 25,7 und 5,7 (Landesdurchschnitt: 12,5), bei der Realschule zwischen 22,2 und 3,2 (Landesdurchschnitt: 11,0).

Es gibt also Kreise, in denen vier- bis fünfmal mehr Schüler die Höhere Schule besuchen als in anderen Kreisen. Bei der Realschule ist die Diskrepanz noch größer.

Im vorliegenden Zusammenhang interessiert in erster Linie die Situation des Ruhrgebiets. Die Tabelle auf Seite 8 gibt eine Übersicht über den relativen Schulbesuch der Höheren Schule und der Realschule in den 21 Stadt- und Landkreisen des Ruhrgebiets. Die

Kreise sind jeweils nach der Höhe des relativen Schulbesuchs geordnet. Die Rangziffer entspricht der Stellung des betreffenden Kreises unter allen 95 Stadt- und Landkreisen in Nordrhein-Westfalen. Die Tabelle macht deutlich, in welchen Städten der Ausbau der weiterführenden Schulen am vordringlichsten ist. Bei der Höheren Schule liegen nur 3 Städte des Ruhrgebietes über dem Landesdurchschnitt von 12,5; bei der Realschule sind es 8 Städte, deren relativer Schulbesuch über dem Landesdurchschnitt von 11,0 liegt. Die Tabelle zeigt auf diese Weise, daß der Ausbau der Realschule und der Höheren Schule im Ruhrgebiet eine vordringliche schulpolitische Aufgabe ist, wenn auch aus dem Fehlen der Rangziffern 90—95 bei der Höheren Schule und der Ziffern 85—95 bei der Realschule ersichtlich wird, daß zahlreiche Kreise — es sind meist Landkreise — einen noch niedrigeren relativen Schulbesuch aufweisen als die Städte des Ruhrgebiets.

Aufgaben des Strukturplans

1. Der genannte Strukturplan hat als erste wichtige Aufgabe, eine der Ursachen für den niedrigen relativen Schulbesuch — es handelt sich allerdings um eine wesentliche Ursache — zu beseitigen: Gemeint ist das unzureichende Angebot an Höheren Schulen und Realschulen. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß der Schulbesuch sprunghaft angewachsen ist, wenn erst einmal geeignete Schulen vorhanden waren, die unter zumutbaren Bedingungen erreicht werden konnten. Die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Schulen bildet somit einen wesentlichen Teil der Bildungswerbung.

Es muß allerdings zugegeben werden, daß die Ursache für den niedrigen relativen Schulbesuch der weiterführenden Schulen nicht nur in fehlenden Schulen gesucht wer-



*) Heft 1 der Schriftenreihe „Strukturförderung im Bildungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen“, Ratingen, 1965.



den kann, sondern daß andere Gründe vorliegen müssen, warum Eltern aus einzelnen Bevölkerungsschichten ihre Kinder in geringerer Zahl als sonst die Höhere Schule oder die Realschule besuchen lassen. Im Rahmen verschiedener Forschungsvorhaben, die von mir gefördert worden sind, wurde untersucht, aus welchen soziologischen Gründen der Anteil an Schülern der Höheren Schule aus der Land- und Arbeiterbevölkerung geringer als aus anderen Bevölkerungsschichten ist.

Im vorliegenden Zusammenhang interessiert insbesondere die Schrift von Hitpass „Einstellungen der Industriearbeiterschaft zu höherer Bildung“, Ratingen, 1965, auf deren Ergebnisse ich hier verweisen kann.

2. Es soll möglichst jedem Jugendlichen der Zugang zu den verschiedenen Schultypen der Normalform der Höheren Schule — altsprachliches, neusprachliches, mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium, Gymnasium für Frauenbildung (bisher Frauenoberschule) — ermöglicht werden, um auf diese Weise den verschiedenen Begabungsrichtungen Rechnung zu tragen.

Der Ausbau der verschiedenen Schultypen differiert in den einzelnen Kreisen ganz erheblich. So gibt es z. B. Kreise, in denen das mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium und das Gymnasium für Frauenbildung völlig fehlen, in anderen Kreisen wiederum ist der Besuch des altsprachlichen Gymnasiums ungewöhnlich stark (bis zu 64% der Gesamtschülerzahl).

3. Die Zahl der Realschüler ist von 1952 bis 1964 wesentlich stärker angestiegen als die Zahl der Schüler an Höheren Schulen. Während die Zahl der Schüler an Höheren Schulen um 26,5% wuchs (1952: 200 834, 1964: 254 058 Schüler), stieg die Zahl der Realschüler während dieses Zeitraumes um 64,2%

(1952: 89 048, 1964: 146 242 Schüler). Trotz dieses starken Anwachsens der Schülerzahlen für die Realschulen bedarf die Realschule einer besonderen Förderung. Die Realschule soll verstärkt ausgebaut werden, damit sie im Verhältnis zur Höheren Schule eine größere Breite erhält. 1964 betrug die Zahl der Schüler, die in die unterste Klasse der Realschule aufgenommen wurden, 80% der Zahl der Schüler, die in die Höhere Schule eintraten. Dieser Anteil soll bis 1970 auf 90% gesteigert werden.

4. Ein wichtiges Anliegen ist die Förderung der Mädchenbildung, denn die Untersuchungen haben gezeigt, daß in einzelnen Kreisen das Mädchenschulwesen besonders unterentwickelt ist.

So gibt es beispielsweise Kreise, in denen nur 16% der Schüler an Höheren Schulen und 19% der Schüler an Realschulen Mädchen sind.

5. Ein wesentliches Kennzeichen des nordrhein-westfälischen Schulwesens ist das vielfältig gegliederte System der Übergänge, durch das die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen gewährleistet wird. Nach dem vorliegenden Plan sollen die Übergangseinrichtungen — soweit sie in den Bereich der Höheren Schule und der Realschule fallen — weiterhin großzügig ausgebaut werden: die Aufbauformen der Höheren Schule und der Realschule (Aufbaugymnasien, Aufbaugymnasien für Realschulabsolventen, Aufbaurealschulen und die sogenannten F-Gymnasien, die zu einer fachgebundenen Hochschulreife führen). Diese Schultypen ermöglichen es Jugendlichen, von einem einmal begonnenen Bildungsweg zu einem späteren Zeitpunkt ohne Schwierigkeiten — und insbesondere ohne Zeitverlust — auf einen anderen Bildungsweg mit einem gehobenen Abschluß überzuwechseln.

6. Ein sehr ernstes pädagogisches Problem stellt die Tatsache dar, daß viele Schüler die Höhere Schule und die Realschule vorzeitig ohne ordnungsgemäßen Abschluß verlassen. Einige wenige Zahlenangaben genügen, um zu zeigen, wie gravierend dieses Problem ist. Im Schuljahr 1963/64 haben 17 725 Schüler, d. s. 7,8% der Gesamtschülerzahl, die Höhere Schule vorzeitig verlassen. Da im gleichen Jahr die Zahl der Abiturienten 14 571 betrug, haben also 21,9% mehr Schüler die Höhere Schule vorzeitig verlassen, als die Reifeprüfung bestanden.

Aus der Realschule mußten im Schuljahr 1963/64 7994 Schüler vorzeitig abgehen, das sind 6,8% der Gesamtschülerzahl. Oder anders ausgedrückt: Von 100 Schülern, die in die Höhere Schule eintreten, bestehen im

Durchschnitt 43,1 die Reifeprüfung; von 100 Realschulanfängern erhalten 67,0 das Realschulabschlußzeugnis.

Die Gründe für das vorzeitige Abgehen sind Gegenstand einer besonderen Untersuchung. Der Ausbau des Schulwesens soll durch die Schaffung geeigneter Schultypen und Übergangsmöglichkeiten dazu beitragen, die Zahl der vorzeitig Abgehenden zu verringern. In diesem Zusammenhang hat die Tagesheimschule eine wichtige erzieherische Aufgabe. In der Tagesheimschule können bei zeitweilig auftretenden Leistungsschwächen von Schülern schneller gezielte Maßnahmen zur Abhilfe getroffen werden als an den übrigen Schulen. Dies gilt insbesondere für Jugendliche aus Elternhäusern, in denen die Eltern nicht in der Lage sind, Hilfe bei Hausarbeiten oder dergl. zu geben. Der erste Schulversuch dieser Art im Bereich der Höheren Schule wurde Ostern 1965 im Ruhrgebiet, an einem Gymnasium der Stadt Duisburg begonnen. Weitere Versuche sind geplant.



Es würde für das Land Nordrhein-Westfalen einen Gewinn von mehr als 5000 Abiturienten in jedem Jahr bedeuten, wenn nur etwa 30% der vorzeitig abgehenden Schüler zur Reifeprüfung geführt werden könnten.

Einige Probleme und Aufgaben der Strukturförderung im Bildungswesen habe ich kurz skizzieren können. Zum Schluß noch ein Wort zu der besonderen Situation der Bildungsplanung im gegenwärtigen Zeitpunkt! Nachdem in den vergangenen Jahren die politisch Verantwortlichen sich vor die Aufgabe gestellt sahen, die Öffentlichkeit zunächst einmal davon zu überzeugen, daß eine enge

Fortsetzung ➡

Verflechtung zwischen Wirtschaftswachstum und Bildungsstand besteht und daß demzufolge der Ausbau des Bildungswesens zu den vordringlichsten Aufgaben unserer Zeit gehört, ergeben sich nun andersartige Schwierigkeiten, die sich der Bildungsplanung entgegenstellen: Ich meine die finanzpolitische Situation, die durch das Bemühen der öffentlichen Hand gekennzeichnet ist, aus konjunkturpolitischen Gründen Ausgaben für langfristige Investitionen — auch im Hinblick auf die Folgekosten — nicht zu stark auszuweiten und auf einen längeren Zeitraum zu verteilen. Hier steht die Schulverwaltung vor neuen Aufgaben, die besonders sorgfältige Vorausplanungen erforderlich machen. Nur auf Grund einer sehr eingehenden Planung ist es möglich, eine Rangfolge für die Dringlichkeit der Investitionen aufzustellen. Es wird in der nächsten Zeit vornehmlich darauf ankommen, die Forderungen für den Ausbau des Bildungswesens mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Dabei wird es zudem auch wesentlich auf die Einsicht aller Beteiligten ankommen, daß die Förderung der wirtschaftlichen Gesamtstruktur eines Bereiches — dies gilt insbesondere auch für das Ruhrgebiet — nur dann wirklich gelingt, wenn der Ausbau der Bildungseinrichtungen hiermit Hand in Hand geht.

HÖHERE SCHULE

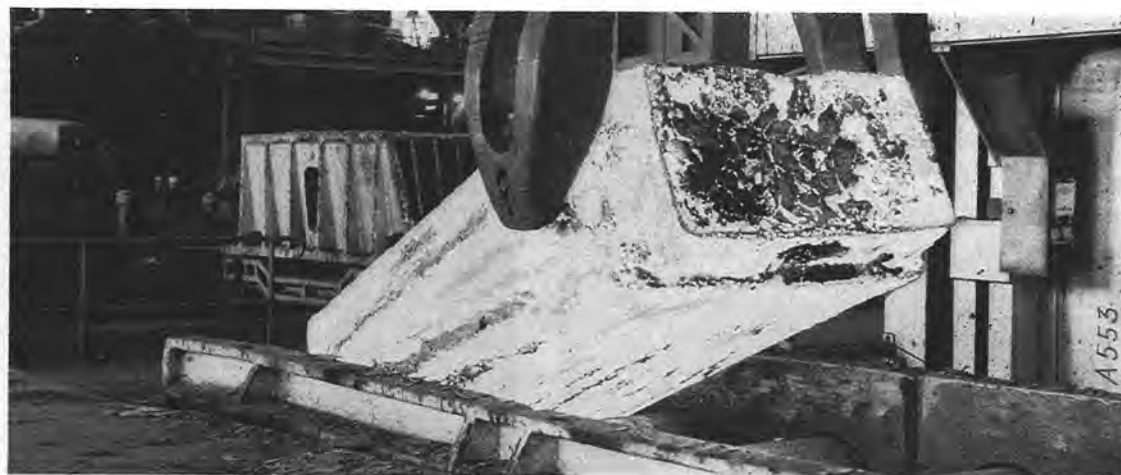
Rang- ziffer	Verwaltungsbezirk	Relativer Schulbesuch
18	Krfr. St. Mülheim a. d. R.	14,9*)
23	" Hamm	14,5
35	" Witten	13,2
46	" Bochum	12,4
56	" Wattenscheid	11,4
57	" Dortmund	11,3
58	" Herne	11,3
59	" Duisburg	11,2
60	Ldkr. Moers	11,1
64	Krfr. St. Recklinghausen	10,5
65	Ldkr. Dinslaken	10,2
72	Krfr. St. Oberhausen	9,6
74	" Castrop-Rauxel	9,4
75	" Gladbeck	9,3
76	Ldkr. Unna	9,3
77	Krfr. St. Wanne-Eickel	9,2
81	Ldkr. Recklinghausen	8,8
82	Krfr. St. Bottrop	8,5
83	" Gelsenkirchen	8,5
91	" Lünen	7,7

REALSCHULE

Rang- ziffer	Verwaltungsbezirk	Relativer Schulbesuch
5	Krfr. St. Hamm	18,0
19	" Mülheim a. d. R.	13,1
21	" Essen	12,8
25	" Recklinghausen	12,5
30	" Dortmund	12,0
31	" Witten	12,0
42	" Bochum	11,1
43	" Oberhausen	11,0
46	" Gelsenkirchen	10,8
50	" Gladbeck	10,5
53	" Wattenscheid	10,5
55	" Duisburg	10,2
61	Ldkr. Dinslaken	9,8
65	Krfr. St. Lünen	9,2
66	" Bottrop	9,0
70	Ldkr. Recklinghausen	8,6
71	" Unna	8,6
72	Krfr. St. Castrop-Rauxel	8,4
76	" Wanne-Eickel	8,0
79	Ldkr. Moers	7,7

*) In der Krfr. St. Mülheim a. d. R. besuchen von 100 Jugendlichen eines in Betracht kommenden Jahrgangs im Durchschnitt 14,9 die Höhere Schule. Damit steht Mülheim an 18. Stelle unter allen Stadt- und

Landkreisen in Nordrhein-Westfalen. (An 1. Stelle steht Bonn mit einem relativen Schulbesuch von 25,7.)



In einem großen Hüttenwerk sind viele tausend Menschen täglich an der Arbeit — in Betrieb und Technik, in Verwaltung, Einkauf und Verkauf. — Unter ihnen sind nicht nur Ingenieure und Kaufleute tätig, sondern auch Chemiker, Physiker, Juristen, Ärzte, Betriebswirte, Volkswirte. — Sie alle wirken letzten Endes mit an der Erzeugung von Eisen und Stahl, am Gelingen hochwertiger Erzeugnisse aus Qualitäts- und Edelstählen.

Foto oben: Eine Edelstahlrohbramme wird von der Kranzange auf den Zufuhrrollgang des Blockwalzwerks gelegt. Im Blockwalzwerk wird die Rohbramme zur Vorbramme ausgewalzt. Aus der Vorbramme wird dann im Bandwalzwerk Edelstahlband gewalzt. — Foto rechts: Vakuum-Gießanlage zur Entgasung großer, flüssiger Stahlmengen im Vakuum. Das Verfahren wurde in unserem Werk erstmalig in der Welt für die großtechnische Anwendung entwickelt und wird mit großem Erfolg eingesetzt.



FRIED. KRUPP HÜTTENWERKE AG

GUSSSTAHLWERK *Bochumer Verein* 

Erzeugnisse: Stahleisen · Rohblöcke · Gewalztes Halbzeug · Breitband · Schienen · Stabstahl · Bandstahl · Blech warm- und kaltgewalzt · Kaltband · Blankstahl · Freiform- und Gesekschmiedestücke · Stahlguß · Weichen · Radsätze · BV-VAKUUMSTAHL für hohe Beanspruchungen

Das Bildungsgefälle zwischen Ost und West

Der ruhr-student sprach mit Frau Dr. Hamm-Brücher

ruhr-student:

Frau Dr. Hamm-Brücher, Sie waren eine der ersten, die den Bildungsnotstand in der Bundesrepublik in Zusammenhang mit der Wiedervereinigung gebracht haben: Sie wiesen auf das Bildungsgefälle zwischen SBZ und Bundesrepublik hin. Können Sie diese Behauptung belegen?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Ich habe mich durch einige vergleichende Untersuchungen bemüht, Material zusammenzutragen, aus dem folgendes hervorgeht: erstens natürlich, daß die grundsätzliche bildungspolitische Entwicklung zwischen den beiden Teilen Deutschlands sehr weit auseinanderläuft und zweiten, daß — mal abgesehen von allen weltanschaulichen fundamentalen Unterschieden — doch im anderen Teil Deutschlands, also in Mitteldeutschland, mittlerweile ein Schulsystem aufgebaut wurde und funktioniert, daß auf einigen Sektoren einen großen Vorsprung hat.

ruhr-student:

Können Sie Beispiele nennen?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Zum Beispiel das Landschulwesen. Es gibt in Mitteldeutschland keine ungegliederte Landschule mehr.

ruhr-student:

Überhaupt keine?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Überhaupt keine mehr, man ist sehr stolz darauf. Es gibt sie in einigen abgelegenen Gegenden noch für die Unterklassen der sogenannten Grundschule, aber es müssen dann mindestens zwei Lehrer da sein, nicht nur ein Lehrer. Spätestens von der vierten Klasse ab gibt es dann eben Mittelpunktsschulen, zu denen die Kinder mit Bussen oder



sonstigen Transportmitteln gefahren werden. Die Landschulreform ist drüben praktisch durchgeführt.

ruhr-student:

Können Sie auch sagen, wie die Situation an den Hochschulen ist?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Hier bin ich mehr oder weniger auf die Statistiken angewiesen, die man mir gegeben hat, denn ich hatte leider in dieser knappen Woche keine Zeit mehr, mich gründlicher mit Hochschulen zu beschäftigen.

ruhr-student:

Sie waren eine Woche in der SBZ, um das Bildungswesen zu studieren?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Ja, ich war eine Woche drüben und habe eben hauptsächlich Schulen und sehr gründlich bei der Pädagogischen Hochschule in Potsdam das Lehrerstudium studiert, aber nicht mehr die Universitäten und Hochschulen selber.

ruhr-student:

Frau Dr. Hamm-Brücher, im § 10 des „Jugendgesetzes der DDR“ steht: „Alle Jugendlichen der Deutschen Demokratischen Republik haben das gleiche Recht auf Bildung“. Meinen Sie, daß dieser Anspruch des Gesetzes verwirklicht worden ist?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

In der ersten Zeit war es ja so, daß Jugendliche aus sog. bürgerlichen Familien und aus Akademikerfamilien sehr benachteiligt und häufig gar nicht an höhere Schulen und auch nicht an Universitäten zugelassen worden sind. Aber auch dort drüben ist es eines der Probleme, daß man die Abiturientenquoten steigern möchte, daß man wesentlich mehr Studenten braucht, da man in der Zukunft damit rechnen muß, wesentlich mehr Ingenieure und Techniker, Ärzte und Lehrer zu benötigen.

ruhr-student:

Und da hat man diese Vorurteile abgebaut?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Ja. Ich habe eigentlich übereinstimmend auch bei privaten Gesprächen am Rande meiner Reise festgestellt, daß diese Chancengleichheit der ersten Jahre jetzt nicht mehr praktiziert wird.

ruhr-student:

In dem gleichen Gesetz, dem Jugendgesetz, wenn wir darauf noch einmal zurückkommen dürfen, heißt es im § 10 gleich im nächsten



Satz: „Durch das einheitliche sozialistische Bildungssystem wird die Jugend allseitig — geistig, moralisch und körperlich — gebildet und erzogen.“ Die Zielrichtung ist wohl die sozialistische Gesellschaftslehre. Walter Ulbricht hat ja auch in seiner letzten Rede vor dem 11. Zentralkomitee der SED die „Parteilichkeit des Unterrichts“ gefordert. Würden Sie meinen, daß man in der Bundesrepublik evtl. auch im Unterricht eine gewisse Parteilichkeit in bezug auf den freiheitlichen Gedanken einführen sollte?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Ich möchte sagen, das halte ich für sogar sehr nötig, denn wenn eine demokratische Staatsform nicht ihren Niederschlag in der Erziehung, in der Organisation der Erziehung, vor allem im Alltag der Erziehung findet, dann werden wir ja aus diesem ewigen Teufelskreis unserer obrigkeitstaatlichen Vorstellungen gar nicht herauskommen.

ruhr-student:

Besteht nicht die Gefahr, daß der Unterricht zur Propaganda wird?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Nein, das ist ja nun ein großer Unterschied! Die machen es auf ihre Methoden und bei uns muß eben die Schule auch eine freiheitlich-demokratische Ordnung sein. Nicht, daß Kinder nun alles mitbestimmen sollen, aber sie müssen von klein auf über kleine Verantwortungen an größere gewöhnt werden.

Ich habe gerade wieder auf meiner großen Skandinavienreise gesehen, wie ungeheuer eindrucksvoll in diesen kleinen skandinavischen Ländern eben die Schule das Modell ist, in dem die Kinder heranwachsen, um später eben in der Demokratie als freie Bürger ihren Mann und ihre Frau zu stellen.

ruhr-student:

Das wird ja besonders wichtig bei einer vielleicht kommenden Koexistenz zwischen beiden Teilen Deutschlands und einem friedlichen Wettbewerb.

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Ich glaube, daß das in jedem Fall wichtig wird bei einem Gleichgewicht oder einer Koexistenz zwischen den gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Bolschewismus und der freien Welt.

ruhr-student:

Frau Dr. Hamm-Brücher, zu einer anderen Frage. Ein Spezifikum der Ausbildung in der

Fortsetzung ➡

Fortsetzung

SBZ ist die polytechnische Ausbildung. Meinen Sie, daß man diese auch auf die Bundesrepublik übertragen kann?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Ich habe die Idee dieser polytechnischen Bildung schon immer für sehr interessant gefunden, weil man ja weiß, daß junge Menschen gerade im Alter der Pubertät oft gar nicht mehr in der Lage sind, nur theoretisch zu lernen und dort durchzuhalten. Ich halte den Ausgleich, daß Jugendliche oder ein Teil der Jugendlichen vom Alter von 12 Jahren in der Schulzeit nebenher erstens einmal eine manuelle Ausbildung haben, aber dann auch schon in einem Betrieb evtl. mitarbeiten oder eine Grundausbildung in einem Holz-, Metall- oder elektrotechnischen Beruf erhalten, für außerordentlich gut.

Ich bin also ein großer Anhänger dieser Idee und glaube, daß unsere Trennung von allgemeinbildenden Schulen und berufsbildenden Schulen sich gar nicht aufrechterhalten lassen wird.

ruhr-student:

Da sind wir beim Beruf. Man verspricht sich ja von dieser polytechnischen Ausbildung auch, daß die Kinder ihren Beruf leichter finden, dadurch daß sie eben verschiedene Sparten der Berufe kennenlernen. Es hat sich ja im Gegenteil nun herausgestellt, daß mit jedem Betrieb, wo die Kinder reingehen, sich dann auch plötzlich der Berufswunsch wieder ändert. Man versucht aber in der SBZ auch Berufsberatung zu treiben, manche Leute nennen das „Berufslenkung“. Würden Sie das auch heute, 1966, noch als „Berufslenkung“ bezeichnen?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Natürlich ist dort die freie Berufswahl nicht so ausgeprägt wie bei uns. Aber andererseits ist es ja auch bei uns so, daß von den Arbeitsämtern eine sanfte Lenkung getrieben wird, indem sie nämlich die Jugendlichen auf die Berufe aufmerksam machen, die einen besonders hohen Bedarf haben, bei denen man eben bestimmte Begabungen besonders braucht. Das ist in einem modernen Wirtschaftssystem ganz unerlässlich. Es können nicht auf einmal alle irgendwelche Modeberufe ergreifen. Man muß also schon eine sanfte Lenkung versuchen.

Aber Sie haben natürlich in einem recht, zur Berufsfindung eignet sich eigentlich die Idee der polytechnischen Bildung nicht besonders, glaube ich, weil die jungen Leute noch zu unentschlossen sind. Aber sie zeigt ihnen etwas anderes, nämlich, daß Lernen eigentlich doch ganz nützlich ist, wenn man später im Beruf was werden will. Der Lernantrieb wird durch diese Kombination, durch das Inter-

esse an irgendeinem Beruf, einer Berufsrichtung geweckt und gestärkt. Das ist gerade in diesem Alter so entscheidend.

ruhr-student:

Wenn nun ein Kind einen falschen Beruf gewählt hat, so bleibt ihm in fast allen östlichen Ländern die Gelegenheit, sich über Fernunterricht weiterzubilden. Wir haben hier einen Ausschnitt aus dem „Neuen Deutschland“. Dort wird bekanntgegeben, daß man an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg ein zweijähriges postgraduales Fernstudium in Mathematik absolvieren kann. Meinen Sie, daß man das auch hier im Westen mehr ausbauen sollte und das vor allen Dingen die vielen Fernlehrinstitute etwas mehr koordiniert werden sollten?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Ich finde, daß wir ganz dringend in Westdeutschland uns einmal diesen ganzen Bereichen des kommerzialisierten Fernstudiums, des Korrespondenzstudiums annehmen sollten, weil hier nämlich eine gute Möglichkeit der Fortbildung, der Erwachsenenbildung, der education permanente liegt, die wir völlig dem Wildwuchs bisher überlassen haben. Alle Möglichkeiten der Fortbildung, ohne direkt noch mal an eine Universität zu gehen, müssen auch bei uns einmal etwas phantasievoll angepackt werden, gerade eben, wenn berufliche Unzufriedenheit vorhanden ist oder erst später das Interesse an irgendwelchen naturwissenschaftlichen, mathematischen, fremdsprachlichen Problemen auftaucht, dann ist das eine sehr nützliche und gute Sache.

ruhr-student:

Ja, gerade zur Weiterbildung könnte das Fernstudium sehr nützlich sein. Walter Ulbricht hat nämlich in der gleichen Rede, aus der ich eben schon zitiert habe, nämlich in der Rede vor dem 11. ZK der SED, gefordert, daß nun als nächstes für „das Ausbildungswesen der DDR ein System der Weiterbildung der Hoch- und Fachschulkader“ zu erarbeiten sei. In der SBZ fängt man jetzt also mit der akademischen Weiterbildung an. Meinen Sie, daß das auch bei uns in der Bundesrepublik allmählich nötig wird?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Man sagt ja, daß sich der Bereich des wissbaren Wissens immer schneller vermehrt. Erst hat es 1500 Jahre gedauert, bis man doppelt soviel wußte als die Vorfahren, dann hat es 300 Jahre gedauert, dann 150 und man rechnet damit, daß heute alle 10 Jahre einmal das wissbare Wissen sich verdoppelt. Man kann also sagen, daß jeder, der studiert hat, spätestens nach 15 Jahren, vielleicht sogar noch

schneller, einfach nicht mehr auf dem laufenden ist, wenn er nicht ein Fortsetzungsstudium macht. Auch von der Seite her wird einfach eine Reform des Studiums und des Nachstudiums oder Ergänzungsstudiums notwendig sein.

In der Sowjetunion ist es heute schon so, daß jeder Arzt und jeder Lehrer einen arbeitsfreien Tag in der Woche hat, an dem er für seine Fortbildung bestimmte Dinge tun muß. Alle fünf Jahre müssen bestimmte Zertifikate abgeliefert werden, sonst darf er den Beruf nicht mehr ausüben. Ich glaube, daß wir früher oder später zu einem ähnlichen System kommen müssen, daß sich eben in den mathematisch-naturwissenschaftlichen und medizinischen Berufen die Leute sich nach einer gewissen Zeit wieder auf die Schulbank setzen müssen.

ruhr-student:

Das wird wohl auch für die Geisteswissenschaften und auch etwa für Jura und Wirtschaftswissenschaften notwendig sein.

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Möglicherweise. Da weiß ich einfach nicht genau, wie da die Entwicklungen sind. Aber es wird z. B. in allen technischen Bereichen ja sowieso sein. Von einem Lehrer erwartet man es ja theoretisch, daß er es tut, es tun nur leider nicht alle. Wenn sie es nicht freiwillig tun, dann muß man sich eben auch irgendetwas ausdenken, damit ein Lehrer auch in gewissen Abständen wieder seine Vorräte an Wissen und Kenntnissen und Erkenntnissen auffrischt.

ruhr-student:

Frau Dr. Hamm-Brücher, Sie haben eine Menge Vorschläge gemacht, wie man das Bildungsgefälle zwischen SBZ und BRD evtl. ausgleichen kann. Eine Gewissensfrage: Wie soll man das durchsetzen?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Das ist natürlich nicht nur eine Gewissensfrage, sondern das ist meiner Ansicht nach eine der innenpolitisch entscheidenden Fragen der Bundesrepublik überhaupt. Wie wollen wir mit dieser Form des Kulturföderalismus, ich habe ihn ja manchmal den „Postkutschenkulturföderalismus“ genannt, als notwendig erkannte Aufgaben lösen, wenn jedes Land nicht nur einen eigenen Weg gehen kann, sondern das Tempo bestimmen kann, in dem nun auf diesem Weg gewandelt wird? Das ist ja so unterschiedlich von Schleswig-Holstein bis Bayern, für welche Dinge wieviel ausgegeben wird, welche

Fortsetzung Seite 12



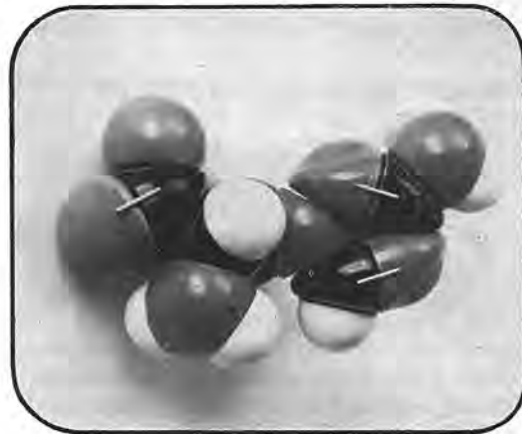
Eines der sieben größten Unternehmen der Welt außerhalb der USA — mehr als zweihundertfünfzigtausend Beschäftigte — Niederlassungen in nahezu allen Ländern der freien Welt — das ist Philips. Die Bedeutung des Konzerns spiegelt sich in der Vielgestalt seiner Tätigkeitsbereiche: Licht, Elektroakustik, Rundfunk, Fernseh-

geräte, Nachrichtentechnik, Haushaltsgeräte, Schallplatten, medizinische, wissenschaftliche und industrielle Ge-

BEGEGNUNG MIT PHILIPS

räte, elektronische Bauelemente und chemisch-pharmazeutische Produkte. Philips sind Sie auf jeden Fall schon begegnet: sei es im Wirtschaftsteil

einer großen Zeitung oder in einer Diskothek — sei es, daß Sie beruflich mit einem Röntgenspektographen arbeiten, oder daß Sie einfach diese Zeilen im Licht einer Philipslampe lesen. In jedem Großunternehmen bilden Grundlagenforschung und angewandte Forschung die unerläßliche Voraussetzung des Erfolgs. Wie intensiv und beharrlich Philips-Forscher arbeiten, zeigt das folgende Referat.



Begegnung mit einem Molekül

Dr. P. B. Braun referiert über eine in den Philips-Forschungs-Laboratorien, Eindhoven, Niederlande, durchgeführte Untersuchung.

Dr. Massini untersuchte damals mit Hilfe von Leitisotopen die Wirkung des Unkraut-Vertilgungsmittels Aminotriazol (A.T.) auf Pflanzen. Eine seiner interessantesten Entdeckungen war, daß die behandelten Pflanzen mit der Produktion eines AT-Derivates reagierten. Dr. Massini gab dem von ihm erstmalig festgestellten Stoff die Bezeichnung ATX. Dann begann er, ihn wissenschaftlich zu identifizieren.

Nachdem es ihm zusammen mit seinen Mitarbeitern zunächst gelungen war, ATX in reiner Form abzuspalten, konnte er — jedenfalls bis zu einer bestimmten Grenze — auch seine chemische Zusammensetzung analysieren. Die Molekül-Größe konnte ermittelt werden, das Vorhandensein der ursprünglichen AT-Gruppe, zweier Aminogruppen und einer Carboxylgruppe war nachweisbar. Diese Ergebnisse wiesen auf eine Aminosäure hin, einen Baustein des

Proteins. Für weitere Erkenntnisse jedoch reichten chemische Untersuchungs-Methoden nicht mehr aus. Um die gesuchte Formel zu finden, mußten neue Wege beschritten werden. Diese Aufgabe wurde meiner Gruppe übertragen.

Die Röntgenbeugung und der Pascal-Computer sollten uns helfen, die Geheimnisse dieses Moleküls zu entsleiern und seine kristalline Struktur zu bestimmen. Die Röntgenbeugung liefert zweierlei Informationen: Aus den Winkeln, unter denen gebeugte Strahlen im Kristallgitter auftreten, können Form und Größe der Elementarzellen berechnet werden, während die Intensität der Beugung einen ungefähren Anhalt für die Anordnung der Atome innerhalb dieser Zellen vermittelt. Da es keine direkte Methode zur Rekonstruktion der Atom-anordnung gibt, mußten wir auf eine indirekte zurückgreifen.

Wir gingen den empirischen Weg — den Weg der Mathematik und der monatelangen Geduld. Wir berechneten sämtliche Abstände im Kristall und erhielten so eine Fülle von Linien gleicher Elektronendichte. Wir zeichneten sie in ein dreidimensionales Plexiglasmodell ein. Es sah nicht gerade

vierversprechend aus. Wir wußten, unser Molekül, bestehend aus zwölf Atomen, war in diesem Modell verborgen — und zwar nicht nur einmal, sondern vierundzwanzigfach... aber wo? Vor uns lag eine Geheimschrift, in der immer wieder die Antwort auf unsere Frage gegeben wurde, wir kannten nur den Code noch nicht. In diesem Augenblick spürten wir die Faszination des Forschens: ins Dunkel einzudringen, sich allmählich voranzuarbeiten und endlich, nach langer Mühe, ein wenig Licht schimmern zu sehen.

Von da an arbeiteten wir mit einer Hypothese. Wir unterstellten einen bestimmten Aufbau des Moleküls — ohne jeden weiteren Anhalt als den — ein durch Erfahrung geschärft gefühl für strukturelle Ordnungen. Schließlich vertrauten wir unsere Vermutung dem Computer an. Der Rechengigant lief eine Stunde lang „auf vollen Touren“. Dann kam seine Antwort: Von kleinen Korrekturen abgesehen bestätigte er unsere gedankliche Konstruktion.

Das Molekül lag greifbar vor uns.

Die Philips-Forschungs-Laboratorien arbeiten auf den verschiedensten Gebieten der Grundlagenforschung. Zu ihnen gehören: Akustik, Chemie, Tieftemperaturphysik, Perzeptionsforschung, Plasmaphysik, Materialprüfung, Kernphysik, Festkörperphysik, Fernmeldetechnik.

Die Laboratorien bilden mit allen anderen Zweigen des internationalen Firmenverbandes eine weltweite Einheit. Diese Einheit ist es, die den Slogan rechtfertigt:

Philips Zentrallaboratorium GmbH
2 Hamburg · Postfach 13545
51 Aachen · Postfach 450

Das Vertrauen in **PHILIPS** ist weltweit



Fortsetzung von Seite 10

Ziele man sich vornimmt, so daß das ein großes Hindernis ist auf dem Wege zu einer modernen bildungspolitischen Konzeption und Verwirklichung.

Wenn die Kultusminister nicht wirklich ernsthafter diese Aufgaben, die Ziele, die Planungen koordinieren, sehe ich in der Tat ein bißchen schwarz oder sogar sehr schwarz, wie wir nicht noch weiter ins Hintertreffen kommen oder sogar ein bißchen aufholen, nicht? Wir müssen ja langsam auch mal wieder in der internationalen Entwicklung auf einen gewissen Gleichstand kommen. Es ist zweifellos einiges geschehen in den letzten Jahren, aber es ist ungeheuer schwerfällig. Wenn man in der Parlamentsarbeit steht, weiß man, wie mühsam es ist, auch nur den kleinsten Fortschritt zu erreichen.

ruhr-student:
Woran liegt denn das?

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Es liegt an vielerlei Faktoren, z. B. daran, daß wir in allen gesellschaftspolitischen Fragen außerordentlich konservativ sind und konservativ denken.

ruhr-student:

Sie sind ja schon als Kommunistin verschrien worden, weil Sie auf das SBZ-Schulwesen hingewiesen haben.

Frau Dr. Hamm-Brücher:

Da kann ich nur mit Wilhelm Busch sagen: „Ist der Ruf erst ruiniert, dann lebt man gänzlich ungeniert“. Ich bin einfach so unbefangen in diesen Fragen und sehe diese Fragen auch etwas wissenschaftlich an. Ein

Wissenschaftler kann auch nicht zuerst fragen „Paßt mir das politisch oder paßt mir das in meine Vorstellungen hinein?“, sondern er muß fragen „Was ist?“ und dann muß er fragen „Was soll sein?“ und dann kann er die Konsequenzen daraus ziehen.

Politiker, die mit Scheuklappen herumlaufen und nicht zur Kenntnis nehmen wollen, was auf der Welt auf diesem Gebiet geschieht und wie weitgehend hier eine Wettbewerbssituation entsteht über das Bildungspotential im weitesten Sinne, dem kann man am Schluß ja auch nicht mehr helfen! Man kann es immer wieder nur sagen und sagen und selber versuchen, auf seinem Gebiet etwas durchzusetzen, aber mehr bleibt einem in der Demokratie nicht übrig.

ruhr-student:
Danke sehr, Frau Dr. Hamm-Brücher!





„In der unteren Sozialschicht unserer Bevölkerung herrscht eine unerwartet theoretische Bildungswilligkeit“, das ist eines der Hauptergebnisse einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung. („Gründe für oder gegen die Wahl weiterführender Schulen in verschiedenen Bevölkerungskreisen“, Frankfurt, 1965). Diese Studie ist grundlegend für

die Möglichkeiten einer Bildungswerbung in Nordrhein-Westfalen.

Methodik der Bildungswerbung

Die beiden Autoren Edeltraud Gebauer und Theodor Loehrke stellen fest, daß „das Verhältnis der unteren Sozialschicht zu den weiterführenden Schulen nicht durch ein Nicht-Wollen, sondern durch ein Nicht-Wagen und Nicht-Können gekennzeichnet“ ist.

Von Hendrik Bussiek

Mehrere Mosaiksteinchen führen zu diesem Ergebnis, das der bisherigen Argumentation von der Bildungswilligkeit mancher Bevölkerungskreise widerspricht und das ausschlaggebend für die Methodik der Bildungswerbung ist.

Ein Hauptakzent ist die Uninformiertheit der Eltern über die Schule. Die Autoren befragten 230 Eltern, deren Kinder im 5. Schuljahr standen. Die Eltern hatten also gerade die Entscheidung getroffen, ob sie ihre Tochter oder ihren Sohn in der Volksschule belassen oder auf die Realschule oder das Gymnasium schicken sollen. Von diesen Eltern, die also gerade mit dem Problem konfrontiert worden waren, waren 41,5 Prozent nur teilweise und 33,4 Prozent überhaupt nicht über das Schulwesen informiert. Also haben nur ein Viertel aller Eltern die für ihre Kinder entscheidende Frage nach vorheriger Information gelöst. Am wenigsten informiert waren die Facharbeiter (9,5 Prozent Informierte), die ungelernten Arbeiter (10 Prozent) und die Gewerbetreibenden (22,6 Prozent).

Bei den meisten war die Entscheidung also nicht rational bedingt.

Was waren dann die Gründe für den Besuch weiterführender Schulen, worauf ja eine Bildungswerbung zielt? An der Spitze stehen hier die Motivgruppen „Rat des Lehrers“ und „Wunsch des Kindes“. Diese zwei Beweggründe stellen aber eigentlich gar nicht das Motiv der Eltern, sondern vielmehr das dritter Personen dar. Daraus ergibt sich, daß die Entscheidung zum großen Teil mehr oder weniger vom Zufall abhängig ist: es ist immer noch Zufall, wenn der Grundschullehrer die Eltern berät — es ist Zufall, wenn das Kind den Besuch einer Realschule oder eines Gymnasiums wünscht, denn diese „Entscheidung“ hängt sehr oft von äußeren Einflüssen ab (besuchen auch die Freunde eine höhere Schule?).

Diese Unsicherheit der Eltern wird noch deutlicher bei den Gründen gegen den Besuch weiterführender Schulen. Nur ein geringer Prozentsatz führt die „finanzielle Belastung“ und den „zu weiten Schulweg“ an. Auch hier steht der „Wunsch des Kindes“ an der Spitze, also wieder der Zufall. Sehr oft wird der „Wunsch des Kindes“ aber auch nur für die innere Unsicherheit vorgeschoben. So antwortete ein Arbeiter den Autoren:

„Der Junge will nicht. Ich habe ihm gesagt, daß er viel lernen muß, wenn er auf die Realschule geht, und daß er dann nicht mehr

**Fortsetzung
nächste Seite**



Fortsetzung von Seite 13

so viel Fußball spielen kann. Nun will er nicht mehr in die Realschule. Er soll möglichst bald einen Beruf erlernen“.

Trotz dieser bisher negativen Bilanz waren fast alle Eltern der Meinung, daß die höhere Schule für ihr Kind ein großer Vorteil wäre. Drei Viertel der befragten Eltern sehen mit der höheren Schulbildung überhaupt keine Nachteile verbunden. Die Motive für diese Ansicht sind zwar nur teilweise richtig, aber für den Ansatz einer Bildungswerbung aufschlußreich: „Leichteres Leben“ (52,5 Prozent) und „Gehobenes Prestige“ (36,3 Prozent). Und auch 75 Prozent der Eltern hätten gern selber die höhere Schule besucht. Hier taucht wieder der Aspekt des Nicht-Wagens und Nicht-Könnens durch die Uninformiertheit und Unsicherheit auf.

Gerade hier muß die Bildungswerbung einsetzen, gerade hier hat die Bildungswerbung die größten Möglichkeiten.

Bemühungen zur Bildungswerbung

Obwohl einwandfrei festgestellt wurde, daß die Eltern zumeist zu wenig über die Schularten und Schulwege informiert sind, wird in Nordrhein-Westfalen zu wenig zur Bildungswerbung bzw. Bildungsinformation getan.

Das Ergebnis einer Umfrage, die der Autor im Auftrage des „Westdeutschen Rundfunks“ bei verschiedenen Institutionen durchführte, war erschreckend negativ. Die Frage lautete: „Was tun Sie zur Information der Eltern über die Bildungsmöglichkeiten?“ Das Kultusministerium in Düsseldorf wußte nur auf Merkblätter und gesetzliche Bestimmungen über Elternabende hinzuweisen, die Parteien hatten keine oder sehr wenig Vorschläge, die Kirchen taten fast gar nichts, die Gewerkschaften bemühen sich wenigstens, bei den Betrieben bleibt es dem Zufall überlassen: auf jeder Ebene ein unkoordiniertes und unorganisier-tes Durcheinander.

Möglichkeiten zur Bildungswerbung

Und dabei gibt es so sehr viele Möglichkeiten zur Bildungswerbung.

Ein gutes Beispiel ist die Aktion „Student aufs Land“ der Freiburger Studentenschaft. Im Rahmen dieser Aktion gingen Studenten, die sich freiwillig gemeldet hatten, in Landgemeinden im Freiburger Raum, um dort den Eltern die nötige Information über die Schularten und Schulwege zu vermitteln.

Diese Möglichkeit bietet sich geradezu für die nordrhein-westfälischen Studentenschaften an. Für die Studentenschaft an der Universität Münster wären die ländlichen Gegenden des Münsterlandes das Arbeitsgebiet; Bochum ist prädestiniert dazu, in die Arbeiterviertel zu gehen, um dort auch den Arbeitern die nötige Information zu geben. Für Aachen, Bonn und Köln gilt das gleiche.

Aktionen dieser Art bedürfen jedoch einer umfassenden und sehr intensiven Vorbereitung. Die Referenten benötigen ihrerseits ein großes Maß an Wissen über die Schulmöglichkeiten in den Gemeinden und Städten, die sie besuchen, um den Eltern dort qualifizierte Referate bieten zu können. Daneben müssen die Referenten in Seminaren für ihre Aufgabe geschult werden.

Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten. So hat die Studentenschaft an der Universität Münster ein Beispiel gegeben, als sie in die Oberklassen der Gymnasien gegangen ist, um den zukünftigen Studenten die Möglichkeiten aufzuweisen, wie sie Stipendien bekommen können, um ihnen zu referieren, wie eine Universität aufgebaut ist.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin (auch hier hat Münster das Beispiel gegeben), daß Studenten einen „Studententag“ in universitätsfernen Orten veranstalten. Dadurch werden die Bürger der betreffenden Städte auf das Faktum „Hochschule“ hingewiesen: Das Interesse an Informationen steigt.

Die Hochschulen als solche haben auch eine große bildungswerbende Ausstrahlungskraft. Ein Beweis dafür ist das Ansteigen des Interesses am Gymnasium im Ruhrgebiet seit Bestehen der Ruhr-Universität Bochum. In Bochum z. B. stiegen die Anmeldungen zum Gymnasium um 30 Prozent.

Diesen bildungswerbenden Effekt der Hochschulen gilt es zu nutzen. Daher muß bei der Standortwahl zukünftiger Hochschulen in Nordrhein-Westfalen auch dieses Faktum berücksichtigt werden.

Es gibt auf der „Bildungslandkarte“ noch sehr viele weiße Flecken, z. B. das Gebiet am Niederrhein, die Eifel, das Sauerland und das südliche Ostwestfalen.

Einen guten Weg ist auch die Universität Köln gegangen. Sie hat eine „Public-relation-Stelle“ eingerichtet, durch die die Öffentlichkeit mit Forschungsergebnissen der Fakultäten bekannt gemacht werden soll. Junge Assistenten und Studenten höherer Semester sollen an der Universität künftig als „Rechercheure“ danach Ausschau halten, wo inter-

essante Dinge stattfinden, die die Öffentlichkeit interessieren könnten.

In diesem Zusammenhang ist auch die jüngste Aktion der Illustrierten „Stern“ hervorzuheben, die einen Wettbewerb „Jugend forscht“ ausgeschrieben hat. Im Rahmen dieses Wettbewerbes sollen Jugendliche eigene Forschungsergebnisse auf naturwissenschaftlichem Gebiet vorlegen, die durch eine unabhängige Jury gewertet werden. Dadurch werden die Jugendlichen mit der Forschung und der Wissenschaft vertraut gemacht.

Grundsätzlich ist aber hervorzuheben, daß die eigentliche Bildungswerbung in der Umstrukturierung der Bildungsmöglichkeiten und Lehrmethoden liegen muß. Es ist heute geradezu für die Eltern unmöglich geworden, nach dem 4. Schuljahr zu entscheiden, ob ihr Kind auf eine höhere Schule soll oder nicht. Bei einem 10jährigen Kind kann man eben die Begabungen noch nicht so recht erkennen. Daher müssen Übergangsmöglichkeiten, evtl. Förderstufen, eingerichtet werden.

Außerdem besteht ein Bildungshemmnis in der wirtschaftlichen Seite. Daher muß auch die Ausbildungsförderung dringend reformiert werden. Hier sei auf den Aufsatz von Eberhard Diepgen in der gleichen Ausgabe des „ruhr-studenten“ hingewiesen.

Zum dritten muß auch die Hochschule attraktiver werden. Dazu gehört eine Demokratisierung der Hochschule. Auch hier sei auf den entsprechenden Artikel von Emil Nutz verwiesen.

Möglichkeiten zur Bildungswerbung gibt es also genug. Die Eltern müssen auf allen Ebenen der Kommunikation (Rundfunk und Fernsehen können hier gute Dienste leisten) über das Schulwesen informiert werden.

Die bisherige Stoßrichtung mancher kleinerer Bildungswerbungsaktionen, nämlich die Erzeugung des Bildungswillens, geht ins Leere, geht aus wie das Hornberger Schießen. Bildungswille ist ja vorhanden. Anzeigenserien, wie die der „Aktion Gemeinsinn“ unter dem Slogan „Bildung macht sich bezahlt“, stellen zwar einen guten Versuch dar, erscheinen aber als verfehlt, obwohl man die Stärkung des Bildungswillens unter den Schlagworten „Leichteres Leben“ und „Gehobenes Prestige“ fortsetzen sollte.

Das Ziel der Bildungswerbung mit den aufgezeigten Möglichkeiten muß folglich die Beseitigung der Unsicherheit und Ratlosigkeit der Eltern sein, damit sie über die Zukunft ihrer Kinder rational und richtig entscheiden können.



DIE FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

die im Bundesgebiet fast gleichmäßig verteilt ist, sollte, so beschloß man eines Tages, einen Werbespruch haben, der allenthalben die Leser ansprach. Den ersten Anhaltspunkt für das, was da das Richtige sein konnte, gab eine Fotografie: sie zeigte einen Mann, der eine Frankfurter Allgemeine Zeitung zum Studium ausgebreitet vor sich hielt. Man ließ dieses Sujet zeichnen und setzte darunter: „Wes Geistes Kind er ist, das zeigt die Zeitung, die er liest“.

Darauf kamen Briefe: die einen glaubten da einen falschen Genitiv entdeckt zu haben, den anderen mißfiel die Metrik. Aber das Interesse war offenbar so groß, daß es sich lohnte, weiter darüber nachzudenken. Der grammatischen und logischen Richtigkeit des Satzes war man gewiß, aber konnte man es nicht noch einfacher sagen? Sollte man auf den anmutigen Relativsatz verzichten, der auf Lukas 9,55 „Welch Geistes Kinder ihr seid . . .“ zurückzuführen ist? Das Ergebnis der Überlegungen war schlicht und bejahend. So schrieb man unter die Zeichnung: DAHINTER STECKT IMMER EIN KLUGER KOPF.

Der Widerhall dieses Satzes war erstaunlich, in mancherlei Beziehung. Es kamen sehr viele zustimmende Zuschriften. Und es kamen einige, die etwas einzuwenden hatten; von Frauen, die meinten, daß man nicht nur einen Mann, sondern auch eine Frau abbilden müsse. Sie hatten recht, denn in der Tat, jeder dritte Leser der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist eine Frau.

Und dann war da noch eine andere Resonanz dieses Satzes mit dem klugen Kopf zu bemerken. Wenn eine gute Idee nachgeahmt wird, so ist das immer ein gutes Zeichen. Aber es kann auch leicht des Guten zuviel werden. Man versuchte, diese Figur mit dem treffenden Werbespruch in Abwandlungen zu imitieren. Dem mußte rechtlich vorgebeugt werden. Der Verlag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ließ die Figur und den Werbespruch beim Patentamt in München als Warenzeichen eintragen. Das wurde mit der abgebildeten Urkunde bestätigt.



... auch Sie
könnten mal
krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Auch junge Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.

Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt!

Fortgeblasen sind die Sorgen: man ist DKV-geborgen!

Auskunft und Anmeldung

Studentenwerk Bochum e.V., dienstags von 12 bis 14 Uhr

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.

Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Postfach 505, Telefon 605 46-48



Ausbildungsförderung- Voraussetzung einer sinnvollen Bildungswerbung

Von Eberhard Diepgen

Seit der Mitte der fünfziger Jahre hatte der VDS immer mehr erkennen müssen, daß seine Bemühungen um eine tiefgreifende Hochschulreform fruchtlos blieben. Auch die Einführung des Honnefer Modells, das der Mehrheit der Studenten wenigstens die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein geordnetes Studium bieten sollte, hat keine wesentlichen Fortschritte gebracht. Der VDS konnte sich nicht länger der Tatsache verschließen, daß seine Reformbemühungen, sollten sie erfolgversprechend sein, sich nicht auf den Raum der Hochschule beschränken dürften. Für die daraus resultierenden Überlegungen, die ab 1962 in den verschiedenen Organen des VDS angestellt wurden, waren folgende grundlegende Einsichten bestimmend:

1. Werden wirtschaftliche Hilfen, wie etwa im Honnefer Modell, nur für den Hochschulbesuch gewährt, so kann nicht verhindert werden, daß beim Übergang von der Volksschule zu höheren Schulen bereits durch wirtschaftliche Behinderungen eine später nicht mehr zu korrigierende Auslese getroffen wird.

2. Hochschulreform ist ohne gleichzeitige und mit ihr harmonisierende Reform der Bildungseinrichtungen, deren Besuch Voraussetzung für den Zugang zur Hochschule ist, nicht möglich.

3. Die Struktur des höheren Bildungswesens ist ein Spiegelbild der Gesellschaftsordnung des 19. Jahrhunderts. Seine Reform muß daher der geltenden Gesellschaftsordnung, die ihre Normen aus der Verfassung bezieht, Rechnung tragen. Dazu gehört insbesondere auch die Respektierung der Persönlichkeitsrechte und der sozialen Rechtsstellung, die die Verfassung für jeden Staatsbürger postuliert.

4. Die Sicherung einer demokratischen Gesellschaftsordnung aus der Einsicht der Staatsbürger in ihre wesentlichen Zusammenhänge und die Sicherung eines kontinuierlichen Fortschritts in Wirtschaft und Technik erfordern eine optimale Ausbildung und Fortbildung jedes Staatsbürgers. Dazu bedarf es insbesondere der Ausschöpfung aller Begabungsreserven. In diesem Sinne ist die Verwirklichung einer modernen demokratischen Bildungsgesellschaft das entscheidende Zukunftsproblem für die Existenzsicherung unseres Staates.

Die Ergebnisse seiner Überlegungen übergab der VDS in Form zweier programmatischer Beschlüsse seiner Mitgliederversammlung der Öffentlichkeit: Die 16. ordentliche Mitgliederversammlung in Frankfurt verabschiedete das „Sozialprogramm des Verbandes Deutscher Studentenschaften“ und den Beschluß über „Bildungswerbung und Förderung aller Begabungen“. Diese beiden Beschlüsse bestimmen seither die Richtlinien der Sozial- und Bildungspolitik des VDS.

Bei näherem Studium dieser beiden Programme des VDS muß es auffallen, daß beide einen unlösbaren Zusammenhang zwischen Sozial- und Bildungspolitik sehen. Sozialpolitik wird dabei jedoch nicht so sehr im traditionellen Sinne der Armen- und Gescheitertenfürsorge verstanden als vielmehr modern als vorbeugende Hilfe. In dieser Form sind die Mittel, deren sie sich bedient, in hervorragendem Maße bildungspolitischer Natur: Der Mensch soll durch eine seiner Eignung entsprechende Bildung und Ausbildung von vornherein vor der Situation sozialen Scheiterns bewahrt werden.

Um dieses Ziel moderner Sozialpolitik zu erreichen, sind Maßnahmen erforderlich, die die wirtschaftlichen Hindernisse beseitigen, durch die vielen jungen Menschen der Zugang zu einer ihrer Eignung entsprechenden Bildung verwehrt wird. Soziale Sicherung des Einzelnen durch mehr und verbesserte Bildung, aber auch die für Wirtschaft und Technik lebensnotwendige Ausschöpfung der noch in

großem Umfang vorhandenen Begabungsreserven sind erst dann möglich, wenn durch ein System geeigneter Sozialhilfen wirtschaftliche Hinderungsgründe für den Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen gegenstandslos werden. Für eine intensive Bildungswerbung ist es Voraussetzung, daß die damit gewonnene „Bildungswilligkeit“ nicht an Schranken wirtschaftlicher Bedürftigkeit scheitert.

Die Schaffung dieser sozialpolitischen Voraussetzungen einer zeitgerechten Bildungspolitik hält auch der Beschluß über die „Bildungswerbung und Förderung aller Begabungen“ für unerlässlich. In dem Abschnitt: „Voraussetzung einer Bildungswerbung“ heißt es dort:

„Diese Schranken im Bildungswesen können nicht nur durch Appelle an den Einzelnen, sich mehr um Höhere Bildung zu bemühen, abgebaut werden. **Als Voraussetzung und begleitendes Moment einer Bildungswerbung** ist es notwendig, das Schulwesen zu reformieren und eine allgemeine materielle Ausbildungsförderung zu sichern.“ Die tendentiell gleiche Forderung stellt das Sozialprogramm des VDS in seinen Grundsätzen auf:

„Die Studentenschaft tritt für die Verwirklichung gleicher Bildungs- und Ausbildungschancen für alle jungen Menschen ein. Dabei müssen Sozial- und Kulturpolitik eng zusammenwirken. Aufgabe der Sozialpolitik ist es hierbei, jene Behinderungen zu beseitigen, die in der wirtschaftlichen Bedürftigkeit des Einzelnen und seiner Familie ihre Ursache haben.“

Der Bildungswerbungsbeschluß des VDS konkretisiert in dem Abschnitt „Ausbildungsförderung“, welche Maßnahmen sozialpolitischer Art erwartet werden:

„Für sämtliche Ausbildungsarten, von der gewerblichen Ausbildung, der Schul- und Fachschulausbildung aller Art bis hin zum Studium an Hochschulen, soll ein umfassendes Gesetz Ausbildungsförderung sichern. Sie sollen vom Verlassen der Grundschule bis zum Abschluß jenes Ausbildungsganges gewährt werden, der der Neigung und erkennbaren Eignung des Auszubildenden entspricht.“

Fortsetzung Seite 18



Fortsetzung

Da es für den Erfolg eines Ausbildungsförderungsgesetzes wesentlich darauf ankommt, daß es **umfassend** und **einheitlich** ist, zeigt das Sozialprogramm des VDS in der Frage der Gesetzgebungskompetenz eine deutliche Festlegung auf den Bund:

„Die Studentenschaft fordert ein umfassendes Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes, damit gleiche soziale Ausbildungs- und Startchancen auch den jungen Menschen geboten werden, denen die erforderlichen Mittel für ihre Ausbildung nicht zur Verfügung stehen.“

Es ist daher verständlich, daß ein erheblicher Teil der politischen Bemühungen des VDS in den vergangenen Jahren sich darauf konzentriert haben, die Verwirklichung eines Bundesgesetzes zur Ausbildungsförderung voranzutreiben. Aus diesem Grund hat sich der VDS in den vergangenen Jahren auch scharf gegen den Versuch einiger Bundesländer gewandt, unter Berufung auf eine restriktive Auslegung des Begriffs der öffentlichen Fürsorge im Sinne der „Armen- und Gescheitertenfürsorge“ dem Bund die Gesetzgebungskompetenz für ein Ausbildungsförderungsgesetz zu bestreiten. Ermutigend war es dabei für den VDS, daß der Bund aus einem modernen Verständnis sozialer Jugendhilfe die Konsequenz gezogen und 1963 die Federführung für den Entwurf eines Ausbildungsförderungsgesetzes dem Bundesminister für Familie und Jugend übertragen hatte. Indessen können die Länder den traurigen Ruhm für sich buchen, mit einem antiquierten Gesellschaftskonzept entstammenden, verfassungsrechtlichen Bedenken bis heute den Bund vom Erlass eines Ausbildungsförderungsgesetzes abgeschreckt zu haben. Das als Kompromiß vorgeschlagene Verwaltungsabkommen kann als Ersatz nicht akzeptiert werden: Es ist juristisch nicht unbedenklich, wenn die Länder eine so bedeutende Materie auf dem Wege des Verwaltungsabkommens mit einem Partner regeln wollen, dem sie für diesen Bereich eine verfassungsmäßige Kompetenz rundweg bestreiten. Das Beispiel des Honnefer Modells, dem ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zugrunde liegt, hat eher abschreckende Wirkung: Noch zu frisch ist die Erinnerung an das traurige Satyrspiel, mit dem die Finanzminister der Länder nach der endlich erfolgten Einigung zwischen Bundesinnenminister, Länderkultusministern und Bundesfinanzminister noch 9 Monate lang die Erhöhung der Förderungsmeßbeträge verhinderten. Schließlich einigte man sich Anfang 1966 rückwirkend zum 1. Januar 1966 auf 290,— DM, nach

dem bereits im Jahre 1963 eine im Auftrag des Bundesinnenministers durchgeführte Erhebung den Betrag von 319,— DM als erforderlich ausgewiesen hatte. Ein solches Verfahren kann und darf nicht Vorbild einer abschließenden Regelung der Ausbildungsförderung werden.

Dagegen darf mit einer gesetzlichen Regelung der Ausbildungsförderung nicht länger gezögert werden. Schließlich ist es keinesfalls so, daß der allgemeine Wohlstand in der BRD eine solche Maßnahme überflüssig gemacht hätte.

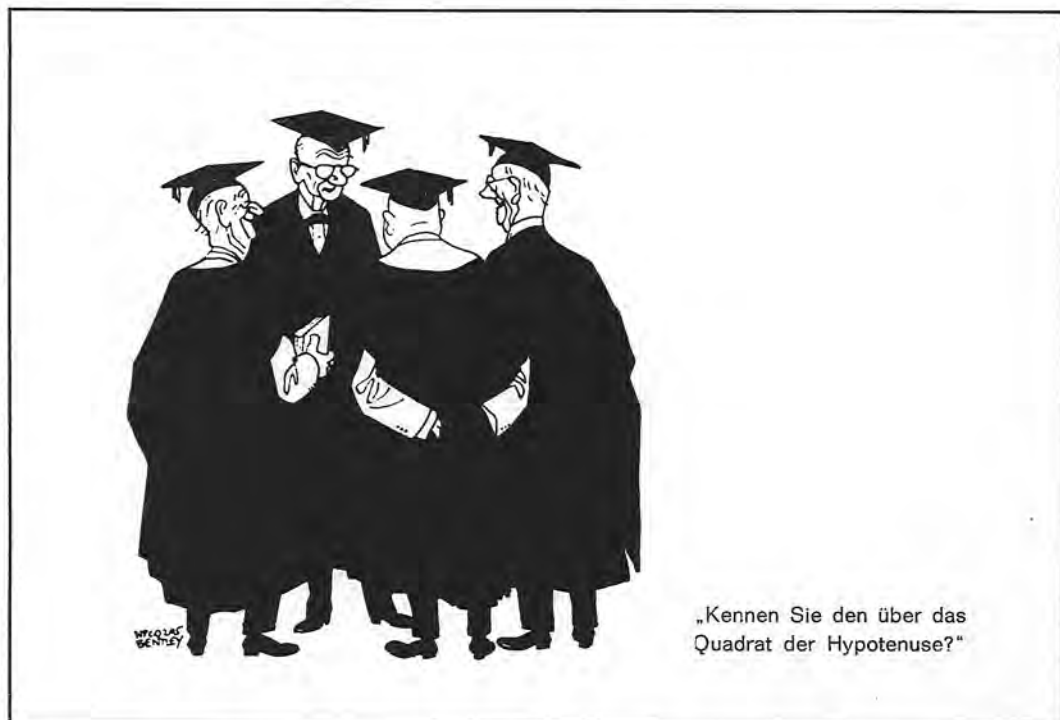
In der Bundesrepublik Deutschland beträgt z. B. der Anteil der Arbeiterkinder an den Studierenden der Hochschulen 6 %; in den USA sind es 30 %. Der prozentuale Anteil der Arbeiterkinder an der Gesamtzahl der Studierenden steht in Deutschland in einem Verhältnis zum prozentualen Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung von 1:10, in Frankreich von 1:5, in Großbritannien und Schweden von 1:3, in den USA von 1:2.

Den Faktor der wirtschaftlichen Behinderung weist Helga Schmucker im Bericht für den wissenschaftlichen Beirat für Familien und Jugend nach. In der Aufzählung der wichtigsten Ergebnisse einer Analyse über die ökonomische Lage der Familie heißt es:

„Müssen die Kinder schon frühzeitig zum Familieneinkommen beitragen, wird ihre Er-

werbstätigkeit meist auf Kosten der weiteren Ausbildung und damit auf Kosten ihrer Lebens- und Berufschancen gehen. In Mehrkinderfamilien dürfte die Frage nicht selten sein, daß eines der Kinder eine Berufsausbildung nur dadurch erhalten kann, daß Geschwister auf eine solche Berufsausbildung verzichten.“

Es wäre freilich naiv zu glauben, mit einem Ausbildungsförderungsgesetz allein sei bereits die „Mobilisierung“ aller Begabungsreserven möglich. Zu vielfältig sind die Hemmnisse, vor allem psychisch-sozialer Natur, die hier zu überwinden sind. Eine Reform der Struktur unseres Bildungswesens ist ebenso erforderlich wie die Überprüfung des traditionellen Bildungskanons. Psychisch-soziale Barrieren können nur durch eine intensive Bildungswerbung überwunden werden, an der Kirchen, Gewerkschaften und Bauernverbände maßgeblich beteiligt sein müssen. Ungeachtet dessen bleibt das Faktum der wirtschaftlichen Behinderung bestehen, solange die Forderung nach einem Ausbildungsförderungsgesetz nicht verwirklicht wird. Ein einheitliches und umfassendes Ausbildungsförderungsgesetz ist für die Wirksamkeit aller künftigen Maßnahmen der Bildungswerbung notwendige Voraussetzung. Zugleich ist es eine der wenigen Maßnahmen, die kurzfristig — sozusagen durch einen Gesetzesakt — wirksam werden können. Um so mehr liegt es an den Verantwortlichen, hier endlich guten Willen mit Taten zu beweisen.



„Kennen Sie den über das Quadrat der Hypotenuse?“

Bildungswerbung und Demokratisierung der Hochschule

Von Emil Nutz

Die Demokratisierung der Hochschule zu fordern bedeutet vielfach auch heute noch, in ein universitäres Wespennest zu stechen. „Mit Demokratie hat die Sache gar nichts zu tun. Die Universität gehorcht dem Geiste und der ist aristokratisch.“ So formulierte es vor vielen Jahren Professor Fritz Bringsheim. In seinen Worten wird die Demokratie als eine Ordnungsform begriffen, in der Mangel an Geist und geistigen Fähigkeiten kein Hindernis bei der Übernahme öffentlicher Verantwortung ist. Demokratie — die Vorherrschaft der Dummen!

Muß der ohnehin verdächtige Begriff der „Demokratisierung der Hochschule“ nicht auf universitäre Aristokratie noch erschreckender wirken, wenn er — wie in der Überschrift zu diesen Überlegungen — in Bezug gesetzt wird zu dem modernen Schlagwort „Bildungs-

werbung“? Wie läßt sich der Begriff der Bildungswerbung mit dem elitären Selbstverständnis jener Stätten vereinbaren, die ihre Aufgabe in der zweckfreien Wahrheitssuche sehen?

Bei Überlegungen, welcher Art der Bezug der Begriffe „Bildungswerbung“ und „Demokratisierung der Hochschule“ zueinander sei, kann dem traditionellen Selbstverständnis der Hochschulen keine normative Rolle zukommen. Maßgeblich für solche Überlegungen ist vielmehr das rechte Verständnis und der rechte Bezug der Begriffe Demokratie und Bildung. Die Funktion der Hochschule besteht in ihrer sachgerechten Einordnung in Verständnis und Bezug dieser Begriffe.

Es gibt keine „ideale“ Demokratie. Jede demokratische Ordnung indessen muß ein Menschenbild zu sichern suchen, in dem die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Freiheit der Meinungsäußerung und des wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffens, der freie, eignungsgemäße Zugang zu Ausbildung und Beruf und der Schutz der Familie unveräußerliche Werte sind. Wo die staatliche Ordnung jedem Staatsbürger diese Werte als persönliche Grundrechte gesichert und ihn zugleich auf ihre Achtung verpflichtet, wo sie die Möglichkeit der Wahrnehmung dieser Rechte auch dem garantiert, der aus eigenem sozialen Vermögen dazu nicht in der Lage ist, dort vollziehen der Staat und seine Bürger die Ordnung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Seine Gestaltung erfordert von allen Staatsbürgern ein verstärktes Bemühen um das Verständnis der wirtschaftlichen, technischen, sozialen und weltanschaulichen Entwicklungen und Beziehungen, deren Kenntnis die jedem Bürger übertragende Verantwortung voraussetzt.

Der Wert von Bildung und Ausbildung für die Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen sind unbestritten. Auch die Sicherung der wirtschaftlichen Prosperität eines Landes ist ohne verstärkte Anstrengungen im Bereich der Bildung und Ausbildung nicht möglich. Die individuelle und gesellschaftliche Rentabilität des Studiums ist längst am Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen meßbar. Ein merkwürdiges Phänomen ist dagegen jenes Mißtrauen, das in der Praxis des bildungspolitischen Alltags gelegentlich den Ergebnissen solcher Untersuchungen und der allgemeinen Forderung nach erweiterter und verbesserter Bildung und Ausbildung entgegengebracht wird. Merkwürdig deshalb, weil dieses Mißtrauen gar nicht so sehr von wirtschaftlichen als vielmehr von politischen Überlegungen getragen ist. Den Kern dieses Mißtrauens scheint die Befürchtung zu bilden, daß jede nicht unmittelbar in wirtschaftliche

Produktivität umsetzbare qualifizierte Ausbildung eine akute Gefahr für unsere demokratische Ordnung in sich berge. Der ebenso beliebte wie in seiner pauschalen Richtigkeit zweifelhafte Wahlslogan, nach dem „der Geist links steht“ ist zum praktischen Trauma vieler geworden, denen Demokratie — leider oftmals mit mehr Eifer als Verstand — Herzensangelegenheit ist: Bildung, die über die Grenzen fachlich-zweckgebundener Tätigkeit hinaus Aufgaben sucht — oder schlimmer noch: sich engagiert — ist einer stabilen demokratischen Ordnung in ihren Augen nur abträglich!

In meiner Einleitung zur Vorbereitungsbrochure des 8. deutschen Studententages habe ich versucht, eine andere Auffassung darzulegen: „Eine demokratische Ordnung ist nur insoweit gesichert, als es dem Staat gelingt, seine Bürger zur Verantwortlichkeit innerhalb des demokratischen Gemeinwesens zu führen. Bildung und Ausbildung des Einzelnen kommt dabei entscheidende Bedeutung zu.“ In der Tat bedarf keine andere staatliche Ordnungsform in solchem Maße wie die Demokratie eines Mitwirkens aller Staatsbürger, dessen Grundlage sachliche Einsicht in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Staatswesens sein muß.

In keiner anderen westlichen Demokratie sind die politischen Staatsschutzbestimmungen und das politische Strafrecht so ausgeprägt wie in der BRD. Aber auch in keinem anderen demokratischen Kulturstaat sind Bildung und Ausbildung so „apolitisch“ wie in unserem Lande. Nur uns ist es vorbehalten, Wissen und Bildung „als solche“ zu vermitteln — ohne den Blick zu öffnen für den Bezug zwischen fachlicher Qualifikation und gesellschaftlicher Verantwortung. Daran ändert der spärliche Gemeinschaftskunde-Unterricht der höheren Schule ebensowenig wie die vereinzelt Versuche, innerhalb der Hochschulen Wege fachbezogener politischer Bildung zu finden. Über die Vermittlung formaler Kenntnisse demokratischer Ordnung oder im besten Falle über die Immunisierung gegen „östliches“ Gedankengut kommen solche Ansätze ohnehin nicht hinaus. Die Hinführung zum verantwortungsbewußten und kritischen Staatsbürger wird von unserem heutigen Bildungswesen nicht geleistet!

Ziel der Reform unseres Bildungswesens und einer intensiven Bildungswerbung darf es nicht nur sein, den Anforderungen wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse und dem Fortschritt in Wissenschaft und Technik Rechnung

Fortsetzung Seite 20



Fortsetzung

zu tragen. Aufgabe unseres Bildungswesens ist es schon heute, mehr Menschen zu einem besseren Verständnis der Rechte und Pflichten des Einzelnen in seiner spezifischen — ausbildungs- und berufsbedingten — Situation im demokratischen Staat zu befähigen. Daraus geborenes verantwortliches Handeln ist der einzige echte Faktor politischer Stabilität, den es für ein demokratisches Gemeinwesen gibt. Die Notwendigkeit immer qualifizierterer Ausbildung und die mit steigendem Wohlstand wachsende Bedeutung der Bildung als „Konsumgut“ ermöglichen die zunehmende Eingliederung immer größerer Bevölkerungsschichten in den Prozeß einer bewußt-verantwortlichen öffentlichen Meinungs- und Willensbildung. Effekt der Bildungswerbung ist also zunehmendes sachkundiges Engagement der Staatsbürger in allen Problemen ihres Gemeinwesens — vorausgesetzt, daß Struktur und Inhalt der Ausbildung geeignet sind, sie dazu zu befähigen. Bei der Erreichung des aufgezeigten Ziels kommt unseren Hochschulen entscheidende Bedeutung zu. Diese Bedeutung liegt nicht einmal darin, daß sie die — vom Inhalt der Ausbildung her — qualifiziertesten Berufsschichten ausbilden. Ihre ungeheure Bedeutung liegt vielmehr darin, daß sie das fast ausschließliche Monopol für die Ausbildung der Berufe besitzen, denen im öffentlichen Leben und im Bildungswesen eine direkte oder mittelbare Multiplikatorenwirkung zukommt. Fast alle Lehrerberufe, die überwiegende Mehrzahl aller politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte, Publizisten werden in unseren Hochschulen ausgebildet. Auf Grund ihrer beruflichen Position vermitteln sie das weiter, was als Ergebnis ihrer Ausbildung ihre Persönlichkeit maßgeblich beeinflusst oder gar geprägt hat. Das gilt insbesondere auch für ihr Verhältnis zur Ordnung unseres staatlichen Gemeinwesens und seiner Gestaltung.

In diesem Faktum liegt eine geradezu unermessliche gesellschaftliche Verantwortung unserer Hochschulen: Sie wirken maßgeblich an der Verwirklichung der Bildungsziele, die sich eine freiheitlich-demokratisch geordnete Gesellschaft gesetzt hat und zu deren Erreichung jeder Bürger dieser Gesellschaft im Maße seiner Eignung und Neigung berufen ist. Sie beeinflussen damit — gewollt oder ungewollt — in erheblichem Maße das Verhältnis eines bedeutenden Teiles des Volkes zur Demokratie.

Sind unsere Hochschulen geeignet, den Menschen, die sie bilden und ausbilden, Maßstäbe demokratischen Handelns zu vermitteln? Läßt ihre Ausbildung einen Bezug zwi-

schen wissenschaftlicher Qualifikation und gesellschaftlicher Verantwortung erkennen? Extrem gefragt: Herrscht in unseren Hochschulen in der Regel eine Atmosphäre, die einer Entwicklung junger Menschen zu bewußt kritisch-demokratischem Verhalten förderlich ist? Auf Grund der aufgezeigten Bedeutung, die innerhalb des Bezugs von Demokratie und Bildung gerade der Funktion der Hochschulen zukommt, werden diese Fragen mit einem Höchstmaß an kritischer Haltung zu beantworten sein.

Die Studentenschaft ist allzu sehr versucht, das Thema „Demokratisierung der Hochschule“ unter dem speziellen Aspekt ihrer eigenen Rechtsstellung innerhalb der Hochschule zu behandeln. So sehr auch dieser Aspekt relevant ist — er dürfte doch nur sehr bedingt im Vordergrund stehen. Fragen wir doch zuerst nach den Grundzügen des Verhältnisses der Hochschulen zu demokratischer Ordnung.

Auffallen muß das Verhältnis vieler Hochschulen zum Begriff der Rechtsstaatlichkeit. Es gibt keinen Bereich öffentlicher Ordnung, in dem in solchem Umfange elementare Grundrechte zu ihrer Verwirklichung höchst richterlicher Entscheidung bedurften wie gerade in unseren Hochschulen. Verwundert es, daß in der Verwirklichung des Grundgesetzes in den einzelnen Bereichen öffentlicher Ordnung entscheidende Fortschritte nur der Rechtssprechung der Gerichtsbarkeit zu danken sind? Unsere Rechtswissenschaft hat sich da — von wenigen Ausnahmen wie etwa Jesch im Verwaltungsrecht einmal abgesehen — außerordentlich zurückgehalten. Wie mag der noch von der Konsequenz rechtsstaatlicher Grundsätze überzeugte Student es empfinden, wenn die Gutachter-Tätigkeit seiner Rechtslehrer ihm verdeutlicht, daß im Grunde jeder Standpunkt vertretbar ist? Wie steht es um die immer wieder zitierte Autonomie der Hochschulen, in der statt des Rechtes zu einer der Wissenschaft angemessenen Gestaltungsfreiheit im Rahmen von Verfassung und Gesetz so oft mit Fleiß eine staatsfeindliche Bindungslosigkeit verstanden wird, die nur den „universitären Willen“ als Norm kennt? Was bedeutet unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten jene Pseudogerichtsbarkeit, Disziplinarrecht genannt, die das „Ansehen der Hochschule“ durch verwaltungsrechtliche Verfolgung von Handlungen wahrt, die diffus formulierte Tatbestände erfüllen?

Es wäre zu wünschen, dieses Mißverhältnis vieler Hochschulen zur rechtsstaatlichen Ordnung hätte seinen Grund allein darin, daß von Natur aus apolitischen Wissenschaftlern die Untrennbarkeit von wissenschaftlicher Tätig-

keit und staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein noch etwas fremd erscheint. Wie weit mag wohl der Weg von diesem Mißverhältnis bis zur Verwirklichung der Idealvorstellung sein, daß unsere Hochschulen fachbezogene politische Bildung ihren Studenten dadurch vermitteln, daß sie die Bezüge zwischen dem Bildungsinhalt und der sittlichen und politischen Verantwortung des Gebildeten verdeutlichen? Von dieser Aufgabe kann die Hochschule nicht entbunden werden, wenn wir nicht befürchten wollen, daß sie erneut Euthanasie-Ärzte und einer Terrorjustiz willfährige Richter heranbilde!

Das Verhältnis der Hohen Schulen zur Rechtsstaatlichkeit ist sicher nicht der einzige Punkt, der in ihren Beziehungen zu demokratischer Ordnung der Korrektur bedarf. Ich nannte bereits das Problem der Selbstverwaltungsstruktur der Hochschule. Spätestens Professor Mößbauer hat den deutschen Hochschulen bewiesen, daß demokratische Verwaltungsformen durchaus wissenschaftsgerechter sein können als die in Deutschlands Elfenbeintürmen so beliebte Manifestation des Meister-Schüler-Verhältnisses in den verschiedenen Spielarten universitärer Monokratie. Die Respektierung der Studenten als eines Partners, der ohne Beschönigung einer wissenschaftlichen Unerfahrenheit doch mündiger Staatsbürger ist, dessen Bildungsziel nicht geistige Abhängigkeit ist — die Hochschulen würden mit einem solchen Schritt nicht nur gesellschaftlichen Erfordernissen, sondern auch einem modernen Selbstverständnis Rechnung tragen. Dazu gehört freilich der Verzicht auf patriarchalische Fürsorgeambitionen, auch der Verzicht auf Aufsichtsfunktionen gegenüber der Studentenschaft, die nur noch die Karikatur tatsächlicher Entscheidungs- und Ausführungsbefugnis zulassen. Dieser Grundsatz muß auch dann gelten, wenn eine Gruppierung glaubt, demokratische Auseinandersetzungen innerhalb der Studentenschaft mit Rückenbedeckung der Professoren bestehen zu müssen. Verantwortung verpflichtet zum besseren Argument, nicht zur mächtigeren Kollaboration!

Immer mehr Menschen immer bessere Bildung zu vermitteln — das ist nicht bloß das lobenswerte Ziel eines modernen Kulturstaa-tes. Das ist zugleich der Weg, aus dem formalen Vorhandensein demokratischer Ordnung lebendige Wirklichkeit werden zu lassen. Der Ruf nach Demokratisierung der Hochschule ist Ausdruck der Erwartung, daß die Hochschulen die Verantwortung erkennen, die ihnen in unserer gesellschaftlichen Ordnung zukommt.



Hochzeit

machen ist nicht nur wunderschön, sondern auch ein Wort aus der Buchdruckersprache. Passiert es dem Setzer, daß er im Übereifer zweimal dasselbe Wort setzt, so nennt man dieses eine Hochzeit.*)

Märkische Vereinsdruckerei
Schürmann & Klagges, Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16

*) Wir hoffen, daß Sie in der vorliegenden Zeitschrift keine „Hochzeit“ entdecken.



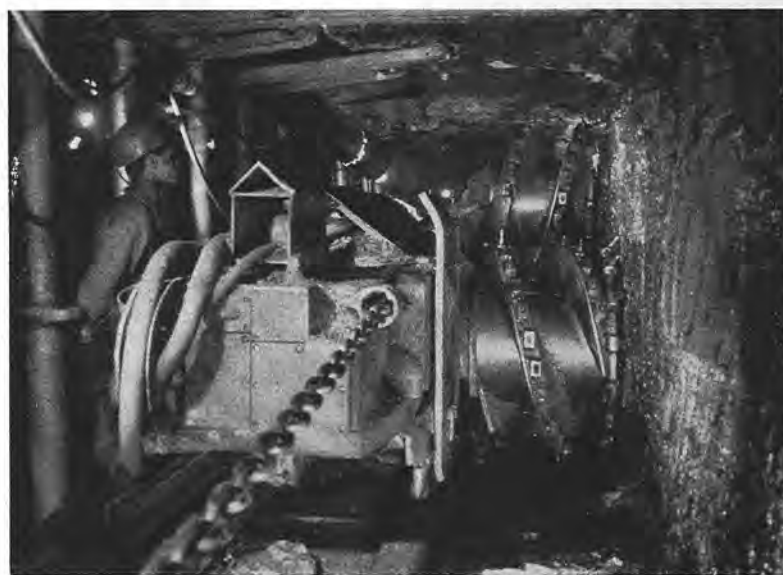
HWA 2/66

In einem Ballungszentrum wie dem Ruhrgebiet mit seinen 5 Millionen Einwohnern – in einem Lebensraum mit einer derartigen Bevölkerungsdichte, kommt die Bedeutung eines Warenhauses erst voll zur Geltung – nämlich: Millionen Menschen Tag für Tag mit dem zu versorgen, was sie täglich brauchen.

KARSTADT

KARSTADT ist mit 12 Warenhäusern im Ruhrgebiet vertreten.

Technik dient dem Fortschritt



Die Technik, ein Mineral durch Schneiden zu gewinnen, wird bereits in der Steinzeit beim Abbau von Feuerstein angewendet. Der Gedanke, diesen Vorgang für die Kohलगewinnung zu mechanisieren, ist ein Jahrhundert alt. 1849 erfindet Carl Eickhoff, der Gründer des Eickhoff-Werkes, eine Kohlensäge, die einen Schnitt (Schram) von unten nach oben in den Kohlenstoß zieht. Seit 1862 tauchen in England verschiedene Konstruktionen von Schrämmaschinen auf. Aber erst als Druckluft und Elektrizität zur Verfügung stehen, kann an den Abbau durch Maschinen gedacht werden.

1914 baut Eickhoff die erste mit Druckluft betriebene Großschrämmaschine auf dem europäischen Kontinent. 1921 gelingt die Konstruktion des elektrischen Schrämmotors. Neue verbesserte Maschinen lösen die bisherigen Typen ab. Sie sind so ausgereift, daß sie sich über 20 Jahre im Einsatz bewähren. Nach dem Kriege werden die Maschinen mit hydraulischen Vorschubwinden ausgerüstet und gleiten auf einen Förderer. Die weitere Entwicklung führt zum Walzenschrämlader. 1962 verläßt die 5000. Gewinnungsmaschine das Eickhoffwerk. Ein Jahr später wird der Eickhoff-Doppelwalzenlader, die bisher größte Gewinnungsmaschine für den Untertagebetrieb, gebaut (Bild). Mit ihr kann bei günstigen geologischen Verhältnissen eine Tagesleistung bis zu 3000 t erzielt werden. Die Konstruktion dieser Maschine beruht auf den Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und ist richtungweisend für die vollmechanisierte schneidende Kohलगewinnung.

Eickhoff

Gebr. Eickhoff · Maschinenfabrik
u. Eisengießerei mbH · Bochum

Warum Millionen Verbraucher im **RATIO-MARKT** kaufen



Der Verbraucher von heute kauft kritischer und preisbewußter denn je. Er vergleicht Preise und Qualitäten, ehe er sein Geld ausgibt.

Millionen Menschen haben erkannt, daß sie im **RATIO-MARKT** günstig kaufen. Denn hier wird kein unnützer Aufwand getrieben. Keine aufwendigen Dekorationen, kein übertriebener Service verteuern die Ware.

Der **RATIO-MARKT** begnügt sich mit geringen Handelsspannen, bei allen Artikeln — zum Nutzen des Verbrauchers.

Das Angebot im **RATIO-MARKT** umfaßt alle Artikel

des täglichen Bedarfs: Kleidung, Wäsche, Schuhe, Uhren, Schmuck, Lederwaren, Möbel, Teppiche, Gardinen, Haushaltswaren, Fernsehgeräte, Elektrogeräte, Kühlschränke, Herde, Öfen, Waschmaschinen, Spielwaren, Werkzeuge, Sport- und Campingartikel, Autozubehör usw. — außer Lebensmitteln.

RATIO-MARKT

Münster, Albersloher Weg, Loddenheide

Bochum, Hofsteder Straße, am Ruhrschnellweg

Laatzen b. Hannover, Karlsruher Straße, am Messegelände

RATIO-MARKT

Bei RATIO kaufen, heißt mit Verstand kaufen

Eine wirklich neue Universität also!

Eine Stellungnahme zu den „Empfehlungen zum Aufbau einer Universität in Dortmund“

Von Peter Müller

Die „Empfehlungen zum Aufbau einer Universität in Dortmund“, vom Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen im Oktober 1965 der Öffentlichkeit übergeben, sind, so meine ich, auch vom Standpunkt der Studentenschaft aus so gut wie uneingeschränkt zu begrüßen. Endlich, so möchte man, die Erfahrungen von Bochum und Regensburg, die Vorschläge zu Bremen im Blick, meinen: eine wirklich neue Universität. Vielleicht auch ist diese Denkschrift und, sollten die ihr folgenden ähnlich unvoreingenommen argumentieren und sollten diese Vorschläge verwirklicht werden, die künftige Universität in Dortmund

ein eindrücklicher Beweis für die gelegentlich ausgesprochene These, die Technischen Hochschulen seien eher als die im starren Korsett ihrer wissenschaftlichen und ideologischen Traditionen steckenden Universitäten in Deutschland in der Lage, anlässlich von Begründungen neuer Institutionen wirklich und endlich einmal neue Arbeitsformen wissenschaftlichen Formens, Lehrens und Lernens zu schaffen.

Die Skepsis, die sich auch an diese Hoffnung knüpft, die Vorbehalte, die soeben mit „sollten...“ eingeführt wurden, sie wollen recht verstanden werden, sie begründen sich aus den Erfahrungen mit den bisherigen neugegründeten Universitäten, die die Studentenschaft hat machen müssen, sie sind demnach eine kritisch-hoffnungsvolle Anfrage an die erst noch zu schaffende Universität. Mit dem Entwurf der strukturellen Konzeption für die Universität in Dortmund, mit der übersichtlichen Abteilungsstruktur, mit den Institutionen kooperativer wissenschaftlicher Arbeit, mit den interessanten Kombinationen neuer Forschungsgebiete und Studiengänge hat der Gründungsausschuß für Forschung und Lehre in Deutschland notwendige Neuerungen und Entwicklungschancen für die technischen Disziplinen, für ihre Zusammenarbeit mit den theoretischen und experimentellen Naturwissenschaften sowie den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften allen denen verheißen, die künftig an dieser Universität forschen und studieren wollen: man sollte meinen, ein attraktives, ein zukunfts-trächtiges Angebot. Aber auch von Bochum aus erging ein solches Angebot, eine Chance des Neuanfangs in einer neuen deutschen Universität, und wir erinnern uns und haben es täglich noch vor Augen, wie schwer es vielen gerade der bereits Angesehenen, den Etablierten unter unseren Professoren an den alteingesessenen Hochschulen ankommt, die Chance des Neuanfangs zu ergreifen und sie, wenn sie sie ergreifen, auch zu nutzen und weiterzuführen, anstatt auch in Bochum die gewohnte, wenngleich so oft und so berechtigt als unvollkommen beklagte Arbeitsorganisation und Verfassungsstruktur der deutschen Hochschulen lediglich weiterzuführen. Die Konsequenzen sind einsichtig und betrüblich zugleich: Bochum, die Ruhr-Universität hat die Mehrzahl ihrer bis heute berufenen Professoren entweder durch Erstberufungen, von pädagogischen Hochschulen oder auch aus der Justus-Liebig-Universität zu Gießen — denn von Gießen nach Bochum zu gehen: das mag noch als Aufstieg gelten — bekommen. Unversehens ist Bochum dadurch, entgegen allen von Anfang an gehegten Erwartungen, unter den Kollegen in den

Ruf einer doch gar nicht so erstklassigen, einer „newcomer“-Universität voller „newcomer“ geraten. Will sie sich durchsetzen im Kreise ihrer alten Schwestern, so hat sie auf die — sowieso von Anfang an nur angedeuteten — Reformversuche in Arbeitsorganisation und Verfassungsstruktur weitgehend zu verzichten, und die Ruhr-Universität hat dies, abgesehen von technischen Verbesserungen der Wirtschafts- und Materialverwaltung, bisher auch weitgehend getan. Dem Ruf der Studentenschaft auf dem Bochumer Studententag von 1963, die eine neue Universität wollte und meinte, Bochum dürfe „nur ein Anfang sein“, hat auf dem II. Studententag der Studentenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen im November 1965 der Prorektor der soeben neu eröffneten Ruhr-Universität die These entgegengesetzt, Bochum sei lediglich „gemäßigt reformfreudig“. Einer der Studenten interpretierte dies mit der wohl zutreffenden Formel: sie sei „realistisch konservativ“. Können wir denn von, zumal jungen, Professoren anderes erwarten, die sich doch notwendig vor den Urteilen und Vorurteilen der älteren und etablierten Kollegen an den älteren und etablierten Hochschulen behaupten müssen — und zwar, nach allen Erfahrungen westdeutscher Hochschulgeschichte, nicht nur mit ihren wissenschaftlichen Leistungen, sondern auch in ihrem sozialen Verhalten und dessen institutioneller Organisation? Können wir von denen anderes und mehr erwarten, die, um ein Wort Ralf Dahrendorfs zu gebrauchen, mit zu jenen deutschen „Herrschaftseliten“ gehören, die durch ein ängstliches Kleben am Status Quo verbunden sind, ein „Kartell der Angst...“, das die unvermeidliche Dynamik der gesellschaftlichen Kräfte eher niederhält, anstatt sie zu entfalten oder zu entfesseln? Können wir von Dortmund, was wir nach dieser ersten Denkschrift des Gründungsausschusses hoffen wollen, anderes und mehr als von Bochum erwarten?

Die verfassungs- und verwaltungsrechtliche Struktur der neuen Universität nämlich, daneben die Konzeption und Organisation der Studiengänge und Studienabschlüsse, die Ausführungen über „studentische Angelegenheiten“ werden erst für spätere, weitere Gutachten des Gründungsausschusses versprochen; und gerade in diesen Angelegenheiten kann sich der reformerische Ansatz, der mit der Anlage der Arbeitsstruktur im vorliegenden ersten Gutachten gewählt wurde, erst in den so wichtigen konkreten und organisatorischen Fragen des täglichen Wissenschafts-

Fortsetzung Seite 25



„Ich kann nicht verstehen, daß Sie sich hier im Kraftwerk so viel Mühe mit dem elektrischen Strom machen. Bei uns zu Hause drehen wir bloß am Schalter.“

Wir	
betreiben	Bankgeschäfte jeder Art, unter anderem
nehmen	wir Gelder als Einlagen herein
gewähren	Kredite in jeder Form
verwahren und verwalten	Wertpapiere
kaufen und verkaufen	Gold und Reisezahlungsmittel
bieten	unseren Kunden Schließfächer, Stahlkammern, Nachttresoranlagen und... einen modernen Autoschalter
halten	Kontakt mit allen führenden Banken der Welt

Darum ein Bankkonto für Sie bei der

Zweigstelle Querenburg, Overbergstr. 19
(Kleine Mensa)

Westfalenbank
Aktiengesellschaft
Bochum

Fortsetzung

begriffes auswirken. Daß er sich auswirke, das sollte denn auch bereits in diesen nächsten Gutachten deutlich gemacht werden: was wir erwarten, das ist die Beteiligung aller Mitgliedsgruppen der künftigen Hochschule an den weiteren planerischen Arbeiten und an den künftigen Verfassungsorganen und Verwaltungsentscheidungen der Universität, das sind realistische Planungen der Studiengänge, die dem Gebot der Überschaubarkeit und der begrenzten Länge von Beginn an ebenso Rechnung tragen wie, in ihrer Organisation, den Erkenntnissen der didaktischen Forschung bei der Vermittlung und der Notwendigkeit gründlicher Einführung und vertiefender Spezialisierung, das sind variable, den Studenten anziehende Spezialisierungen und eigene Forschungsmitarbeit ermöglichende Studienabschlüsse. Über diese Dinge sollten schon viele Details bereits in den nächsten Gutachten des Gründungsausschusses stehen; gerade weil ja auch Dortmund, wie Bochum vor ihm, zu einem großen Teil mit solchen Gelehrten zu rechnen hat, die sich aus den überkommenen Arbeitsgewohnheiten und Organisationsmodellen nicht so ohne weiteres lösen können und wollen, wird der reformerische Ansatz hier schon konkret in den Institutionen festgelegt, werden die künftigen Mitarbeiter der Universität von Anfang an auf ihre Bereitschaft zur Einordnung in diese verfassungsrechtlichen und organisatorischen Strukturen quasi verpflichtet werden müssen — so wie der Student bei seiner Immatrikulation auf seine Universität verpflichtet wird. So sollte auch der Gesetzgeber, nach der Vorlage der weiteren Gutachten des Gründungsausschusses für die Universität in Dortmund, nicht allzulange mit einem daraus die Folgerungen ziehenden Universitätsorganisationsgesetz warten.

Gerade weil also der reformerische Ansatz hin zu einer modernen Arbeits- und Organisationsstruktur, angemessen den Erfordernissen moderner Wissenschaft und Wissenschaftsbetriebe, im ersten Gutachten des Gründungsausschusses getan wurde, muß er so bald wie möglich organisatorisch konsequent weitergeführt und verfassungsrechtlich gesichert werden, bevor sich die in einem vollbesetzten Lehrkörper unvermeidlichen zentrifugalen und traditionellen Kräfte werden auswirken können. Neue Möglichkeiten der Forschung, Zusammenarbeit der Disziplinen über Fakultätsgrenzen hinweg, Intensivierung der Lehre, sinnvolle Ordnung und Straffung der Studiengänge und die Ermöglichung geistiger Initiative und Selbständigkeit der Studenten hat uns der Gründungsausschuß zu Beginn seines Gutachtens zugesagt, er wird die erweckten Hoffnungen hoffentlich er-

füllen können. Das Prinzip der „Offenheit für die Zukunft“ (S. 9 des Gutachtens) in der Gliederung und Kombination der zunächst an der Universität zu errichtenden Disziplinen sollte nicht dazu verleiten, auch in der Verfassungsstruktur, vor allem bei der Frage der Heranziehung aller Mitarbeiter in Forschung und Lehre und der Studierenden zu den über die wissenschaftliche Arbeit und das Studium zutreffenden Entscheidungen, notwendige Fixierungen zu lange aufzuschieben.

Kritisch dürfen in diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zu dem auch für Dortmund festgehaltenen Prinzip gemacht werden, die Gliederung der Forschungs- und Lehrgebiete auf der Einteilung nach und Einrichtung von „Lehrstühlen“ aufzubauen (S. 9 et passim). Daß erfahrenen Gelehrten — denn im allgemeinen sitzen ja ordentliche Professoren auf „Lehrstühlen“ — ein Vorrang bei der Gestaltung und der Wahl von Lehrveranstaltungen zuerkannt wird, mag berechtigt sein, zumal wenn sie für diese Tätigkeit der Lehre, zu der ja auch persönlicher Kontakt und Beratung sowie Führung der Studierenden und die Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses gehören, die nötige Zeit aufwenden können. Eben dies ist aber heute durchweg nicht mehr der Fall. Denn die „Lehrstühle“ sind ja längst auch „Forschungsstühle“ und „Verwaltungsstühle“ geworden, vermöge der Verbindung zwischen ihnen — und nur ihnen — und Instituten, das heißt aber: sie verschaffen Privilegien auch in der Verfügung über und Zuteilung von Forschungsmöglichkeiten und -mitteln und in den Herrschaftsbefugnissen im Rahmen der Verwaltung des weitgehend bürokratisierten Instituts- und Hochschulbetriebs. Sie schaffen also eine bevorrechtigte Gruppe innerhalb der weiteren Gruppe der (habilitierten) Forschend-Lehrenden, obwohl wesentliche Leistungen der Forschung heute bereits immer mehr von den jüngeren Forschern, die eben noch nicht zu den ordentlichen Professoren gehören, vollbracht werden (nach den Ergebnissen der sogenannten „Kreativitätsforschung“ liegt das fruchtbarste Alter für schöpferische intellektuelle Leistungen im Normalfall vor dem 40sten Lebensjahr) und obwohl auch die jüngeren Angehörigen der Gruppe der Forschend-Lehrenden, zum größten Teil schon vor der Habilitation, schon voll mit Aufgaben auch der Lehre, in dem oben beschriebenen weiteren Sinne, ausgelastet sind. Es läge nahe, diese von der modernen Wissenschaftsentwicklung verursachten bzw. erfordernden organisatorischen Veränderungen in der Stellung der jüngeren Wissenschaftler an der Universität auch in der vorgeschlagenen Struktur der Universität in Dortmund einzu-

beziehen und verfassungsrechtlich abzusichern. Das hieße in der Konsequenz: Abschaffung nicht nur der Einmann-Institute, wie es auch für Dortmund vorgeschlagen wird, sondern des Lehrstuhlprinzips überhaupt; die Wissenschaftler würden dann nur noch jeweils der für sie zutreffenden Abteilung zugewiesen und in dieser in die „Gemeinschaft gleichberechtigter Gelehrter“ aufgenommen, die der Wissenschaftsrat bereits in seinen „Empfehlungen...“ von 1960 als leitendes Strukturprinzip für die neuen Hochschulen vorgeschlagen hat. Was die Anzahl der an den einzelnen Abteilungen arbeitenden Wissenschaftler betrifft, so würden sich zwei verschiedene Erfordernisse als Kriterien gegenseitig ergänzen: das Erfordernis, die verschiedenen Forschungsbereiche innerhalb einer Abteilung vollzählig durch Spezialisten zu repräsentieren, und das Erfordernis, der jeweiligen Studentenzahl genügend qualifizierte Lehrer zur Verfügung zu stellen. Alle Habilitierten aber wären dann gleichberechtigt in die — wie immer man sie nennen will — „Abteilungsversammlung“ aufgenommen, die die Abteilungsvorstände (Dekane, Prodekane, diese nach Möglichkeit nach verschiedenen Funktionen wie etwa der Forschungsplanung, der Studiengestaltung, der Studienbetreuung spezifiziert) zu wählen hätte, die Haushaltsanforderungen der Abteilungen, die darauf beruhenden Forschungspläne, die Lehrpläne und Studienordnungen bzw. Vorschläge dazu gemeinsam beschlösse. Man kann das weiter ausführen; wesentlich aber ist, daß dieser Wesenszug der Gleichberechtigung aller Habilitierten nicht nur aus der Forderung nach formaler Demokratisierung der Hochschulen, sondern auch aus den sachlichen Gesetzen wissenschaftlicher Forschung und Lehre erhoben werden muß: nämlich um den jüngeren qualifizierten Wissenschaftlern, ohne Rücksicht auf gerade freiwerdende Lehrstühle oder angebotene Lehrstühle, die Möglichkeit zu freier selbständiger Arbeit zu geben. Wir wissen sehr genau, daß gerade aus dem Mangel solcher Möglichkeiten, mehr noch als aus Gründen unzureichender Bezahlung — die natürlich mit dem Ungleichgewicht der Positionen in der Gruppe der Forschend-Lehrenden zusammenhängt — die Bundesrepublik in den letzten Jahren eine Unzahl begabter junger Wissenschaftler verloren hat.

Damit ist eigentlich der entscheidende Einwand gegen die Vorschläge des Gründungsausschusses für die Universität in Dortmund gekennzeichnet, gegen die im sachlichen, in der Aufteilung der Disziplinen und ihrer Zu-





sucht Mitarbeiter

Auf allen Straßen sehen Sie dieses Zeichen. Beweis des Vertrauens zu unseren Leistungen. Schadenaußenstellen in allen Ländern des freien Europa. 40 davon im Bundesgebiet betreuen unsere Versicherten.

Über 100 Organisations-Außenstellen werben und informieren mit haupt- und **nebenberuflichen** Mitarbeitern.

Auch für Sie werden wir die richtigen Aufgaben mit guten Verdienst- und Entwicklungsmöglichkeiten finden, wenn Sie sich unter Kennwort: „**Ruhr-Student**“ an uns wenden!

ARAG

Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG.

4 Düsseldorf · Heinrichstr. 155 · Ruf 62121

Schluß

ordnung, wenig einzuwenden ist, auch abgesehen davon, daß ich zur Frage der Entwicklung der Forschung in den technischen Disziplinen und zu den Erfordernissen ihrer kooperativen Verbindung und Neugliederung sachlich nicht so sehr kompetent bin. Sehr gut ist der Verzicht auf Disziplinen, die — wie es früher an der Technischen Universität Berlin geschah — nicht mit vollen Forschungsmitteln und Lehrfunktionen, einschließlich von prüfbaren Studienabschlüssen, in den Zusammenhang der Disziplinen eingebaut werden könnten und also eine anhängende Schöngeistfakultät zur Freizeitbeschäftigung bilden würden. Sehr gut ist der Vorsatz (S. 10), die bestehenden Studiengänge hinsichtlich ihrer Effizienz und sachlichen Angemessenheit zu überprüfen und neu zu ordnen. Selbstverständlich fast ist die Orientierung der Abteilungsgliederung an „kleinen, wissenschaftlich definierten Einheiten“ (S. 11), aber als Abhebung von den Verhältnissen an bestehenden Hochschulen verdient es doch, ausdrücklich hervorgehoben zu werden. Begrüßenswert ist der Vorsatz, die Möglichkeit von advanced studies für fortgeschrittene diplomierte Studenten einzuführen und dies, zusammen mit den fachübergreifenden (interdisziplinären) Institutionen, zu einem Schwerpunkt in der Planung der neuen Universität zu erklären; diese Möglichkeit aber sollte auch vom Haushalt der Universität her gesichert werden. Ausgezeichnet finde ich, bei der Besprechung der einzelnen einzurichtenden Forschungs- und Lehrgebiete in den einzelnen Abteilungen, die Berücksichtigung solcher Gebiete bzw. überhaupt ihre Neuaufnahme in den Kreis der forschungs- und lehrfähigen Disziplinen, die den aktuellen Problemen der näheren und weiteren Umgebung Dortmunds, der Industrie- und Organisationslandschaft des Ruhrreviers entstammen: so der Arbeitswissenschaft, der Automatisierungstechnik, der Reaktortechnik, der Disziplinen im Bereich des Bauingenieurwesens, vor allem beim Wasserbau, der Hochbautechnik, der Raum- und Verkehrsplanung, der Sozialpolitik unter mehreren Aspekten. So kann die zweite Universität des Industriegebietes an Rhein und Ruhr in ihrer gesellschaftlichen Umgebung Wurzeln schlagen, so wird sie, zumal bei einer guten Aufgabenteilung mit den bestehenden und etwa neuzugründenden Höheren Fach- und Ingenieurschulen, vielleicht auch weitere Begabungen bis zum und durch ein wissenschaftliches Studium bringen können. Das gleiche Lob ist den vorgeschlagenen „übergreifenden Instituten“ (S. 41 ff.) auszusprechen.

Im übrigen sollte der Gründungsausschuß im Verlauf seiner Planungsarbeiten vor allem

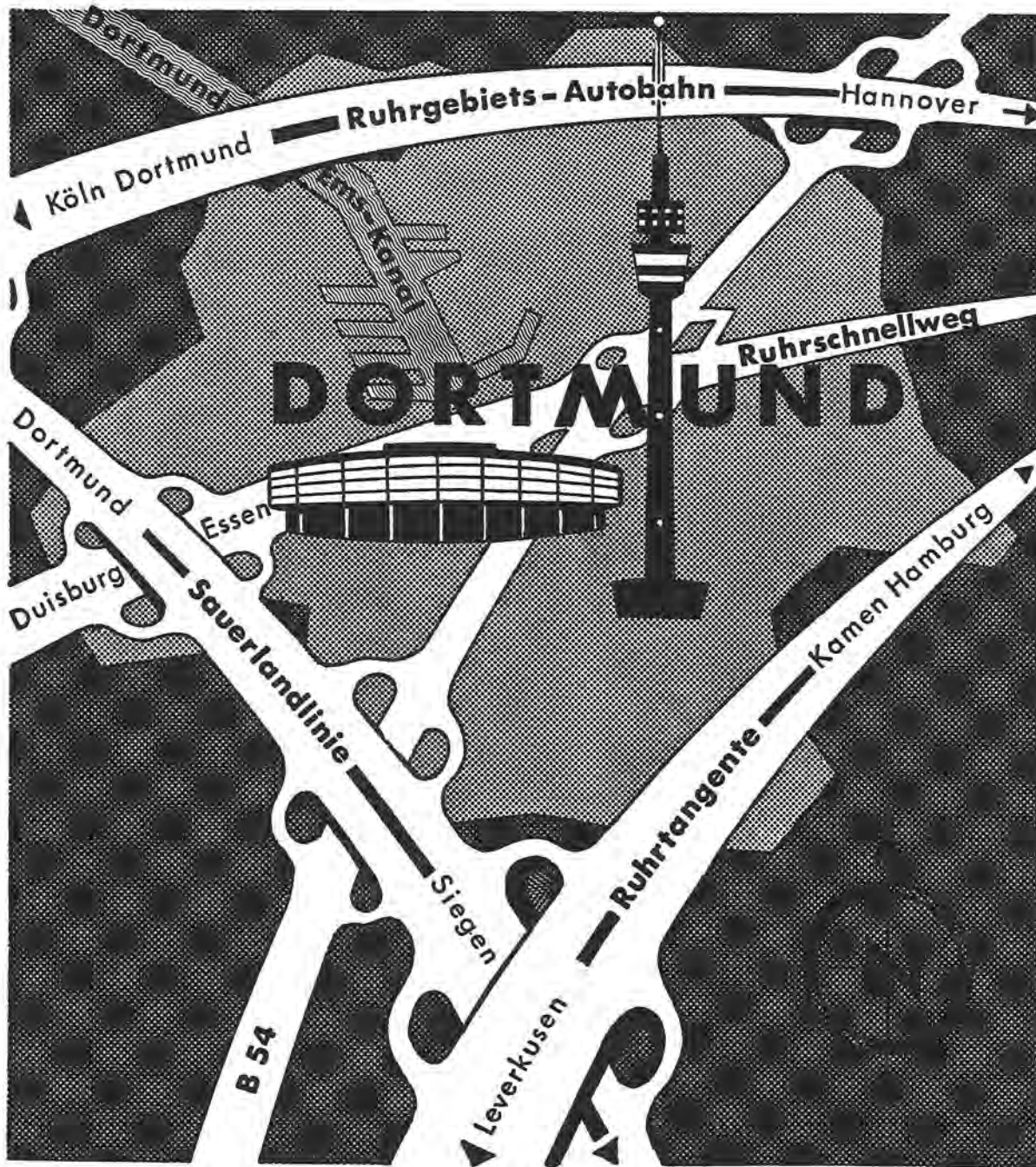
zur Größe der Universität und ihrer einzelnen Abteilungen vielleicht auch dem Bestand und der Entwicklung der Einrichtungen des Höheren und fachlichen Bildungswesens — also Mittel- und Höheren Schulen, Fachschulen, Höhere Fachschulen, Ingenieurschulen — noch einige Aufmerksamkeit widmen, sofern er sich nicht sogar entschließen sollte, an das Kultusministerium des Landes mit präzisen Fragen zur Entwicklungsplanung des Bildungswesens im Dortmunder Raum heranzutreten. Eine Universität ist, um so mehr in einer Zeit, in der notwendiger- und nützlicher-weise immer mehr junge Menschen sich hochqualifizierte Ausbildungen erwerben wollen, immer integrierender Bestandteil des Bildungswesens in ihrem Raum; sie erhält ihre Absolventen von anderen Stufen und Gruppen im Bildungssystem, mit der Struktur und dem Niveau ihrer Anforderungen wirkt sie auf diese zurück, ebenso mit ihren auslesenden Funktionen; ihre Absolventen entsendet sie an wichtige und maßgebende Funktionen in der sie umgebenden Gesellschaft, wo sie ihrerseits wieder erheblichen Einfluß auch auf die Entwicklung und Struktur des Bildungsbedarfs und der Bildungsentwicklung nehmen. Zumal nachdem sich durch die Arbeiten von Geißler auch für Deutschland herausgestellt hat, wie sehr die Höhe des Bildungsniveaus und auch etwa der Anteil der Studenten an ihren Arbeitsgruppen regional von der Verteilung der Bildungseinrichtungen abhängig ist, sollte die Eingliederung der Hochschulplanung in die regionale Bildungsplanung, zumal in einem so dicht besiedelten und sozial und wirtschaftlich vor so erheblichen Wandlungen stehenden Gebiet wie dem Ruhrgebiet, selbstverständliche Aufgabe der Verantwortlichen sein.

Durchweg begründet ist die Einrichtung der verschiedenen im Schlußteil behandelten zentralen Einrichtungen; für ihre Leitung sollte das oben bereits zu den Lehrstuhlinhabern gesagte gelten: daß es nämlich nicht unbedingt Lehrstuhlinhaber sein müssen, die überall die Oberaufsicht führen, sondern qualifizierte und kooperationswillige Spezialisten. Wenig durchdacht dagegen scheint mir das Konzept der für die Studenten bereitzustellenden Einrichtungen zu sein, das offenbar auch mit Studenten und ihren Repräsentanten selbst noch nicht erörtert worden ist. Daß den künftigen Akademikern, jungen Menschen, die mehr oder weniger unmittelbar von der Höheren Schule kommen werden, kulturelle Anregungen und Neigungen nicht gleich völlig abhandeln kommen sollen — nun gut. Sie dazu allerdings „in der Hochschule zu sammeln und intensiver mit ihrem Leben zu verbinden“, sie also aus „ihrer gewohnten

Lebenswelt“ herauszureißen, wie es der Gründungsausschuß für notwendig erachtet (S. 51), das scheint mir von mehreren diskussionswürdigen Voraussetzungen auszugehen. Setzt es voraus, daß man die den Schülern auf der Höheren Schule vermittelten Bildungswerte und Bildungsinteressen für so wenig tragfähig hält, daß sich die Hochschule ihrer noch einmal annehmen muß, so läßt sie sich damit, wie ich meine, eine ganz unmögliche Sisyphusarbeit auf, und dann sollte sie eher einige ihrer Anstrengungen darauf verwenden, die Höheren Schulen hinsichtlich ihres Bildungszieles und ihrer Bildungsintensität zu reformieren (wozu in der Tat die Hochschulen bislang zu wenig beigetragen haben). Setzt man außerdem voraus, daß auch die kulturelle Umgebung einer so vielfältigen Stadt wie Dortmund und der sie umgebenden Städte nicht in der Lage sind, den Studenten die nötigen Anregungen und Betätigungsmöglichkeiten für ihre künstlerischen, kulturellen und sportlichen Interessen zu vermitteln, so müßte man sich von seiten des Gründungsausschusses ernsthaft gemeinsam mit den Verantwortlichen der Stadt um die Entwicklung des kulturellen Lebens der Stadt bemühen; auch dann aber scheint es verkehrt, den Studenten im wohlgeborgenen Gehäuse der Universität eine isoliert akademisch-studentische Kultur und Wandervogelbildung übermitteln zu wollen und der Stadt die reichen kulturellen und geistigen Anregungen, die sie gerade von der aktiven Beteiligung der Angehörigen der Universität an dem kulturellen Leben der Stadt erwarten darf, vorzuenthalten.

Die Studentenschaft kann in dieser und in mancher anderen Hinsicht, etwa bei der Gemeinschaftsbildung, der Wohnungsbeschaffung, der geistigen Aktivität, der eigenen Initiative und dem Willen ihrer Angehörigen zur Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit weitaus gewisser sein. Warum sollte man nicht Studenten mit in den Gründungsausschuß aufnehmen, damit sie einerseits zu den jetzt zu behandelnden Fragen der Verfassung der Universität und der Studienplanung von ihren Gesichtspunkten aus Stellung nehmen können, andererseits damit ihnen die Planung der nötigen studentischen Einrichtungen auf dem Gebiet der neuen Universität selbständig überlassen werden kann. Man kann sicher sein, die Studenten würden diese Planungen alsbald mit ihrem eigenen Leben erfüllen. Sollte Dortmund, eine hoffentlich neue Universität, bei der Aktivierung der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden nicht auch bereits im Planungsstudium voranzugehen bereit und — eine Frage auch an den Kultusminister des Landes — in der Lage sein?

Im Zentrum schneller Straßen



Dortmund ist am Schnittpunkt zweier bedeutender Verkehrswege gelegen: der Bundesstraße 1, die früher einmal von Aachen nach Königsberg führte, und der B 54, die die Nordsee mit Frankfurt verbindet.

Beim Wiederaufbau hat sich die Stadtverwaltung besonders der Straßen angenommen, die heute zu den großzügigsten und modernsten Stadtstraßen und Ausfallstraßen deutscher Städte überhaupt gehören.

Mit der Fertigstellung der „Sauerlandlinie“ wird Dortmund an drei Autobahnen liegen — eine selten günstige Verkehrslage.

Dortmund: Ergänzung oder Konkurrenz?

**Der ruhr-student
sprach mit
Prof. Dr. M. Schmeißer**

ruhr-student:

Herr Professor, Sie sind Vorsitzender des Gründungsausschusses für die Universität Dortmund. Dürfen wir Sie fragen, von welchen Gedanken sich der Gründungsausschuß bei der Strukturplanung für die Universität hat leiten lassen?

Prof. Schmeißer:

Wir erhielten vom Kultusminister zunächst den Auftrag, Ratschläge zu erarbeiten, wie eine neue Technische Hochschule strukturiert sein sollte.

Hätte man eine klassische Technische Hochschule gründen wollen, dann wäre es nicht notwendig gewesen, einen Gründungsausschuß einzuberufen. Man hätte in diesem Falle einfach aus den bestehenden Vorlesungsverzeichnissen einen Mittelwert bilden können und dann feststellen können, was man in etwa braucht. Wir mußten uns schon überlegen, welche Grundlagen für eine solche Neugründung bestehen: von der Bedarfsfrage her und von der Möglichkeit, Chancen einer Neugründung zu nutzen, bei der das besser gemacht werden sollte, was sich vielleicht an bestehenden Hochschulen im Laufe der Zeit nicht bestmöglich entwickelt hat.

Wir kamen dann sehr bald zu der Feststellung, daß technische Fächer allein nicht genügten, sondern daß die Wirtschaftswissenschaften hinzugenommen werden mußten — und zwar nicht als Verzierung (mit dem Ziele, einige volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Vorlesungen anzubieten), sondern um ein regelrechtes volles Studium der Wirtschaftswissenschaften zu ermöglichen. Wir

gingen von dem Prinzip aus, daß jeder Hochschullehrer, der an der Hochschule tätig ist, auch eigene Schüler ausbilden kann, so daß also jeder Ausbildungsgang in sich abgeschlossen ist.

Mit der Einbeziehung der Wirtschaftswissenschaften war der Vorschlag verbunden, die Neugründung nicht mehr als „Technische Hochschule“, sondern als „Universität“ ins Leben zu rufen.

Dann mußten wir natürlich berücksichtigen, wie weit verschiedene Dinge in Bochum entwickelt waren, um kostspielige Doppelentwicklungen in Bochum und Dortmund zu vermeiden.

Weiteres Prinzip war gleich von vornherein eine möglichst intensive Verzahnung der verschiedenen Wissensgebiete durch eine besondere Organisationsform. Deswegen wurde — so wie es in Bochum schon geschehen ist — die Aufgliederung in Abteilungen vorgeschlagen. Ob diese dann später vielleicht Fakultäten genannt werden, ist dabei völlig gleichgültig: es sollte nur das Prinzip aufgezeigt werden.

ruhr-student:

Nun haben Sie im Gründungsgutachten gesagt, daß die tragenden Säulen für die Universität Dortmund Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften sind. Insbesondere die Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften sind aber auch an der Universität Bochum vertreten. Liegt die Gefahr hier nicht darin, daß doch Doppelentwicklungen entstehen und daß eventuell in späterer Zeit ein stiller Wettbewerb zwischen beiden Universitäten auftreten könnte?

Prof. Schmeißer:

Ich glaube nicht daran. Wir haben zunächst einen „Idealplan“ erstellt anhand der Frage: Welche Lehrstühle muß die neue Universität haben?

In einer ersten gemeinsamen Koordinations-sitzung mit Bochum haben wir darüber hinaus begonnen, uns ganz konkret Gedanken über die Schwerpunkte in Bochum einerseits und in Dortmund andererseits zu machen, da diese Fragen jeweils mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden sind. Einen weiteren Fragenkomplex stellt die Reihenfolge der einzurichtenden Fächer dar. Es gilt zu entscheiden, welche Disziplinen zuerst in Bochum, welche zuerst in Dortmund ausgebaut werden.

Es soll natürlich nicht so sein, daß ausgerechnet ein bestimmtes Fach im gleichen Moment an beiden Hochschulen anfängt, denn dann

kann es wirklich Schwierigkeiten bei der Berufung geben und zu einer Konkurrenz der beiden Hochschulen kommen. Das müssen wir vermeiden.

ruhr-student:

Dann ist das Orientieren an der Ruhr-Universität mehr unter dem Gesichtspunkt der Ergänzung beider Universitäten zu sehen als nun — wie es immer vermieden werden sollte — hier den sogenannten Wettbewerb auf-treten zu lassen?

Prof. Schmeißer:

Ich glaube, das ist richtig ausgedrückt. Natürlich gibt es gewisse Grundlehrstühle, die sicher in beiden Hochschulen auf jeden Fall vorhanden sein müssen, das ist ganz klar; aber es steht ja auch in unserem Strukturplan, daß die Symbiose zwischen beiden Hochschulen sehr stark sein soll. Beispielsweise sind manche Fächer — solche, die in Dortmund ein isoliertes Dasein führen würden — im Strukturplan nicht vorgesehen. In diesen Fällen wollen wir die Universität Bochum bitten, den entsprechenden Unterricht mit ihren Lehrkräften wahrzunehmen — und umgekehrt.

ruhr-student:

Herr Professor, Ihnen sind Wünsche nach weiteren Lehrstühlen angetragen worden aus den weitesten Kreisen der an der Universität Interessierten. Heißt es, daß mit dem vorgelegten Strukturplan die Grundzüge der Universität abgeschlossen sind oder besteht die Möglichkeit, daß in Zukunft noch weitere Lehrstühle hinzukommen?

Prof. Schmeißer:

Abgeschlossen kann das Ganze nie sein. Wir wären ja steril, wenn wir sagen würden: Wir haben einen Plan gemacht, der für alle Zeiten gelten soll. Wenn irgendwo Dinge modifiziert werden müssen, müssen wir jederzeit dazu bereit sein.

ruhr-student:

Herr Professor, die Studentenschaften, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, haben mit den Neugründungen Bochum, Dortmund und in Zukunft auch in Ostwestfalen ganz bestimmte Vorstellungen verbunden. Diese stehen unter dem Gesichtspunkt, den Begriff „Studentische Selbst- und Mitverwaltung“

Fortsetzung Seite 30



Dortmund:**Ergänzung
oder
Konkurrenz?****Fortsetzung**

neu zu formen, um konkreter die Möglichkeit zu haben, hier ihre Vorstellungen vorbringen zu können. Unter diesem Gesichtspunkt ist ebenfalls der verstärkte Wunsch der Studentenschaft nach Beteiligung an den Diskussionen um die Neuerstellung einer Universität zu sehen. Dieser verstärkte Wunsch geht nicht zuletzt auf — nach unseren Begriffen — gutfundierte Unterlagen, die im Laufe der Jahre erarbeitet worden sind, zurück. Wie sehen Sie in Zukunft für Dortmund die Beteiligung der Studentenschaft an der Erstellung der Universität?

Prof. Schmeißer:

So wie ich es dem Vorsitzenden der Studentenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Schultz, schon immer gesagt habe, ist unsere primäre Aufgabe die Klärung der Zahl der Lehrstühle und der Institutsstruktur, damit das Land weiß, welche finanziellen Verpflichtungen sich daraus ergeben und wie in etwa die bauliche Gestaltung aussieht. Davon hängen im Augenblick sehr viele Entscheidungen ab, die die Landesregierung und der Landtag fällen müssen.

Zur Frage der Mitwirkung der Studenten bei der Gestaltung habe ich der Studentenschaft schon immer wieder zugesichert, daß wir ihren Vorstellungen entgegensehen; ich habe erklärt, daß wir ihre Vorstellungen mit Vertretern der Studentenschaft in einem Ausschuß, der ja schon ins Leben gerufen ist, gemeinsam erörtern werden. Aus diesen Erörterungen muß sich auch dann die Stellung der Studentenschaft in der künftigen Hochschule ergeben. Beschlüsse über die Einzelheiten darüber sind noch in keiner Weise gefaßt worden.

ruhr-student:

Wenn wir das Gründungsgutachten in seiner vorliegenden Form und in seinen Ergebnissen auch sehr begrüßen, so ergibt sich jedoch im letzten Teil einige Kritik. Sie erwägen unter dem Begriff „Zentrale Einrichtungen der Universität“ u. a. ein Institut für Leibesübungen, das musische Zentrum, ein Gesundheitszentrum, die Studentenbücherei und das Studentenhaus aufzubauen. Insbesondere bei den Erläuterungen zu dem Gesundheitszentrum ist angeführt worden, daß die Universität die Aufgabe habe, gesundheitliche Vorsorge zu treffen. Nach unseren Vorstellungen ist die Aufgabe der Universität, der Forschung und der Lehre und darüber hinaus der Berufsausbildung zu dienen. Hieße das für die Universität Dortmund, daß sie ihren Aufgabenbereich erheblich und bislang noch nie gekannt erweitern will?

Prof. Schmeißer:

Meines Erachtens heißt das nichts anderes, als daß wir wissen wollten, was wir an baulichen Gegebenheiten und damit an finanziellen Aufwendungen brauchen. Wir haben ein solches Gesundheitszentrum erst einmal vorgesehen. Wie es organisiert wird, ist eine spätere Angelegenheit.

ruhr-student:

Wie ist denn Ihre persönliche Meinung dazu?

Prof. Schmeißer:

Im Augenblick muß ich wirklich sagen, daß wir uns darüber noch keine Gedanken gemacht haben, weil alle anderen Sachen für uns im Augenblick so vordringlich sind, daß wir das, was uns im Moment noch nicht zu beschäftigen braucht, auch noch nicht angehen. Sonst würden wir uns furchtbar verzetteln. Ich glaube, daß Diskussionen hin und her geführt werden und zur bestmöglichen Lösung führen.

ruhr-student:

Ebenfalls würde nicht unwidersprochen von der Studentenschaft hingenommen werden, daß die Studentenbücherei — so sehr sie auch begrüßt wird — letzten Endes doch innerhalb der Zentralbibliothek der Universität und somit ein gewisser Ableger der Universitätsbibliothek sein würde. Sollte man nicht eventuell dazu übergehen, den Studenten die Errichtung und Verwaltung der Studentenbücherei vollkommen freizustellen?

Prof. Schmeißer:

Die Errichtung der Studentenbücherei ist nichts anderes als eine Hilfe für die Studentenschaft. Wenn die Studentenbücherei in der Hochschulbibliothek organisatorisch verankert ist, ist der Staat derjenige, der die Bücher bezahlt. Wenn sie in der Verantwortung der Studenten liegt, sind sie diejenigen, die die Bücher anschaffen müssen. Es ist also nicht an eine Bevormundung oder irgendetwas ähnliches, sondern nur an eine möglichst aktive Hilfe für die Studenten gedacht.

ruhr-student:

Ja, nun ist es ja immer so, Herr Professor, daß die Studentenschaft mit dem Stichwort „Bevormundung“ vielleicht etwas zu stark den Bereich, den sie unter den Begriff „Selbstverwaltungsbereich“ faßt, verteidigt. Hier hätte sie eben tatsächlich gewisse Bedenken, wenn es heißt „Hier bezahlt der

Staat“. Somit sind wir letztendlich abhängig von dem Staat, von überörtlichen Institutionen. Man sollte vielmehr sagen: „Hier werden einmalige Mittel ausgeworfen für die Studentenbücherei, was in Zukunft daraus gemacht wird, wer sie verwaltet innerhalb der Studentenschaft, bleibt dahingestellt.“ Denn eines muß dabei bedacht werden — so verständnisvoll und entgegenkommend manche unserer Professoren den Vorstellungen der Studentenschaft gegenüber sind — diese Dinge lassen sich nie für die Zukunft festlegen. Somit versucht die Studentenschaft nach wir vor gerade in diesen Bereichen sehr strikt zu trennen.

Prof. Schmeißer:

Der Strukturplan ist ja nicht als Gesetz oder Verordnung anzusehen. Er hat keinen anderen Grad der Verbindlichkeit als den, unserem Minister, der unser Auftraggeber ist, einen Rat zu geben, was er bei dieser Neugründung zu bedenken hat.

Wir haben die Studentenbücherei als Hilfe für die Studenten vorgesehen. Ob der Minister dann in der Auseinandersetzung mit der studentischen Selbstverwaltung etwa Entscheidungen trifft in dem Sinne „Das ist eine studentische und keine Hochschulangelegenheit“ ist schließlich in seine Entscheidungsbefugnis gestellt. Was wir mit unserem Vorschlag erreichen wollten, war einfach die größtmögliche Hilfe für die Studentenschaft.

ruhr-student:

Sie haben dieses Gründungsgutachten vorhin als Idealplan bezeichnet und jetzt praktisch nur als Rat für den Kultusminister. Wie sind denn die Chancen, daß dieses im großen und ganzen begrüßenswerte Modell auch verwirklicht wird?

Prof. Schmeißer:

Da wir vom Ministerium bisher noch keinerlei gegenteilige Stellungnahme bekommen haben und da bei sehr vielen unserer Beratungen der Minister selbst teilgenommen hat und das Ministerium stets entweder durch den Staatssekretär oder durch den Leiter der Hochschulabteilung vertreten war, sind wir sehr stark davon überzeugt, daß das Gutachten in großen Zügen so angenommen wird, wie es abgegeben ist.

ruhr-student:

Herr Professor, noch eine Frage. Vor einiger Zeit waren hinsichtlich der Finanzierung des



Projektes Dortmund einige Unstimmigkeiten aufgetaucht. Sehen Sie die Mittel bereitgestellt, daß in den nächsten Jahren der Aufbau der Universität so vorangetrieben werden kann, wie der Gründungsausschuß sich das vorstellt?

Prof. Schmeißer:

Wir haben ja von den ersten Sitzungen des Ausschusses an unser Hauptaugenmerk auf das sogenannte Aufbau- und Verfügungszentrum gerichtet: das soll die Keimzelle der Universität werden. Unsere Vorstellung geht dahin, daß in diesem Aufbau- und Verfügungszentrum, das am Südrand des Universitätsgeländes liegt und dadurch die künftigen Bauten in keiner Weise präjudiziert, erst 20 Lehrstühle untergebracht werden sollen, deren

Inhaber Promotoren für die künftig zu erstellenden Großbauten sein sollen.

Wir glauben, daß wir durch diese Vorschaltung — es ist etwa daran gedacht, daß die ersten berufenen Professoren dann zwei bis drei Jahre in diesem Aufbauzentrum bleiben bis sie dann in ihre endgültig erstellten Bauten hineinkommen — die Möglichkeit bieten, erstens so rationell wie möglich die Großbauten zu erstellen und weiterhin auch finanziell Luft zu schaffen, damit das Land den vielfältigen Anforderungen, denen es im Zusammenhang mit den Neugründungen ausgesetzt ist, gerecht werden kann.

Wir sind überzeugt, daß das Aufbau- und Verfügungszentrum jetzt auch zügig geplant und gebaut wird. Unsere große Sorge ist selbstverständlich, daß dann dieses Zentrum auf viele Jahre hin als einziger Bau bestehen könnte. Wichtig ist für uns — und darauf

drängen wir immer und immer wieder —, daß sich an dieses Aufbau- und Verfügungszentrum dann sofort die Planung und Erstellung der endgültigen Bauten anschließt.

ruhr-student:

1967 soll doch der Betrieb in dem Aufbau- und Verfügungszentrum anlaufen? Der Termin wird eingehalten?

Prof. Schmeißer:

Ich sehe im Augenblick keinen Grund, an diesem Termin zu zweifeln.

ruhr-student:

Vielen Dank, Herr Professor.

Wohin nach dem Studium?

Wählen Sie Ihren künftigen Arbeitsplatz bei einem Unternehmen, das Ihnen die Möglichkeit bietet, auf wirklich modernen technischen Gebieten tätig zu sein. Brown Boveri erschließt als Großunternehmen der Elektrotechnik mit weltweiten Verbindungen dem jungen Ingenieur zahlreiche Wege in die neue technische Welt; es unterstützt ihn in seinem Bestreben nach beruflicher Entfaltung und menschlicher Bewährung. Ob Sie in der Entwicklung, der Projektierung, der Konstruktion, dem Prüffeld, der Montage oder dem Vertrieb

mitarbeiten wollen, in jedem Falle finden Sie in der Energietechnik mit allen ihren Sparten, in der Informations- und Hochfrequenztechnik sowie im Maschinenbau ein Betätigungsfeld, das Ihnen Aufstieg und Erfolg innerhalb der gesamten Firmenorganisation ermöglicht. Bitte nennen Sie unserer Abteilung für Personalaus- bildung und -förderung, 6800 Mannheim 1, Postfach 351, Ihre Wünsche. Wir unterhalten uns gern ausführlich mit Ihnen über Ihren Einsatz, über Ihre technische Weiterbildung und über Ihr berufliches Fortkommen.

80 361

BBC
BROWN BOVERI

BROWN, BOVERI & CIE · AKTIENGESellschaft
MANNHEIM

Die Gesellschaft der Freunde der Universität Dortmund

Dipl.-Ing. Günter Jucho

Die Gesellschaft der Freunde der Universität Dortmund e. V., wie sie seit kurzem heißt, unterscheidet sich in mancherlei Hinsicht von den entsprechenden Gesellschaften anderer Hochschulen. 1958 wurde sie von der Wirtschaft des Kammerbezirks der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund als Gesellschaft der Freunde einer Technischen Hochschule Dortmund e. V. gegründet mit der Aufgabe, die jahrzehntelangen Bemühungen aus dem Dortmunder Raum um eine Technische Hochschule zu intensivieren. Die Gesellschaft sollte:

die Technische Hochschule im Raum Westfalen, und zwar in Dortmund, unterstützen,

die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Praxis vertiefen,

an der Pflege des Geisteslebens im Ruhrgebiet mitwirken.

Damals war Dortmund als mögliche Hochschulstadt für eine neu zu gründende Technische Hochschule schon im Gespräch. Eine

entscheidende Frage stand noch offen: Brauchen wir überhaupt neue Hochschulen? Sie wurde weitgehend verneint. Der Widerstand kam vor allem von den bestehenden Hochschulen. Die vermutlich bald steigenden Studentenzahlen hielt man nicht für so wichtig, als daß man sich schon mit Neugründungen befassen müsse. Auch sah man vielfach einen Standort im Industriegebiet nicht für sonderlich glücklich an. Die Lage im Land Nordrhein-Westfalen konnte man damals etwa so skizzieren: Wenn überhaupt eine neue Technische Hochschule notwendig ist, dann wäre Dortmund ein geeigneter Standort. Die Gesellschaft sah es daher als ihre erste und dringlichste Aufgabe an, die Notwendigkeit von Neugründungen überhaupt und von einer Ausbildungsstätte für den akademischen Nachwuchs der Wirtschaft im besonderen unter Beweis zu stellen. Sie hat dazu in Schriften, Erklärungen und bei vielen anderen Gelegenheiten Stellung genommen und auch konkrete Lösungsvorschläge gemacht. Ihre Tätigkeit war ein Beitrag zu der sich inzwischen durchsetzenden Erkenntnis der Notwendigkeit von Neugründungen, die ihren Niederschlag in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Neuausbau der Hochschulen im November 1960 fand.

Als es dann im Land zur Entscheidung über die Neugründung kam, ging es um die Frage des wie und wo. Die Regierung dachte sich die neue Hochschule zunächst als eine Campus-Universität neuer Art mit einer Verbindung von Geisteswissenschaften und Ingenieurwissenschaften, und als Sitz hatte man sich in Düsseldorf schon Bochum erkoren, weil man das dort vorhandene Gelände als besonders geeignet für die inzwischen entwickelten Vorstellungen ansah. Die unerfreulichen Auseinandersetzungen um den Standort brachten auch für unsere Gesellschaft unruhige Zeiten mit einem Engagement für eine Sache, die sie seit langem verfolgt, deren Behandlung sie aber lieber in einer anderen Form gesehen hätte. Das Ergebnis war dann zunächst die Gründung der Ruhr-Universität in Bochum.

Inzwischen hatte man sich bei einer ruhigeren Beurteilung der Dinge zu der Erkenntnis durchgerungen, daß man damit allein den Erfordernissen der Zeit nicht gerecht werden könne, und so kam es dann 1962 zum Gründungsbeschluß für Dortmund; für eine Technische Hochschule, wie es hieß. Unsere Gesellschaft hatte schon von Anfang an den Gedanken einer Technischen Hochschule mit weitgespanntem Bildungsziel vertreten.

Das, was damals in den Ansätzen zum Ausdruck kam, gewinnt nun als moderne Universität langsam Gestalt. 1964 konnten wir dem Gründungsausschuß Anregungen vortragen über das, was die Praxis sich für diese neue Hochschule wünschte. Wir sind erfreut feststellen zu können, daß die Gedanken der Hochschulplaner und die der Vertreter der Praxis weitgehend übereinstimmen, denn das, was man für Dortmund vorgesehen hat, entspricht durchaus den Vorstellungen, die bei uns seit langem bestanden haben.

Unsere Gesellschaft hat es ganz bewußt vermieden, sich in die Auseinandersetzungen über die Hochschulreform einzuschalten. Das schloß aber nicht aus, daß wir manches anders gewünscht haben, als es bisher gehandhabt wird. Wir halten den jetzt vorliegenden Strukturplan für einen glücklichen Versuch, die Wissenschaftsbereiche, die Technik und Wirtschaft besonders berühren, an einer Hochschule in einer neuartigen Zuordnung zusammenzufassen, und wir sehen darin einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu enger Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft, die durch den Standort der neuen Universität beste Voraussetzungen findet.

Das gehört aber schon zu den Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft. Da zu helfen, wo der Staat nicht helfen kann, wo es darauf ankommt, an wichtiger Stelle unsere bescheidenen Mittel einzusetzen — das ist die materielle Seite einer Förderergesellschaft. Für Dortmund und für seine Universität und damit auch für uns, gibt es aber noch eine andere, mindestens ebenso wichtige Aufgabe. Eine Hochschule in einer Stadt und in einer Landschaft, die mit einer solchen Einrichtung gar nicht vertraut sind, wo es noch keine Tradition gibt, wo erst das Klima geschaffen werden muß, um die Wechselwirkungen, die auch eine Hochschule braucht, zum Tragen zu bringen — da mitzuhelfen und dazu beizutragen, die Hochschule in ihre Umgebung im guten Sinne zu integrieren, ist eine nicht leichte Aufgabe. Man braucht nicht nur Wohnungen, Wohnheime oder genügend Zimmer, damit Dozenten und Studenten sich in ihrer Universitätsstadt wohlfühlen. Sicherlich läßt sich das, was in alten Universitätsstädten in langer Tradition gewachsen ist, nicht auf Anhieb schaffen. Wir haben aber die begründete Hoffnung — gerade aus der Vorgeschichte unserer Gesellschaft —, daß es nicht so sehr schwer sein wird, weil die Bereitschaft da ist. Auch unsere Arbeit soll stets unter dem Motto stehen: Dortmund, eine gute Universitätsstadt.



„dsr“ ist die Reiseorganisation der deutschen Studentenschaft, ein von sieben Studentenverbänden Deutschlands getragener gemeinnütziger Verein. Der Deutsche Studenten-Reisedienst ist ein Organ der studentischen Selbstverwaltung.

Unser Programm* 1966:

ARBEITSLAGER: Internationale Gemeinschaftsprogramme in europäischen und außereuropäischen Ländern (England, Frankreich, Italien, Portugal, Israel), bei denen außer den subventionierten Reisekosten und einer Verwaltungsgebühr keine Kosten entstehen;

FERIENREISEN: Von Reiseleitern begleitete Erholungsprogramme von zwei- und dreiwöchiger Dauer, bevorzugt in unbekannten europäischen und außereuropäischen Feriengebieten; Transportmittel Bahn, Bus, Schiff und Flugzeug mit verschiedenen Abfahrts- und Abflugsorten mit Anreiseermäßigung;

SKIREISEN: Von Reiseleitern begleitete Erholungsprogramme in den österreichischen, italienischen, französischen u. schweizerischen Alpen, im deutschen Voralpengebiet, in der Tschechoslowakei, Polen und in skandinavischen Ländern; mit Ausnahme einiger Expertenprogramme überall mit verbilligten Möglichkeiten zur Skischule;

STUDIENREISEN: wissenschaftlich geleitete Exkursionen in europäische und außereuropäische Länder mit dem Charakter von Bildungsreisen;

PASSAGE-PROGRAMME: Schiffs- und kombinierte Schiffs-Flugpassagen mit außereuropäischen Zielen (überwiegend USA), Schiffs-Erholungsprogramme im Mittelmeer („Baukastenreisen“) und in der Nord- und Ostsee („Urlaub als beinahe echter Seemann“);

FERN-TOURISTIK: Studienreisen der Sonderklasse in außereuropäische Länder (West- und Ostafrika, Mittlerer Orient, China, Japan, Mittelamerika);

IT-FLUGREISEN: Ferienreisen auf individueller Basis („Inclusive Tours“) mit freier Wahl des Ferienzeitraumes und des Abflugortes;

USA-REISE-BAUKASTEN: Flug-, Schiffs- und Kombinationsreisen für Individualreisende und geschlossene Reisegruppen mit kombinierten Aufenthalts- und Besichtigungsprogrammen, verbilligten Rundreisen und Rundflügen bei freier Wahl von Reisedauer und Reiseroute;

STUDENTENFLUGE: Im Teilnehmerkreis beschränkte Gruppenflüge von verschiedenen deutschen Flughäfen nach England und in die Nah-Ostländer;

SONDERFLUGE: Gruppenflüge für alle Teilnehmerkreise von verschiedenen deutschen Flughäfen nach Griechenland, Südafrika und Nordamerika;

INNERDEUTSCHE SAMMELFAHRTEN: Stark verbilligte Gruppenreisen in Studenten- und Jugendsonderzügen als Anreise- und Gemeinschaftsprogramme der Arbeitsgemeinschaft Jugend- und Studentenreisen (AJS) Bonn, entweder als Zielfahrten in deutsche Feriengebiete oder als Zubringerfahrten zu weit entfernten Abgangsbahnhöfen außerdeutscher Sammel Fahrten;

AUSSERDEUTSCHE SAMMELFAHRTEN: Gruppenreisen mit den Zielen ausländischer Feriengebiete in Skandinavien, England, Frankreich, Spanien, Italien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei, entweder als Individualreise oder als Anschlussfahrt in einen Ferienprogrammort; Anschlußermäßigung von 50 % im 200-km-Umkreis um alle deutschen Abgangsbahnhöfe;

EUROPABUS-REISEN: Verbilligtes Individual-Reiseprogramm in Verbindung mit der Deutschen Touring Gesellschaft Frankfurt/Main; stark verbilligte Studentenfahrräder zu vielen europäischen Hauptstädten.

AUSLANDSSTELLE DES DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES E.V.
53 BONN - KAISERSTRASSE 71

* Programmhefte erhalten Sie in unserer Zweigstelle an der Ruhr-Universität:

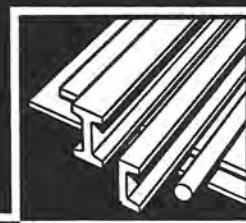
STUDENTEN-REISEDIENTST BOCHUM, Ruhr-Universität, Lennershofstraße,
Baracke 8 (Studentenwerk)

Sparkonten
Girokonten
Kredite
Wertpapiere
Reisezahlungsmittel
Depots

Wenn's um Geld geht . . .

SPARKASSE

**Eisen
und
Metall**



Schrott	Walzstahl
Roheisen	Qualitätsstahl
Ferrolegierungen	Maßbleche
NE-Metalle	Seebergung
Abbrüche	Schiffsabwrackung

Nutzeisen und Grubenausbau

EISEN UND METALL AKTIENGESELLSCHAFT
GELSENKIRCHEN · AHLMANNSHOF 22 · TEL. 20881 · TELEX 0824798



GOCKEL+NIEBUR

Baugesellschaft m. b. H., Bochum

Münster · Hagen

Erdbau
Betonbau
Eisenbahnbau
Wasserbau
Tunnelbau
Straßenbau
Industriebau
Rammarbeiten

Was versprechen Sie sich von der Universität Dortmund?

Der
ruhr-student
fragte
den
Mann
auf
der
Straße

Manfred L., Kaufmann (42)

„Ich weiß nicht, was soll die Stadt sich davon versprechen? Ich halte Dortmund nicht für eine ausgesprochene Universitätsstadt. Es gibt da andere Universitätsstädte, wie Heidelberg, Tübingen. Ich glaube kaum, daß sich das so einbürgern wird wie in allen andern, z. B. Würzburg, nicht wahr? Sehen Sie, Hamburg kann ich mir als Universitätsstadt vorstellen, aber alles andere — hier in Dortmund? Kann ich mir nicht vorstellen.“



Agnes K., Hausfrau

„Dortmund ist so günstig, es liegt so zentral vom Sauerland her, vom Münsterland her. Ist auch für Dortmund gut.“

Franz W., Kaufmann (35)

„Richtig wär das ja, wir haben ja in Münster 'ne Universität in Westfalen. Und — ob Bochum genügt?“

Udo M., Schriftsetzer (23)

„Vielleicht würde die Universität auch ein Erfolg für das Dortmunder Stadttheater. Wir bekommen evtl. besseres Publikum.“

Artur S., Buchdrucker (48)

„Wir erwarten von der Universität eine Belebung des ganzen — wolln mal sagen — des Kulturellen und wir freuen uns, daß wir junge Menschen hier zur Ausbildung bekommen.“

Gottfried W., Ingenieur (38)

„Kann ich nicht sagen, hab ich mir noch keine Gedanken drum gemacht.“

Jüngerer Arbeiter:

„Da hab ich keine Ahnung von, interessiert mich auch nicht — ich bin Arbeiter.“

Bundesbahn-Beamter:

„Für mich persönlich verspreche ich mir an und für sich nichts, aber ich meine doch für unsere Stadt. Ich nehme an, daß es doch mehr Zuwachs geben wird und auch — wolln mal sagen — es wird mehr Kaufkraft geben, denn die Studenten werden ja doch einiges brauchen.“

Ingrid T., Geschäftsinhaberin

„Was ich mir davon verspreche? Ja, eigentlich viel. Daß der Umsatz steigt usw.“

Volker W., Elektriker (32)

„Tja, wirtschaftlichen Aufstieg irgendwie.“

Peter S., Tischler (33)

„Das ist sehr günstig, wenn es mal soweit ist, für meine Kinder. Vor allen Dingen brauchen, wenn es klappt, nicht so weit und dann ist ja auch wohl — wolln mal sagen — sonst allerhand drin für Dortmund, wollt? Wenn mehr Studenten hierhin kommen, wird die Wirtschaft angehoben, Dortmunder Union-Bier steigt usw.“



Norbert L., Geschäftsführer (32)

„Für uns persönlich, daß dann ja sicherlich unser Sohn hier studieren könnte.“ **ruhr-student:** „In welcher Klasse ist Ihr Sohn jetzt?“ „Der kommt erst in die Schule. Wir planen ja langfristig. Genauso wie die Universität nicht von heute auf morgen entstehen wird. Da nimmt man ja doch an, daß man später auch persönlich Vorteile davon haben wird.“

Mehr auf Seite 36



Was versprechen Sie sich von der Universität Dortmund?



Ursula K., Verwaltungsangestellte

„Ich erwarte, daß dadurch, daß in Dortmund eine Universität ist, nicht nur Kinder von Beamten und reichen Leuten studieren, sondern auch — wolln mal sagen — Kinder von kleinen Leuten, von Arbeitern und so studieren. — Vielleicht kriegen wir dann auch mal in Dortmund so Demonstrationen mit Plakaten und so.“

Dagmar R., Hausfrau

„Ach, wissen Sie, da hab ich gar keine Ahnung, das hab ich mir noch gar nicht überlegt. Meine Kinder sind noch zu klein, sonst hätte ich vielleicht schon mal daran gedacht.“

Wilhelm P., Techniker (43)

„Alles. — Daß auch die Kinder, die Schüler, die hier studieren, die Studenten nicht große Touren vornehmen brauchen, daß vielen die Möglichkeit gegeben wird, am Ort auch mal ihre Weiterbildung zu veranstalten. Wenn nun eine Technische Universität hierher kommt, kommen ja auch Bildungsabende für uns alle mit. Das zieht ja weitere Kreise, daß alle was daraus schöpfen.“

Walter R., Schlosser (58)

„Für mich selbst gibts keine Vorteile, ich hab das Alter ja nun nicht mehr. Aber die Jugend zum Beispiel. Ich sag nur immer so viel: Wo eine Universität ist, da ist ein ganz anderes Niveau, nicht? Also, ich meine, mögen die Studenten sein wie sie wollen, aber

trotzdem, ein Student, der zieht die anderen noch ein bißchen mit. Also, sagen mer mal, es laufen fünf andere rum und ein Student ist dazwischen, ich glaube nicht, daß die fünf machen wollten, was sie vorher wollten, weil der Student sagt: „Halt, stop, das können wir nicht.“ Er ist ja gebildeter. Und da wär ich dafür, daß die Stadt Dortmund aus diesem Grunde eine Universität hätte. Auch die Jugend vor allen Dingen, wo müssen die überall hinfahren, wenn sie studieren wollen. Denn es gibt ja viele, gerade heute die Jugend, die möcht ja was werden und wir Alten... Die Jugend, die soll uns ja weitertragen, wir sind verbraucht, wir sind fertig.“

Christine M., Postangestellte

„Sehr günstig. Das kann doch auf jeden Fall für junge Leute, die hier in Dortmund das Abitur gemacht haben, günstig sein. Mein Bruder hat in Berlin studieren müssen. Der hat mit 30 Jahren sein Staatsexamen gemacht — was meinen Sie, was das ein Geld gekostet hat. Die Fahrt und die Verpflegung, er hat damals 60 Mark für ein Zimmer zahlen müssen.“



Inge Sch., Hausfrau

„Gerade Dortmund ist ja die Stadt im Zentrum des Ruhrgebiets. Ist ja eigentlich näherliegend als Bochum. Das wär für viele Studenten, glaub ich, sehr gut, nicht? Ich hab selbst 5 Söhne, zwei davon besuchen schon die höhere Schule, da bin ich selbst sehr daran interessiert.“

Paul E., Rentner (70)

„Ach, das gibt 'ne Belebung für die Stadt Dortmund. Und es werden sich zweifellos mehr zum Studium entschließen.“

Polizeiwachtmeister

„Im Moment bin ich da überfragt.“

ruhr-student: „Meinen Sie, daß Sie mehr zu tun bekommen, wenn Studenten hier sind?“ — „Ach, das glaube ich nicht.“

ruhr-student: „Aber viele Leute meinen doch, daß Studenten die meiste Zeit nur trinken, singen und feiern?“ — „Tja, ich glaube, das darf man nicht alles verallgemeinern, genauso wie man das bei uns nicht darf. Wenn einer mal 'nen Fehler begeht, daß es dann gleich heißen muß: die Studenten oder bei uns die Polizei.“



Barbara U., Hausfrau

„Ach, da bin ich gar nicht informiert, also ich hab mich da gar nicht mit befaßt richtig. Es wäre schön, wenn wir sie hierher bekämen.“

ruhr-student: Sie kommt doch hierhin.“

— „Kommt sie hierhin?“

ruhr-student: „Ja, 1967 kommen die ersten Studenten hierhin.“ — „Kommt sie hier wirklich hin? Ich dachte nach Bochum erst.“

ruhr-student: „In Bochum ist schon eine.“ — „Ist schon? Damals war doch zwischen Bochum und Dortmund die Streiterei.“

ruhr-student: „Ja, und man hat sich jetzt geeinigt, daß beide eine bekommen.“ — „Beide? Ist ja gut, daß wir dann auch eine haben! Wann isse hier?“

ruhr-student: „1967.“

Buchdruckermeister

„Höhere Mieten. Wir sind arme Mieter.“

Karl F., Maurer (35)

„Tja, viel Arbeit. In unserm Beruf.“

Christian O., Pensionär (72)

„Ich bedaure, daß die Universität nicht schon zehn Jahre in Betrieb ist.“



Durst löscht man mit **Schlegel Bier**



Auch die Studenten der Ruhr-Universität Bochum werden schnell erkennen, daß dieser edle, würzige Gerstentrunk nicht nur gut schmeckt sondern anregt und sehr bekömmlich ist.

... ergo bibamus **Schlegel**

**SCHLEGEL-SCHARPENSEEL-BRAUEREI AG
BOCHUM UND RECKLINGHAUSEN**



GAS und STROM

*die unentbehrlichen treuen Helfer
im Haushalt und Gewerbe*

stets betriebsbereit, zuverlässig, wirtschaftlich.

**Erleichtern Sie sich Ihre Arbeit
durch Verwendung moderner**

GAS- und ELEKTROGERÄTE

Immer das Neueste finden Sie in unseren **Ausstellungsräumen**. Wir beraten Sie gern in allen Fragen der Geräte- und Energieanwendung. Wir bieten Ihnen günstige Finanzierungsmöglichkeiten beim Kauf von Geräten.

Unsere **Lehrküche** veranstaltet jeden Dienstag um 15 Uhr einen Hausfrauennachmittag, jeden Donnerstag um 15 Uhr Waschvorführung. Zu unseren beliebten Koch- und Backkursen erbitten wir Ihre vorherige Anmeldung.

Bitte, besuchen Sie uns!
Telefon 50 81

Ihre **STADTWERKE BOCHUM**



Froh und zufrieden,
Freude am Leben,
weil man sich in der
Obhut einer großen,
welterfahrenen Bank
sicher fühlt.
Fragen sie jene,
die mit uns
zusammenarbeiten.
Ihre Zahl wird von
Jahr zu Jahr größer.



SEIT 1870

COMMERZBANK

...eine Bank, die ihre Kunden kennt

Ein Rundgespräch

haben wir auf den
folgenden vier Seiten
dieses Heftes aufgezeichnet.
Über das Thema
„Die Beziehungen zwischen
Stadt und Universität
Dortmund“
unterhielten sich
Stadtrat Frommberger
als Vertreter der Stadt,
Kanzler Dr. Röken
als Vertreter der Universität,
Prodekan Prof. Dr. Freyhoff
als Vertreter der
Pädagogischen Hochschule
und
der „ruhr-student“.

ruhr-student:

Meine Herren, wir wollen untersuchen und erörtern, inwieweit die im Aufbau befindliche Universität und die Stadt sich — um das Ziel der Integration zu erreichen — ergänzen können. Es dreht sich dabei unseres Erachtens vornehmlich um den kulturellen Bereich. Deshalb haben wir Sie, Herr Stadtrat Frommberger, auch zu diesem Gespräch gebeten, um Sie zu fragen, welche Möglichkeiten sich hier ergeben.

Stadtrat Frommberger:

Die Stadt Dortmund hat sich ja seit mehreren Jahrzehnten darum bemüht, eine Technische Hochschule zu bekommen. Die Pläne waren ja erst gescheitert, um so erfreuter sind wir jetzt, daß wir nicht nur eine Technische Hochschule, sondern sogar eine Universität erhalten. Unserer Stadt Dortmund als industrieller Großstadt wird die Universität — was die Struktur unserer Stadt angeht — sehr viel Neues bringen. Wir erwarten sowohl von den Studenten als auch den Professoren, die hierherkommen, einen großen Einfluß auf das gesamte Leben unserer Stadt.

ruhr-student:

Herr Kanzler Dr. Röken, Ihre Aufgabe ist es, hier in Dortmund nicht nur die technischen Voraussetzungen für die Aufnahme des Lehrbetriebes zu schaffen, sondern — wie wir meinen — auch schon ein bißchen auf die Integration in diesen Bereichen hinzuwirken. Werden zur Zeit schon Möglichkeiten erwogen, wie man dem Bürger dieser Stadt die Universität nahebringen kann?

Dr. Röken:

Ich denke, man muß unterscheiden zwischen zwei Stadien, zwischen dem Stadium des Aufbaues, sozusagen dem status nascendi, und dem Stadium, in dem die aufgebaute Universität lebt. Im Augenblick befinden wir uns ganz eindeutig im status nascendi: es gibt noch keinen Professor, obwohl es Planstellen gibt, es gibt noch keinen Studiker, obwohl es theoretisch eine Immatrikulation geben könnte.

Aber auch in diesem Stadium gibt es schon eine echte Verbindung zwischen Stadt und Universität. Das liegt doch ganz nahe: die Universität ist da, dieses Gebilde ist als staatliches Gebilde hier im Bereich der Stadt Dortmund präsent. Herr Stadtrat Frommberger deutete das ja gerade an: Die Stadt hat sich lange darum bemüht und sie hat diese Universität bekommen.



Aus dieser Interessenlage her ergibt sich schon eine Verbindung zwischen Stadt und Universität. Diese Verbindung ist — wie ich glaube — ganz innig geworden dadurch, daß das Land im Juni 1962 den Entschluß gefaßt hat, daß die Universität nach Dortmund kommt.

ruhr-student:

Wenn diese Verbindung zwischen Stadt und Universität bereits jetzt schon innig ist, muß dieses in verstärktem Maße für die Pädagogische Hochschule gelten; können Sie, Herr Prodekan, derartiges bestätigen?

Prof. Freyhoff:

Ja, wenn Sie daran denken, daß wir vor zwei Jahren unser 35. Jubiläum gefeiert haben. Dortmund ist eine der ersten Pädagogischen Akademien, die entstanden sind. Von daher besteht doch eine verhältnismäßig lange Tradition, daß die Stadt Dortmund eine Hochschule in ihren Mauern beheimatet, an der angehende Volksschullehrer studieren.

Durch die neue Entwicklung wurde nun ein neuer Aspekt gesetzt, so daß man in mancher Weise die Neugründung der Universität Dortmund als eine weitere Phase der Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen in unserem Lande ansehen kann. Sie wissen, daß im

vorigen Jahr das Statusgesetz verabschiedet worden ist und daß damit der Weg freigegeben worden ist zur Realisierung dessen, was unser Gründer, der Kultusminister Becker, in den zwanziger Jahren schon wollte, nämlich den Ausbau des pädagogischen Studiums zu einem echten wissenschaftlichen Studium.

Von daher ergeben sich wiederum neue Aspekte, die auch auf die Stadt Dortmund zurückstrahlen und die schon vorhandene Zusammenarbeit — etwa im Bereich der persönlichen wissenschaftlichen Interessen der Mitglieder des Lehrkörpers — verstärken. Auf der anderen Seite besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Schulamt der Stadt. Es kann gut sein, daß diese Zusammenarbeit auch in Zukunft noch wesentlich verbreitert wird.

Ein weiteres Kommunikationszentrum zwischen Stadt und PH ist ja unsere Bibliothek, die eine der besten pädagogischen Bibliotheken in Deutschland ist. Sie strahlt nicht nur auf die Stadt, sondern auf das ganze Land aus, denn sie ist an den öffentlichen Bücherei-Leihverkehr angeschlossen. Von daher ist eine enge Beziehung wissenschaftlicher und literarischer Art mit der Stadt und dem Lande gegeben.



Fortsetzung

Stadtrat Frommberger:

Darf ich an das anknüpfen, was Herr Prof. Freyhoff sagte? Seitens der Stadt bedauern wir es ein wenig, daß die Studierenden der Pädagogischen Hochschule im kulturellen Leben der Stadt Dortmund noch nicht so spürbar auftreten, wie wir uns das eigentlich wünschen. Verständlich, denn in einer Stadt mit rund 650 000 Einwohnern fällt die verhältnismäßig geringe Zahl der Studenten nicht so auf.

Wir erwarten aber jetzt mehr Leben, wenn rein zahlenmäßig ein größerer Kreis von Studierenden hier in Dortmund lebt.

Zu Ihnen, Herr Dr. Röken. Der Status nascendi ist für uns auch ein außerordentlich bedeutungsvolles Stadium. Jetzt werden bereits in Verbindung mit dem Land die Wohnungen für die Professoren gebaut. Man überlegt bereits auch, wer wo Studentenheime errichten wird. Daneben darf ich darauf hinweisen, daß die Studentenvertretung bei uns im Schulamt aufgenommen wurde, um sie aktionsfähiger zu machen.

Wir fragen uns natürlich, wer nach Dortmund kommen wird. Dortmund als Industriestadt muß mit Vorurteilen rechnen, denn es ist ja nicht nur der Professor, der einen Ruf annimmt, sondern da spricht auch seine Frau und die Mutter seiner Kinder mit. Deswegen haben wir auch seitens der Stadt einen Prospekt vorbereitet, der auch die schönen Seiten Dortmunds zeigt. Dieser Prospekt ist so gehalten, daß er Einblick gibt in das, was man in Dortmund vorfinden wird: unser Orchester, ein Theater, das wahrscheinlich auch überall Anklang findet — einen wunderschönen Erholungspark, den Westfalen-Park, und zahlreiche Sportstätten. Wir haben bereits jetzt

verschiedene Pädagogische Verlage untergebracht. So könnten wir noch eine ganze Reihe von Projekten aufzählen, die wir im Augenblick in engster Verbindung mit beiden wissenschaftlichen Hochschulen betreiben.

ruhr-student:

Wenn Dortmund jetzt einmal die Pädagogische Hochschule hat und die Universität bekommt, ergibt sich die Frage der engen Zusammenarbeit beider Hochschulen; welche Möglichkeiten sehen Sie?

Dr. Röken:

Das Statusgesetz hat da auf absehbare Zeit eine endgültige Regelung herbeigeführt. Sie wissen, daß die Pädagogischen Hochschulen früher Hochschulen waren in der Form von staatlichen Anstalten. Das Statusgesetz hat dies geändert. Im § 1 heißt es, daß die PH durch die Zusammenfassung wissenschaftliche Hochschule werde. Dieser Satz ist nun ein bißchen gefährlich, denn der Staat kann eigentlich über die Wissenschaftlichkeit einer Institution nicht verfügen. Der Staat hat aber die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß hier eine wissenschaftliche Hochschule — genannt Pädagogische Hochschule Ruhr — entsteht.

Das ist das eine, das andere ist die Universität, die jedoch als Rechtsgebilde noch nicht existiert. Was hier an Universität da ist — es besteht ja immerhin schon ein Vermögen von 50 Millionen —, das ist noch staatliche Anstalt.

Es bestehen also zwei an sich voneinander unabhängige Institutionen. Aber durch das

Statusgesetz hat der Staat die Pädagogischen Hochschulen und die Universitäten verpflichtet, eine bestimmte institutionelle Verbindung untereinander zu schaffen. Das ist der sog. Hochschulrat.

Ihre Frage kann ich also insofern ganz spitz beantworten: Im § 5 des Statusgesetzes steht, daß zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in ihrer neuen Gestalt ein Hochschulrat zu bilden sei, der die Beziehungen zwischen beiden pflegen soll.

Stadtrat Frommberger:

Es wird tatsächlich eine Koordinierung notwendig sein. Ich denke z. B. an die bereits vorhandene Sozialakademie, ich denke an die Sozialforschungsstelle der Universität Münster und die beiden Max-Planck-Institute.

Dr. Röken:

Diese Wünsche und diese Bestrebungen sind ja seit der Gründung der Universität an die Landesregierung und den Gründungsausschuß herangetragen worden. Der Gründungsausschuß hat es für richtig gehalten, sozusagen nicht den Gaul von hinten aufzuzäumen, sondern zunächst einmal das wissenschaftliche Konzept dieser Universität zu erarbeiten. Er hat jetzt vor, die studentischen Fragen zu regeln, die Verfassung zu erarbeiten. Er wird sich in einem weiteren Teil auch diesen Fragen annehmen.

Darüber kann ich im Augenblick aber noch nichts sagen. Ich glaube, das ist im Augenblick noch nicht aktuell. Daß aber Verbindungen zwischen diesen Institutionen bestehen werden, ist wohl sicher.



Handelsblatt

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSZEITUNG · VEREINIGT MIT
Deutsche Zeitung

Vorzugspreis für Studierende

DM 4,50 bei freier Zustellung an Studien- bzw. Ferienadresse.
Auf Wunsch kostenlose Probeflieferung.

VERLAG HANDELSBLATT · DÜSSELDORF

Prof. Freyhoff:

Eines könnte man dazu vielleicht noch sagen. In den Städten, in denen Universität und Pädagogische Hochschulen schon länger bestanden haben, hat sich ein ständiger Kontakt der beiden Institutionen ergeben. Z. B. können die Studenten dort wechselseitig Vorlesungen hören. Das — meine ich — sollte auch hier in Zukunft durchaus eine gute Regel sein.

ruhr-student:

Das ist zwischen Bochum und Dortmund ja auch geplant?

Dr. Röken:

Sicher, denn wir sind darauf angewiesen, im Bereich der Universitäten mehr, als das früher gewesen ist, Schwerpunkte zu bilden. Es wäre z. B. nicht gut, wenn an allen Universitäten Institute für Sinologie bestünden. Wir müssen also auch aus fiskalischen Gründen für eine Schwerpunktbildung bei den Universitäten sorgen. Wenn ich mich nicht täusche, hat der Finanzminister unseres Landes bei der Einbringung seines Etats im Oktober vorigen Jahres gesagt, daß durch diese Schwerpunktbildung die Fertigstellung von etwa 30 bis 40 Bauten im kulturellen Bereich möglich wird.

Schwerpunktbildung ist einfach notwendig. Wenn das richtig ist, muß man auch hinnehmen, daß etwa im Verhältnis Bochum—Dortmund hüben und drüben Schwerpunkte gebildet werden.

Stadtrat Frommberger:

Vielleicht kann ich zu der Partnerschaft mit Bochum noch etwas sagen. Ich darf hier betonen, daß zwischen den beiden Städten Bochum und Dortmund eine Freundschaft besteht, die bei der planerischen Gestaltung der Universität Bochum oder in Dortmund nicht gestört worden ist und auch in Zukunft nicht gestört werden wird. Natürlich haben wir jetzt bei den schwierigen Etatverhältnissen die Sorge, daß die Universität Dortmund in ihrer Entwicklung zu klein gehalten wird, daß Bochum auf Jahre hinaus die große Universität sein könnte und Dortmund die kleine. Das möchten wir nicht hoffen.

Aber zur Frage des Personenkreises, den wir erwarten, hätte ich gern noch ein paar Worte gesagt. Die Professoren, die mit ihren Familien nach Dortmund kommen, und die Studierenden, die für eine bestimmte Zeit hier in Dortmund wohnen werden, sollen sich

hier in unserer Stadt wohl fühlen. Wir werden bei unseren vorbereitenden Arbeiten alles tun, um dieses Sich-Wohl-Fühlen möglich zu machen.

Wir erwarten aber noch mehr von ihnen. Sie sollen teilnehmen an dem kulturellen und geistigen Leben unserer Stadt. Das werden sie erst recht können, wenn sie sich hier heimisch fühlen.

Aber die Teilnahme allein genügt uns nicht. Wir erwarten von ihnen, wenn sie hier Dortmunder geworden sind oder sich für Dortmund für längere Zeit entschlossen haben, daß sie auch gestaltend mitwirken, denn das wird im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte mit zur Umstrukturierung unserer soziologischen Verhältnisse beitragen. Darin sehen wir schon jetzt eine sehr bedeutungsvolle Aufgabe.

Und deswegen, Herr Dr. Röken, sind wir natürlich sehr daran interessiert, daß bei den ersten Berufungen, die vom Land für Dortmund ausgesprochen werden, auch Professoren gewählt werden, von denen wir sagen können, wir werden einmal auf gerade diese Professoren stolz sein können.

Zu den Studierenden möchte ich noch folgendes sagen. Wenn man sich später an sein Studium erinnert, dann gibt es bestimmte Universitätsorte, an denen man besonders gern studiert hat. Wir möchten gern erreichen, daß Studierende, die vielleicht noch mit einem Vorurteil nach Dortmund gekommen sind, später einmal freundlich von unserer Stadt sprechen, daß sie sich gern an ihre Dortmunder Tage erinnern.

ruhr-student:

Herr Stadtrat Frommberger sagte eben, daß die Mitglieder der Universität nicht nur am Leben der Stadt Anteil nehmen sollen, sondern auch mitgestalten sollen. Herr Prof. Freyhoff, glauben Sie, daß Ihre Pädagogische Hochschule bisher diese Anforderungen erfüllt hat?

Prof. Freyhoff:

Ja, wir arbeiten etwa in der Akademischen Vortragsreihe mit der Stadt eng zusammen. Dabei sind immer wieder Professoren der PH vor die Öffentlichkeit getreten und haben dort über ihre Forschungsgebiete gesprochen. Dazu kommt unsere Mentorenschulung, denn wir sind ja darauf angewiesen, eng mit der Praxis, den Schulen zusammenzuarbeiten. Wir führen in jedem Jahr zwei Mentorentage



durch, zu denen wir die Lehrer der Stadt einladen, die während der Schulpraktika unsere Studenten betreuen.

Stadtrat Frommberger:

Diese enge Zusammenarbeit ist tatsächlich vorhanden. Die Stadt Dortmund gilt ja als eine sehr schulfreundliche Stadt. Wir müssen das einfach sein, denn als Industriestadt brauchen wir dringend einen hochqualifizierten Nachwuchs. Den können wir nur dann erhalten, wenn wir über gute Ausbildungsmöglichkeiten verfügen.

Dr. Röken:

Ich glaube, das ist ein sehr wichtiger und sehr richtiger Gesichtspunkt. Lassen Sie mich dazu aus der Sicht der Universität etwas sagen. Es hat ja eine Zeit gegeben, da war die Universität ein bißchen isoliert, sie hat exklusiv gelebt. Diese Zeit ist aber doch wohl vorbei. Die Universität kümmert sich heute um die Pädagogische Hochschule, Sie werden z. B. gehört haben, daß die Rektorenkonferenz schon seit Jahren einen Sonderausschuß hat, der sich mit Fragen der Regelung der Volksschullehrerbildung befaßt. Insofern kann man wohl feststellen, daß sich die Universitäten nicht nur für die Lehrerbildung sondern auch für die Schule, die Schüler interessiert.

Und das muß sie auch tun. Sie kennen die Klage, daß soundsovieler auf der Universität studieren, die eigentlich da gar nicht hingehören, die besser hätten ausgebildet sein müssen.

Fortsetzung Seite 42

Fortsetzung

(Dr. Röken)

Die Universität hat aber auch ein Interesse an der Volkshochschule. Von daher ergeben sich Kontakte zwischen Stadt und Universität. Die Universität kümmert sich mehr und mehr — das liegt im Rahmen der Hochschulreform — um die Weiterbildung derjenigen, die einmal bei ihr studiert haben, aber auch um die Weiterbildung solcher Interessenten, die nie eine Universität gesehen haben. Das ist ein wechselseitiges Geben und Nehmen, ein gegenseitiges Befruchten.

Stadtrat Frommberger:

Alle diese Dinge, die Herr Dr. Röken eben gesagt hat, sehen wir eigentlich schon vom Schulkindergarten an. Wir müssen unsere Kinder von der Volksschule an dazu bringen, daß sie Freude am Lernen gewinnen, daß sie erfahren, sie werden ihr Leben lang lernen müssen.

Wir sind ein wenig traurig, daß wir in den breiteren Bevölkerungsschichten noch nicht genügend Eltern gewinnen, die ihre zum Teil hochbegabten Kinder zur weiterführenden Schule schicken. Wir müssen diese Begabungsreserven, die auch in unserer Stadt sicher vorhanden sind, mobil machen, um die begabtesten Abiturienten zur Universität schicken zu können, die dann für viele junge Menschen im Ruhrgebiet leicht zu erreichen sein wird.

Wir haben leider eine ganze Reihe von Bürgern in unseren Vororten, aber auch in der nördlichen Innenstadt, die noch Vorbehalte gegen das Studieren haben, vielleicht auch gegen die Universität. Daher haben wir im Norden der Stadt — und zwar mit Absicht

nicht im Zentrum — ein Forumgespräch geführt, an dem u. a. Herr Prof. Schmeißer teilgenommen hat. Wir haben sehr offen vor den Bürgern gesprochen, was zum großen Teil dazu beigetragen hat, Vorurteile aus der Welt zu schaffen. Wir werden das fortsetzen, um auch in der Bürgerschaft eine viel größere Aufgeschlossenheit dem kommenden Studenten und dem kommenden Professor gegenüber zu erreichen.

Natürlich sehen wir in der Universität die Krönung unseres gesamten Bildungs- und Ausbildungswesens. Das ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß die Bürger Dortmunds seit 6 Jahrzehnten um eine solche Einrichtung gekämpft haben. Wenn wir sie nun erhalten, werden wir darin einen Auftrag sehen.

ruhr-student:

Erwarten Sie von der Universität auch eine Steigerung der Neuanmeldungen zu Höheren Schulen? In Bochum sind die Neuanmeldungen zur Sexta immerhin um 30 Prozent gestiegen.

Stadtrat Frommberger:

Die Bildungsbereitschaft der Eltern ist ganz allgemein gestiegen. Das kann man in allen Orten feststellen. Ich darf ruhig erwähnen, daß das nicht zuletzt durch die Aufgeschlossenheit unseres jetzigen Kultusministers erreicht wurde, der viele Pforten geöffnet hat und viele Versuche möglich gemacht hat. Wir wollen nur hoffen, daß diese Versuche wissenschaftlich gut beobachtet werden und bald zu konkreten Änderungen im gesamten Schulbereich führen, denn wer solche Ver-

suche einleitet, übernimmt ja auch die Verantwortung für ihre konkrete Durchführung.

Dr. Röken:

Ich würde hinzufügen, daß es sich in der Tat herumspricht, daß wir in einem wissenschaftlichen Zeitalter leben. Wir brauchen weniger Handwerker als früher, wir brauchen kaum noch Hilfsarbeiter. Früher brauchten wir ein großes Heer von Hilfsarbeitern, um eine Straße zu bauen, heute brauchen wir ausgebildete Leute; Leute, die eine Maschine bedienen können, z. B. einen Bagger, Leute, die solche Dinge konstruieren und reparieren. Ich glaube, daß das schon Allgemeingut der Öffentlichkeit geworden ist. Die große Chance besteht heute darin, den Kindern in erster Linie eine gute Ausbildung zu verschaffen.

Noch ein Wort zur Universität. Sie wird ja nicht nur als kultureller Faktor da sein und auf die Stadt einwirken und Impulse von der Stadt entgegennehmen, sondern sie hat ja einen Strahlungsbereich, der über das Gebiet der Stadt hinausgeht, der bis nach Aachen und Bonn geht. Konkret gesagt: Wenn die Universität hier existiert, dann werden Ringvorlesungen veranstaltet, bei deren Durchführung nicht nur Professoren der Universität Dortmund beteiligt sind, sondern Professoren von Münster bis Aachen.

Außerdem wird in Dortmund die Westdeutsche Rektorenkonferenz tagen, Hochschulverbandstagungen, Landesrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat. Sobald diese Universität lebt, wird sie also eintreten in den Kreis der etablierten Universitäten. Auch das wird sich bemerkbar machen im gesamten Leben der Stadt Dortmund.

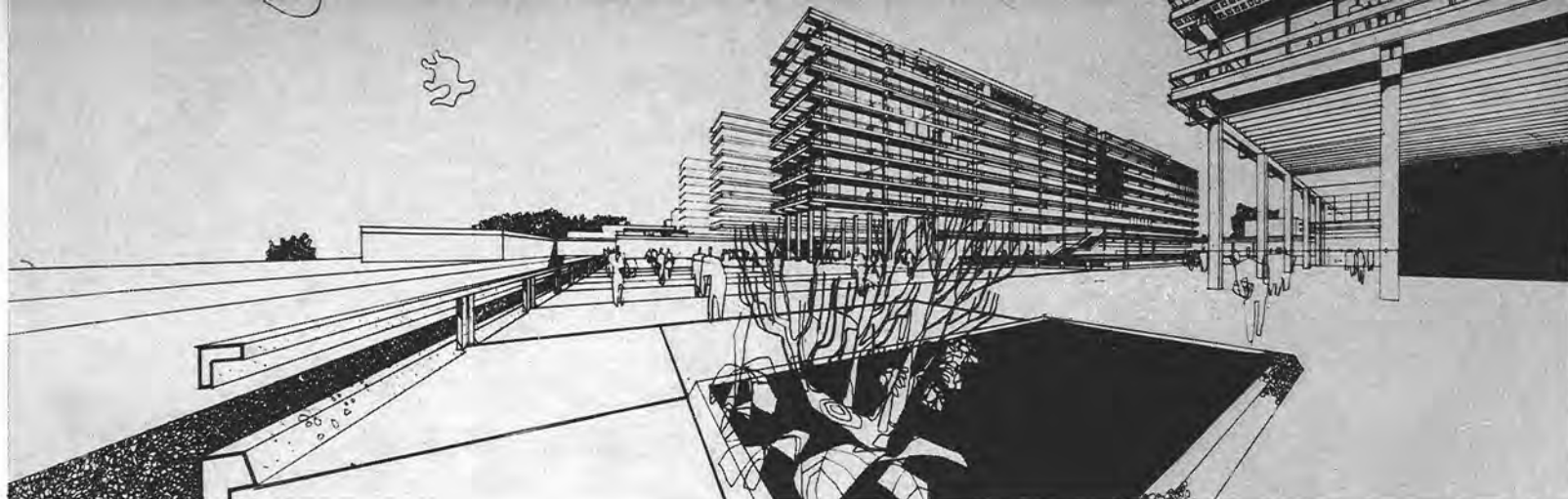
Stadtrat Frommberger:

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den kommenden Studenten sagen. Selbst wenn die Stadt Studentenwohnheime baut, selbst, wenn wir dafür sorgen werden, daß der Student hier Lokale finden wird, die er gern besuchen wird, nehmen wir doch an, daß er hierher kommt, um zu studieren und zu arbeiten. Das heißt auch, bereit sein Anstrengungen auf sich zu nehmen. Das möchte ich für unseren Dortmunder Bürger ganz klar herausstellen: In Dortmund wird Tag und Nacht über und unter der Erde hart gearbeitet! Und wir verlangen von jedem, daß er arbeitet. Aber er soll auch Freude an dem kulturellen und geistigen Leben haben. Und in diesen Bereich wollen wir den Studenten auch eingeschlossen wissen.

ruhr-student:

Vielen Dank, meine Herren.





Wie baut man eine Universität?

Dipl.-Ing. F. Hallauer
beantwortet diese Frage für den ruhr-studenten



Dipl.-Ing. F. Hallauer ist Ministerialrat im Ministerium für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten des Landes Nordrhein-Westfalen. In dieser Eigenschaft wurde er zum Sonderbevollmächtigten für den Bau der Ruhr-Universität Bochum ernannt.

Der Autor nimmt Bezug auf ein Interview des „ruhr-studenten“ mit dem Architekten der Universität, Herrn Prof. Helmut Hentrich, im Heft 3 (Seite 37). In diesem Gespräch stellte der „ruhr-student“ sehr kritische Fragen, u. a. zu der sehr kurzen Zeitspanne für den Ideenwettbewerb, zu der Fertigbauweise, zu der Trennung von Professoren- und Studententräumen. Außerdem griff der „ruhr-student“ ein Schlagwort des Volksmundes auf: Die beiden fertigen Hochhäuser seien „Intelligenzkasernen“.

Der „ruhr-student“ stellt trotz seiner Jugend recht kritische Fragen zum neuesten Sproß der Universitätsfamilie —. Das ist gut so — gehört doch geradezu zum Wesen des akademischen Forschens die schöpferische Auseinandersetzung mit dem Gegenstand, die fortdauernde Suche nach der Wahrheit und die immer wieder und erneut gestellte Frage nach der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

Vor diese gleiche geistige Auseinandersetzung ist der Planer und Erbauer der neuen Universität gestellt, dem sehr leicht sein Handeln als nüchterner Pragmatismus ausgelegt wird. Natürlich ist der Ingenieur von Hause aus Pragmatiker, und bei den in unserem Falle astronomische Dimensionen erreichenden finanziellen Aufwendungen sollte er unter keinen Umständen den Boden nüchternster Betrachtung und ökonomischen Handelns verlassen. Doch wirkt wohl auch kaum eine Tätigkeit so nachhaltig und unveränderbar auf die äußere Gestalt unserer Umwelt und sehr wohl auch häufig auf das gesellschaftliche Tun in dieser gebauten „Landschaft“, wie die des bauenden Ingenieurs. So ist es mehr als recht, wenn nicht nur er sich und sein Tun immer wieder prüft und nie zufrieden ist mit dem Erreichten, sondern daß auch die Gesellschaft, in der und für die er tätig ist, nicht passiv verharret, sondern lebhaften Anteil nimmt und nehmen sollte, und durch ihre kritische Analyse aktiv Mitgestalter wird ihrer eigenen Umwelt. Wir Planer und Bauleute sind uns keineswegs sicher, daß über die Einleitung dieses Beitrages hinaus eine Auseinandersetzung mit den folgenden Baugedanken gesucht wird, ob in der Tat das breite Interesse vorliegt an den nicht immer leicht verständlichen Rissen und zweidimensionalen Darstellungen der Architekten und Ingenieure oder den Konstruktionen aus Stahl und Beton oder den im Bauwesen wenig populären Erfindungen unseres Industriealters: Serie und Fließband. Typenplanung bei einer einmaligen Jahrhundertaufgabe einer „Hohen Schule“ — ist es nicht eine Perversion —? Wird doch landauf landab fast jede Volksschule zu einem „einmaligen Kunstwerk“ mit Anspruch auf einen hohen Geltungswert erhoben!

Vielleicht wird der Leser durch diese „Provokation“ geneigt sein, sich doch noch weiter mit dem Bochumer Universitätsplan auseinanderzusetzen und in der Tat dann mitzuhelfen am äußeren und inneren Bild — eine einmalige Chance — der ersten hohen Schule im Revier. Die steingewordene Hülle — auch die Baukunst — ist nichts anderes als ein Spiegel unseres geistigen Seins.



Es wurde vom „ruhr-student“ gefragt, ob hier nicht in der Hektik die Offenheit vor neuen Gedanken zu kurz gekommen sei, und daß ein „sehr verbreiteter“ Pessimismus von verpaßten Chancen spreche und man an Bochum lernen könne, wie man es nicht machen solle.

Ich weiß nicht, ob das Bild der neuen Universität des Reviers, ob es in seiner Struktur und deren äußerer Ausformung hinlänglich und in seiner Ganzheit überhaupt bekannt ist, daß sich dieser Pessimismus (offensichtlich ein Symptom unserer Zeit) bereits so verbreiten konnte. Vielleicht trägt dieser Beitrag dazu bei, das Bild der Bochumer Neugründung vollständiger zu zeichnen, damit, wie eingangs gesagt, die schöpferische Auseinandersetzung und Mitwirkung einer lebendigen Hochschulgemeinschaft in der Tat einsetzen kann.

Es wäre also das ganze Bild der Universität darzustellen, wie es etwa 1972 — so hoffen wir — erlebbar ist — das **Strukturbild**, das den **Plan** bestimmt, die **städtebauliche** Einordnung der Hohen Schule in das Revier und die Stadtlandschaft der Ruhr; schließlich soll für den, der sich noch weiter informieren will, die **Typologie** der Einzelpläne erläutert werden und die Gedanken, wie überhaupt und mit welchen technischen, organisatorischen und finanziellen Mitteln eine Universität aus „einem Guß“ gebaut werden kann. Abschließen soll dann der Bericht — für den eiligen Leser also das Fazit auf der letzten Seite — mit der **Chronologie**.

Der Strukturplan

Der Bauplan ist in erster Linie eine Funktion des Strukturplanes — freilich werden eine Reihe anderer Relevanzen Einfluß nehmen auf die Planung und Ausformung der „architektonischen Idee“ einer Universität, wie etwa der Bauplatz, die Landschaft, der Verkehr und die städtebauliche Umgebung oder die technisch konstruktive Konzeption oder auch — und das bei den vorliegenden Größenordnungen sicher nicht an letzter Stelle — ökonomische und wirtschaftliche Gesichtspunkte. Offensichtlich alles sehr pragmatische Aspekte.

Von **Kunst** und menschlicher Atmosphäre, von dem hochschulgemäßen Maßstab, von der baukünstlerischen Einmaligkeit war und ist nicht die Rede. Muß nicht eine solche bedeutende Bauaufgabe zutiefst den Hauch des Einmaligen und Künstlerischen spüren lassen, auch bereits in den ersten Ansätzen, und bereits der ersten Generation der Lehrenden und Lernenden die hochschulgemäße Atmosphäre vermitteln, muß nicht die Architektur einer Hochschule mehr sein als eine Momentaufnahme unseres technischen Könnens, als eine Alltagserscheinung, die ohne Ein-

druck und Einfluß auf uns verbleibt? Warum stehen gerade wir heutigen Menschen des Industriezeitalters bewundernd vor den großen Leistungen der Baukunst der Vergangenheit und sind so nachhaltig beeindruckt? Wir Architekten und Ingenieure unserer technisierten Zeit wagen nicht mehr die letzte Kühnheit einer baukünstlerischen Vision oder die Einmaligkeit, die mit dem echten Kunstwerk verbunden ist — erst recht mit der „Beständigkeit“ der Architektur — laut beim Namen zu nennen. Es bleibt das geheime und zutiefst ersehnte Streben und steht hinter allem pragmatischen und technischen Tun in Bochum. Ob der künstlerische Hauch spürbar wird? Es wäre eine Gnade und ein Geschenk.

Dieses „Bekenntnis“ des Bochumer Bau-teams sollte bekanntmachen mit den äußeren Kräften und den geistigen Leitvorstellungen der Menschen, die sich ganz und gar der einmaligen Aufgabe verschrieben haben, eine Universität zu bauen, also etwas zu bauen, was sich bisher der architektonischen Ausformung entzogen hatte — es gibt keine Bauform der Universität —. Der Bericht hätte also nachzuweisen, ob im Ansatz und in der Verwirklichung ein Stück dieser Idee erreicht wird.

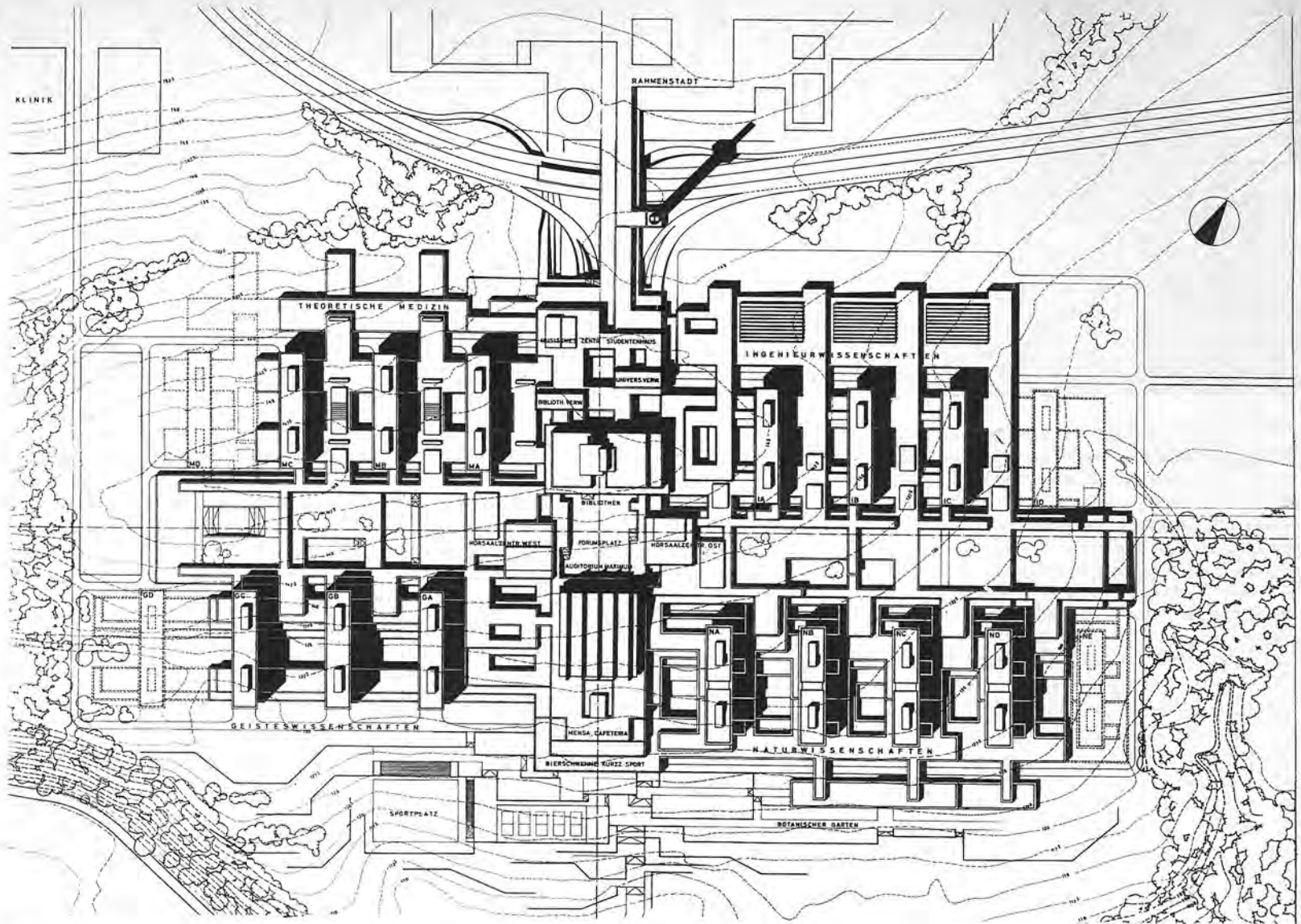
Dieser „Leitfaden“ einer Architekturkritik ist vonnöten als Beurteilungsmaßstab für den Bochumer Universitätsbauplan und dessen kritischer und, wie es in der Eingangserwar-

tung hieß, „schöpferischer Auseinandersetzung“. Es sollen hier in der Kurzreportage nur die planbestimmenden Faktoren erläutert werden, die unabdingbar zum Verständnis des Planes erforderlich sind, die andererseits ob ihrer Allgemeinwichtigkeit auch den nicht baulich Interessierten über die Bochumer Universitätsidee schlechthin informieren — wir meinen die Universitätsstruktur und die Infrastruktur im Bildungsbereich.

Über die Bochumer Universitätsstruktur ist an so vielen Stellen und von soviel mehr Beruflern geschrieben und gesprochen worden, daß hier die Strukturidee als planrelevant und zum Planverständnis nur noch in Stichworten zusammengefaßt werden braucht: Die Denkschrift des Gründungsausschusses entwirft diese Leitideen der Struktur in allen Einzelheiten — baut ihrerseits auf dem Selbstverständnis der deutschen Universitätsidee auf, wie sie Humboldt und seitdem die verschiedenen Weiterentwicklungen der Humboldt'schen Reform die deutsche Universität geprägt haben:

1. Einheit von Lehre und Forschung,
2. Gemeinschaft und Einheit von Lehrenden und Lernenden — jene im Mittelalter die „Universität“ bestimmende Universitas magistrorum et scholarium (übrigens nur diese Lebens- und Wohngemeinschaft führte zu baulichen Formen der Universitäts- und Kollegienhäuser. Für die Lehre kannte man lange keine universitätseigenen Gebäude).





3. Kooperation der Disziplinen, interdisziplinäre Zusammenarbeit der einzelnen Lehr- und Forschungsgebiete und deren Sichtbarmachen an „einem Platz und ungeteilt“, d. h. die Verflechtung der Disziplinen soll durch bauliche Zusammenfügung sichtbar werden und ihre Unterstützung erhalten als Reaktion auf die immer stärker nach Auffächerung drängenden einzelnen Wissensgebiete.

4. „Volluniversität“ mit 18 Abteilungen, d. h. Aufgabe der klassischen Fakultätsgliederung, die nichts anderes mehr darstellt als die Summation einzelner Wissensgebiete zugunsten von kleineren überschaubaren Abteilungen, die sich mit den echten wissenschaftlichen Einheiten decken.

5. Die Bewahrung dieser allseitigen Verflechtung der Disziplinen durch die Einführung der **Ingenieurwissenschaften** in die Universität.

6. Vor etwa 250 Lehrkanzeln sollen mindestens 10 000 Studierende hören können. Eine Erweiterung um 100 Prozent soll bedacht werden.

Für den Plan bedeuten diese normativen Leitvorstellungen der Universitätsstruktur:

1. Ein Gebäude in der Isolierung des Campus, das „einende“ Dach für alle Wissenschaften und als Schutz für die unabdingbare „Einsamkeit und Freiheit“ als der Voraussetzung für Lehre und Forschung.

2. Begegnung der Lehrenden und Lernenden und dauernde Konfrontation der akademischen Gesellschaft mit allen Disziplinen, d. h. engste Nachbarschaft, urbane Dichte als Voraussetzung der Begegnung.

3. Zentripetale Anordnung der einzelnen Disziplinen um die zentralen Einrichtungen,

die allen Abteilungen gleichermaßen nahe liegen sollen, wie Bibliothek, Hörsäle, Verwaltung, Mensa, Musisches Zentrum.

4. Keine größeren Entfernungen als 7 Minuten Fußweg, so daß die Pausenzeit zwischen den Vorlesungen ausreicht, jede beliebige Vorlesung „fußläufig“ zu erreichen.

5. Die Öffnung der Universität zur „Gesellschaft“ und zum Revier hin als Bauplanforderung leitet sich weit mehr aus den Gesichtspunkten der Infrastruktur ab.

Infrastruktur

Unter diesem Stichwort sollen in unserem Zusammenhang die Probleme des Wohnens, des Verkehrs, der Sozialhygiene, der Erholung und nicht zuletzt die der Bildung verstanden werden.

Es soll hier die in letzter Zeit in breiterer Öffentlichkeit geführte Diskussion über Bildung nicht wiederholt werden, wenn auch nicht nachdrücklich genug auf die wirklichen Probleme im Bildungssektor hingewiesen werden kann. Einige Wiederholungen seien trotzdem gestattet, da sie für das Planverständnis so entscheidend wichtig sind. Es bedarf einer fortdauernden Vertiefung dieser Gedanken, damit in der Tat die breitere Öffentlichkeit die Ideen der Bildungsplanung trägt und die baulichen und finanziellen Konsequenzen vertritt.

Jeder, der nach Bochum von einer anderen Hochschule gekommen ist, wird die Überfüllung der deutschen Hochschulen mit all ihren negativen Konsequenzen zur Genüge kennen. Eine Zahl sagt mehr, als alle flammenden Manifeste — allein vom WS 1963/64 bis zum WS 1965/66 ist die Zahl der Studierenden an

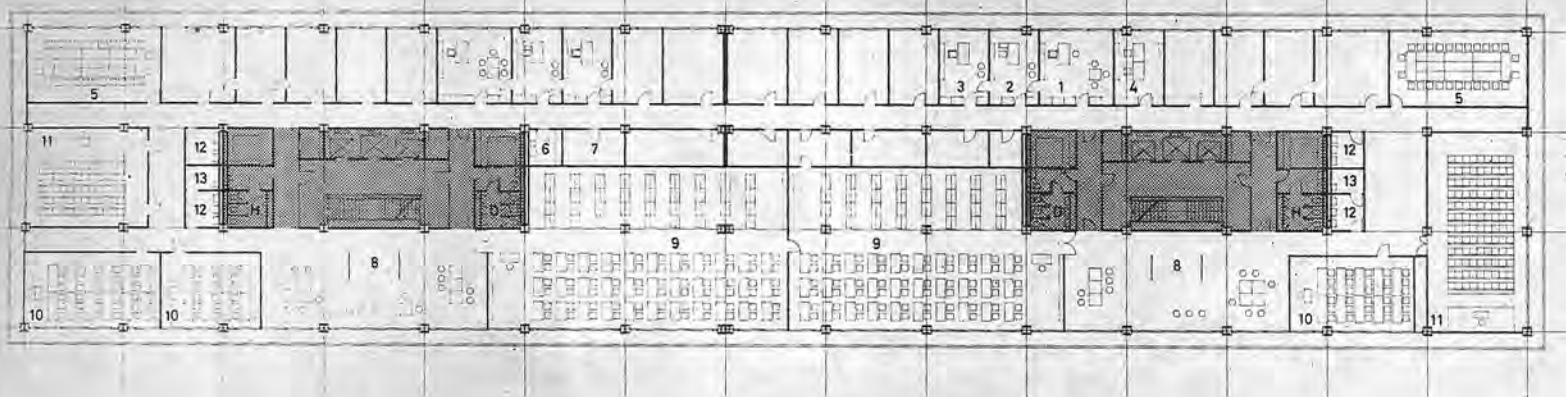
den deutschen Hochschulen um 12 790 gestiegen. Jeder weiß, daß in dieser Zeit von 3 Jahren keine 1½ neuen Hochschulen gebaut wurden — auch nicht gebaut werden konnten. Der Wissenschaftsrat prognostiziert ein Anwachsen der Studentenzahlen für das siebte Jahrzehnt, selbst bei vorsichtiger Schätzung, entsprechend der demographischen Entwicklung um möglicherweise mehr als 50 000. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß entsprechend der Bevölkerungsentwicklung — und zunächst nur aufgrund dieser Tatsache — die Zahl der Studienplätze an den deutschen Hochschulen in den nächsten 10 Jahren von heute 240 000 auf über 300 000 erhöht werden muß, wobei optimistisch unterstellt wurde, daß die Zahl der Studierenden heute mit den tatsächlich vorhandenen Studienplätzen identisch wäre, (was keineswegs der Fall ist).

Zu der demographischen Entwicklung kommt der ständig wachsende Bedarf an Berufen mit höherer Ausbildung hinzu, wie ihn einmal die moderne Industriegesellschaft fordert, zum anderen, wie er durch den internationalen Wettlauf für die Nationen unabdingbar wird, die Schritt halten wollen mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Der Vergleich der internationalen Bildungsstatistik zeigt uns klar, was hier und jetzt getan werden muß auf dem Sektor der Bildung, sofern wir den internationalen Anschluß und den heutigen Anteil am Sozialprodukt erhalten wollen.

Diese Aspekte klären die Aufgabe in ihrer **Größe und Zeitdimension**.

Eine dritte Erkenntnis ist herauszustellen, um den Plan zu verstehen. Die Studienneigung



wächst mit der **Attraktivität** und der Nähe der Bildungseinrichtung. Im Ballungsgebiet der Ruhr mit seinen fast 6 Mio. Bewohnern gibt es (oder gab es bis 1965) nicht eine Hochschule. Es müßten entsprechend dem Bundesdurchschnitt in diesem Revier 24 000 Studenten an Hochschulen eingeschrieben sein — oder 3 Universitäten sind allein für die Studienbedürfnisse dieses Gebietes erforderlich (sofern man geneigt ist, die Größe der Universitäten entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zugrunde zu legen).

Die Statistik weist nach, daß nicht 24 000 Menschen aus diesem Gebiet studieren, sondern knapp die Hälfte. Sicherlich ist nicht allein die Nähe oder Ferne des Studienangebotes Ursache dieses Phänomens — es sollte den Soziologen zu denken geben —, aber zumindest verbessert die Nähe der Hochschule die Chancengleichheit.

Dazu kommt der Aufforderungscharakter einer attraktiven Bildungseinrichtung. Die berühmte Niveauschwelle, auf die Soziologen im Revier als Ursache für das häufige Fernstehen zur höheren Bildung hinweisen, wird sicherlich leichter abgebaut, wenn eine Bildungseinrichtung vom Niveau einer Hochschule dauernd im Gesichtskreis der Bevölkerung liegt, wenn sie integriert ist in das Revier.

Integration und Attraktivität sind entscheidend wichtige Begriffe, mit denen der Planer sich auseinanderzusetzen hat.

Die Integration bedeutet z. B. einfügen in die Stadt. Campusuniversität nur soweit als es die „Einsamkeit und Freiheit“ gebietet — Begegnung mit der Gesellschaft, mit der Bevölkerung, mit der Stadt als urbaner Ausdruck unserer Gesellschaft muß das Ziel sein. Noch glaubt der Ruhrstudent nicht in Bochum, sondern in Querenburg zu studieren, also auf dem Dorf. Doch sollte bedacht werden, daß soweit vor die Tore einer Stadt jede neue Universität wird ausweichen müssen, da sie Platz beansprucht und nach Ausdehnung drängt, die in unseren dichten Städten nirgendwo mehr geboten werden kann. In Bochum soll dem Universitätsforum gegenüber ein neues Stadtviertel entstehen von 20 000 bis 30 000 Einwohnern mit einem großstädtisch konzipierten Zentrum von urbaner Dichte, wie es in Deutschland bisher kaum gewagt wurde (Bild Seite 45 oben). Sicherlich bedarf es einer guten Phantasie und eines mutigen Optimismus, diese fast utopisch anmutende Vision einer Universitätsstadt zu „glauben“; sie wird in diesem Jahr begonnen, und mit der Universität soll sie vollendet sein.

Zur Integration gehört nicht nur diese „Großstadt“ — sie wird u. a. auch erreicht durch ideale Verkehrsanbindung.

Der **Verkehr** bestimmt weitgehend unsere Lebensweise — obwohl ihm nur dienende Funktionen zukommen (zumindest in unserer Betrachtungsweise). Diese erhält er dann, wenn er störungsfrei ist, er nicht mehr „auffällt“, zum Selbstverständnis unserer Bewegung, praktisch unbewußt vollzogen wird. Wo in unserem Lande sind diese idealen Verhältnisse erreicht oder werden sie geboten — wer ärgert sich nicht täglich über die Reibungsverluste, die durch und im Massen-, Individual- und im ruhenden Verkehr entstehen? In Bochum soll auch die ideale verkehrsgerechte Universität und Universitätsstadt entstehen.

Für den **Individualverkehr** führt eine kreuzungsfreie sechsspurige Autostraße am Nordrand des Campus vorbei mit drei Abfahrten: Im Westen für den Klinik-Bereich, in der Mitte zu den Foren der Universität und der Wohnstadt, im Osten zu den Erweiterungsgebieten. Zugleich ist diese Universitätsstraße verknüpft mit einer autobahnartigen Straße zwischen den Universitätsstädten Düsseldorf, Bochum und Dortmund, was ihr bereits jetzt das Attribut als Professoren-schnellstraße eingebracht hat, und schließlich tangiert die Universität eine Nord-Süd-Autostraße, die EB 51, die autobahnartig bis 1970 ausgebaut sein wird und die Autobahn nördlich Wuppertal mit der Universität im Süden und die E 3 bei Recklinghausen, die das ganze Münsterland im Norden ebenfalls in das Einzugsgebiet der Universität einbezieht. Keine Universität dürfte so günstige ausschließlich vierspurig kreuzungsfreie Verbindungen mit dem Regional- und Großraumstraßennetz besitzen wie die Ruhr-Universität. (Der Objektivität wegen muß allerdings vermerkt werden, daß dieses Netz zum Teil erst geplant ist, allerdings soll es im wesentlichen 1970/71 zur Verfügung stehen.)

Dem **ruhenden Verkehr**, jenem größten Sorgenkind der Städtebauer, wird dadurch ideal gedient, daß ausnahmslos alle Parkstände im Bereich der bereits einmal angesprochenen 7 Gehminuten vom Arbeitsplatz liegen und in solcher Zahl angeboten werden, daß auch bei Vollmotorisierung amerikanischer Prägung der ruhende Verkehr keine Störungen erfährt und die oben dargelegten Verhältnisse beibehalten werden können.

Für den **Massenverkehr** soll die Universität vor dem Forum einen Bahnhof erhalten. Mit dem geplanten Schienenverkehrsmittel ist die Universität mit dem S-Bahnnetz an den Hauptbahnhöfen Bochum und Wanne-Eickel verbunden und über diese Verbindung mit

dem Münsterland — im Süden mit dem Hbf. Witten und über diesen mit dem Hagener und Wuppertaler Raum.

Die **Attraktivität** wird aber nicht allein durch das großstädtische Fluidum der Umgebung oder die ideale Verkehrsanbindung bestimmt. In erster Linie wird natürlich das Niveau der Lehre und Forschung die Anziehungskraft der Universität bestimmen, dann das Angebot und die Ausstattung des Studien- und Forschungsplatzes, schließlich die architektonische und baukünstlerische Gestalt und sicherlich nicht zuletzt die Einrichtungen der Erholung und Freizeit. Neben dem musischen Zentrum mit Studiobühne und Ateliers sollen Einrichtungen für sportliche Betätigung in unmittelbarer Universitätsnähe entstehen mit Aufforderungscharakter, damit zwischen den Vorlesungen oder während der mittäglichen Pause gespielt oder geschwommen werden kann.

Die sehr schöne Landschaft soll zu einem kleinen Naturpark ausgebaut werden, und den Planern schwebt als Krönung dieser Erholungslandschaft ein großer See im Ruhrtal vor, der alle Arten von Wassersport erwarten ließe.

Der Bauplan

Hier nun wäre der Synthese aller bisher dargelegten Thesen und Forderungen im gebauten Plan zur Wirklichkeit zu verhelfen. Er sollte nun verständlich sein als die äußere Ausformung der vielen Einflußgrößen aus Struktur, Infrastruktur, Bauplatz und architektonischer Idee:

Die Universität als „urbanes Stadtgefüge“.

Der Grundgedanke des Bauplanes ist der Campus mit dem Gebäude, dem einen Gebäude der Universität — dem Gebäude, das als verdichtete Stadtzone mit engen Plätzen, Fußwegen und Grün- und Wasseranlagen verstanden sein will, das sich aus seiner Isoliertheit öffnet — nach Süden hin zur Landschaft und in den Erholungsraum, nach Norden zur neuen Stadt.

Man sollte mit einiger Phantasie sich den Weg des Ruhr-Studenten oder des Hochschulbesuchers vorstellen, der 1972 etwa nach Bochum kommt. Er fährt mit seinem Auto von der Universitätsstraße in einer großen Schleife ab unter das Forum und findet dort mit Sicherheit einen Parkplatz, der ihm bereits weit vor der Universität angezeigt wurde. Über eine Treppe gelangt er auf das Fußgängerdeck — auf die Verkehrsebene, auf der nur Fußgänger zu treffen sind und hier in großstädtischer Dichte. Er — der Autofahrer — trifft hier mit dem Benutzer der Bahn zusammen, der vom Bahnhof unter der Forumbrücke kommt und auf der Brücke



wiederum denen begegnet ist, die aus der Stadt kommen, den Buden oder Wohnheimen dieser Stadt. (Sicherlich wird die Attraktivität Bochums entscheidend mitgeprägt von dem Angebot an Wohnheimplätzen. 3000 bis 5000 Plätze sind geplant und in ihren Standorten fixiert).

Wir befinden uns also auf dem Universitätsforum, und ehe wir auf den Senatsplatz kommen, an dem die Universitätsverwaltung liegt, könnten wir im Studentenhaus eine Tasse Kaffee trinken.

Dieses Klubhaus der Studenten liegt unmittelbar neben der Studiobühne und den Ausstellungsräumen, von denen man einen Blick auf das Gegenüber, das zivile Forum, hat, mit dem Basar, den Läden, dem Klubhaus der Professoren und den Kirchen der Universitätsgemeinden.

An den Senatsplatz schließt sich der Bibliotheksplatz an mit dem großen Gebäude der U.-B., die sicherlich eine der wichtigsten Attraktionen Bochums sein wird mit ihren 1,5 Mio. frei zugänglichen Bänden und mehr als 1000 Lesesaalplätzen.

Die Mitte des Forums bildet der 100 m im Geviert messende Hörsaalplatz mit dem auditorium maximum, den geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Hörsaalzentren. In diesen architektonisch sehr interessanten Gebäuden werden fast alle Hörsäle verschiedenster Größe zusammengefaßt. So wird wohl kein Mangel an Hörsaalplätzen in Bochum auftreten nach Vollendung dieser Zentren. Die Hörsäle werden klimatisiert und mit all den technischen Einrichtungen vollkommen versehen, die für die Lehre unentbehrlich sind.

Von diesem Hörsaalplatz in der Mitte haben wir einen Überblick über die ganze alma mater: nach Westen das Querforum mit Rasenflächen und Wasserbecken, nach links das Quartier mit den Hochhäusern der Geisteswissenschaftlichen Abteilung, die untereinander, wie alle Hochhäuser, mit zweigeschossigen „Flachbauten“ verbunden sind, die wiederum ruhige Innenhöfe umschließen. Rechts liegen die Bauten der medizinischen Abteilungen. Nach Osten teilt ein gleiches Querforum mit Rasenflächen und Treppen die Quartiere der Ingenieurwissenschaften links (die drei fertigen Gebäude) und der vier Hochschulhäuser der Naturwissenschaften rechts.

Verfolgen wir vom mittleren Forumsplatz den Weg auf dem Hauptforum nach Süden, so gelangen wir, indem wir das „audi max“ umschreiten, zur Mensa, die in mehreren Geschossen sich zum botanischen Garten ab-

treppt und einen großartigen Ausblick auf die Landschaft der Ruhr gewährt.

Hier liegen dann auch die Gebäude des Kurzeitsportes und die Spielfelder für Ball und Tennis. Jenseits des Lottentales in etwa 20 Min. Fußweg oder mit dem Ringbus können wir das Sportgelände erreichen mit Kampfbahn, Sportplätzen, Sporthalle, Schwimmbecken, und im Ruhrtal gleiten Segelboote auf dem Stausee.

Wirklichkeit? 1972 oder vielleicht 1973 — sicher 197... Die Antwort steht am Ende.

Typenplanung

Nun wird der Bericht nicht mehr für jeden interessant sein können — es gehört aber zum Planverständnis, und so sollte der Betrachter des Bochumer Universitätsbauplanes sich dieser kurzen Mühe noch unterziehen. Ist es in der Tat so, daß diese einmalige architektonische Chance zu nichts anderem geführt hat als zu monotonen und vielleicht sogar monumentalen nüchternen Klötzen aus Beton und Stahl?

Die Nüchternheit der Universitätsbauten ist gewollt und außerdem eine Funktion des Typs und der Serie. Eine solch riesige Bauaufgabe läßt sich weder organisatorisch noch finanziell in Individualbauten für jedes einzelne Institut darstellen. Andererseits ist es durch die Typisierung, und nur durch diese, möglich geworden, so schnell und wirksam Studienplätze zu schaffen, und es sollte jeder erkannt haben, daß die Zeit uns noch mehr bedrängen wird — nicht nur in Bochum. Dem aufmerksamen Betrachter wird sicher nicht entgangen sein, daß jedes der vier Quartiere eine merkbare eigene Ausprägung erhält und bestimmend für die architektonische Aussage keineswegs der heutige Eindruck sein kann.

Zunächst muß man sich die Verbindung aller Hochbauten durch die Flachbereiche vorstellen, durch die Plätze und Räume entstehen und die erst den Maßstab bestimmen.

Die Querforen sind weite, gärtnerisch gestaltete Freiräume. Aber diese Bauten des Hoch- und Flachbereiches wollen nicht mehr sein als nüchterne Institutsbauten und ihre Konstruktion als Serienprodukt nicht verleugnen. Maßstab und Verhältnisse müssen allerdings den hohen Ansprüchen einer Hochschule entsprechen.

Ganz anders dagegen die Bauten des Forums — hier wird das individuelle Gesicht der Ruhr-Universität Bochum zum Ausdruck kommen in den mit großer Sorgfalt geplanten Bauten des Theaters, der Verwal-

tung, der Bibliothek und vor allem dem großen Saal, der Aula. Wir sollten hier hohe Ansprüche stellen an die künstlerische Aussagekraft dieser Forumsplätze mit ihren Wänden, wir sollten auch erwarten dürfen, daß im Kontrast mit den nüchternen Quartieren der Abteilungen die ganze Kraft einer großen architektonischen Idee, einer gebauten Universität, zum Ausdruck kommt.

Chronologie

1961 wurde durch Landtagsbeschluß Bochum zum Standort der ersten Universitätsneugründung unseres Staates bestimmt. Es folgten später die Gründungen Dortmund, Ostwestfalen und Düsseldorf, womit Nordrhein-Westfalen 8 Hochschulen besitzt.

1962 formulierte der Gründungsausschuß die Strukturideen dieser Neugründung im Revier und legte die Denkschrift als „Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum“ vor.

1963 wurde die Bauidee in einem Wettbewerb erarbeitet, durch ein anschließend gebildetes großes Architekten- und Ingenieurteam weiterentwickelt.

1964 konnte mit den Bauarbeiten begonnen werden und knapp ein Jahr später, 1965, wurde die feierliche Gründung vollzogen. Im WS 1965/66 waren rund 70 Lehrstühle besetzt und rund 1300 Studenten immatrikuliert. Bis 1968 werden die Studentenzahlen noch bis etwa 3000 vielleicht auch 4000 wachsen können. Es werden dann die nächsten Bauten bereit sein für weitere Semester der Geistes- und Ingenieurwissenschaften.

Ein Jahr später dürften auch die letzten Bauten der Naturwissenschaften zumindest für die Forschung zur Verfügung stehen.

Der Bauplan ist nunmehr eine Funktion des Finanzplanes. Wir dürfen erwarten, daß das soeben phantasierte Bild der fertigen Universität nicht wesentlich später als 1972/73 erlebbar ist.

Seite 43 oben:

Typengrundriß eines Normalgeschosses. 1 Professor; 2 Vorzimmer; 3 Assistent; 4 Hilfskräfte; 5 Besprechungs- und Übungsraum; 6 Teeküche; 7 Nebenraum; 8 Studentenaufenthalt; 9 Seminar; 10 Übungsraum; 11 Hörsaal; 12 Waschraum; 13 Putzraum.

Seite 44 unten:

Modell des Kerngebietes der Universität mit der „Wohnstadtcity“ im Vordergrund.

Seite 45 oben:

Lageplan des Kerngebietes

Seite 47 oben:

Stand der Bauarbeiten Mitte Februar 1966.

der ruhr-student fragte Ruhr-Studenten

Kapitel I: Ist Bochum zu einer Universitätsstadt geworden?

— „Ja, Gott, Bochum muß sich wohl erst noch etwas entwickeln.“

— „Ob man Bochum genießen kann? Ja, sicher, soweit da überhaupt etwas zu genießen ist.“

— „Dies Querenburg ist praktisch eine Insel, man hat keinen Kontakt zum kulturellen Leben der Stadt. Wenn man nicht motorisiert ist, sind die Entfernungen einfach zu weit,

weil man auf den Bus angewiesen ist.

— „Ich komme von Freiburg und Sie können natürlich Freiburg nicht mit Bochum vergleichen, weil Freiburg älter und gewachsener ist und die Bevölkerung mit den Studenten lebt, da sie ohne den Studenten nicht leben könnte. Es ist natürlich vom Studentischen, vom Romantischen her gesehen, falls das überhaupt noch akut ist, wesentlich schöner in Freiburg zu studieren als hier.“

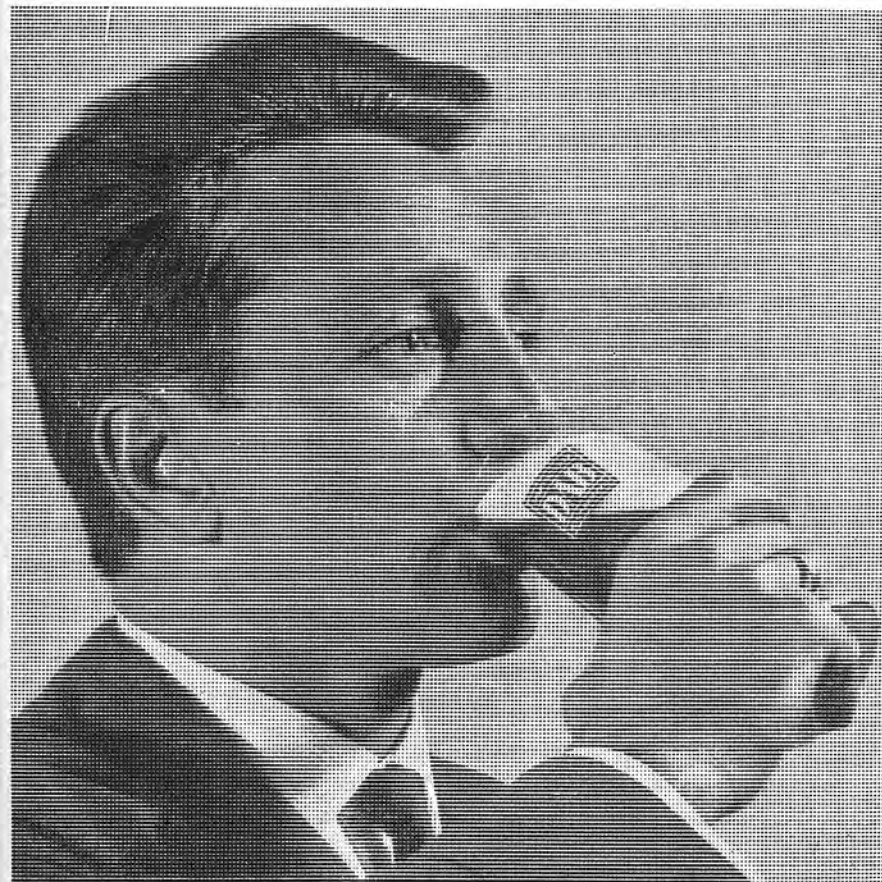
— „Ich würde behaupten, daß diese Universität im gegenwärtigen Stadium — ob das so bleibt, kann man nicht sagen — etwas ver-

körpert, von dem ich glaube, daß es dem Menschen im 20. Jahrhundert — entschuldigen Sie das Pathos — angemessen ist. Hier ist eine recht nüchterne Atmosphäre, die zur Arbeit anhält.“

Das ist das Stichwort für das
Kapitel II: Wie sind die Arbeitsbedingungen?

— „Gefallen hat mir, daß es so schön leer war, also verhältnismäßig gute Arbeitsbedingungen bestehen.“

ICH WEISS WAS ICH TRINKE



DORTMUNDER ACTIEN-BIER

Ein Bier, das in der ganzen Welt unter dem Namen DAB bekannt ist. Hohe Braukunst, unterstützt durch moderne Technik, bietet die Gewähr für gleichbleibende Qualität; und gerade die Qualität ist es, die das Dortmunder Actien-Bier so beliebt macht.



— „Der reine Universitätsbetrieb gefällt mir sehr gut, weil man persönlichen Kontakt zu den Professoren hat. Es ist hier eben keine Massenabfertigung wie an anderen deutschen Universitäten.“

— „Vor allen Dingen sind hier die Professoren noch nicht so überlastet wie an anderen Universitäten.“

— „Die glückliche Proportion zwischen der Zahl der Studenten und der Zahl der Professoren und die Arbeitsmöglichkeiten gefallen mir sehr gut. Das wird hoffentlich auch die nächsten Semester so bleiben.“

— „Die Arbeitsbedingungen sind ganz in Ordnung oder sogar sehr gut. In den Seminaren sitzt man mit zehn bis zwölf Mann, das finde ich ideal.“

— „Positiv sind die vielen Möglichkeiten, die man hier hat: Man kann als Student im höheren Semester als Hilfskraft arbeiten.“

— „Es fehlt noch allerhand an Büchern, die Arbeitsmöglichkeiten sind noch nicht so, wie sie sein sollten. Positiv ist zu sagen, daß man viel eher in Kontakt kommt, man ist nicht nur eine Matrikelnummer.“

— „Ich nehme an, wenn im nächsten Semester noch 2000 Studenten kommen, daß es hier wieder mehr Massenbetrieb wird. Dann ist das Schöne vorbei.“

— „Lernen und arbeiten können Sie hier, aber es besteht die Gefahr, daß es hier bald ein „Bildungssupermarkt“ wird.“

— „Tolle Arbeitsatmosphäre! Man kann viel arbeiten und wenn Karneval ist, kann man nach Hause fahren und feiern. Wenn man nicht will, braucht man nichts zu tun.“

Dann muß also die Frage des nächsten Kapitels verneint werden?

Kapitel III: Ist Bochum eine Paukuniversität?

— „Es ist ein bißchen zu arbeitsam hier, hier ist eine Art Paukuniversität. Deswegen werden auch viele im nächsten Semester nicht mehr hier sein. Denn die Zahl der geforderten Seminare in den Studienordnungen ist höher als an anderen Universitäten.“

— „Für mich persönlich ist es so, daß ich wohl wieder zurückkehren werde, weil die Übergangsregeln prüfungstechnischer Art für mich ausgesprochen ungünstig sind. Die Anforderungen sind von Universität zu Uni-

versität so unterschiedlich, ich müßte hier als Wirtschaftswissenschaftler noch vier propädeutische Scheine machen, die in Münster z. B. entfallen.“

— „Paukuniversität? — Den Eindruck habe ich auch.“

— „Für mich persönlich bedeutet Bochum eine ziemliche Umstellung, weil ich von Münster her einen lascheren Betrieb gewohnt bin.“

— „Ich habe den Eindruck, daß die Professoren hier alle ein wenig zu viel Ehrgeiz haben.“

— „Nicht generell, es gibt zwar Abteilungen, die insbesondere die Anfangssemester in Pauksemester umwandeln wollen, aber ich glaube, das ist nicht allgemein so.“

— „Wenn man nicht will, ist es natürlich keine.“

Im Grunde gehört das nächste Kapitel auch zu den Arbeitsbedingungen:

Kapitel IV: Wie sind die äußeren Umstände?

— „Das Akademische Förderungswerk behagt mir weniger, z. B. die Studentenwohnheime.“

— „Die äußeren Umstände sind nicht so günstig, es gibt zahlreiche Kinderkrankheiten: Die Verkehrsverbindungen z. B.! Auch das Mensaessen ist nicht das beste.“

— „Negativ sind noch die schlechten Wegverhältnisse. Wenn es mal regnet, steht man knöcheltief im Schlamm.“

— „Als negativ möchte ich die allgemeine Bausituation herausstellen, an die man sich erst gewöhnen muß.“

Doch das sind mehr oder weniger Randerscheinungen. Die entscheidende Frage ist doch diese:

Kapitel V: Ist Bochum eine „Neue Universität“?

— „Grundlegende Unterschiede gegenüber anderen Universitäten habe ich nicht festgestellt. Ich würde Bochum nicht als neue Universität bezeichnen.“

— „Es wird hier keine neue Universität, es bleibt hier so wie alles andere.“

— „Bochum ist insofern eine neue Universität als man behauptet, daß das juristische

Repetitorium überflüssig sein soll. Deswegen bin ich als Jurastudent hierhergekommen. Ich möchte das aber nicht unterstreichen, da es auch hier nötig bleiben wird, zum Repetitor zu gehen, denn die Koordinierung in den einzelnen Arbeitsgemeinschaften ist doch noch nicht so wie sie sein soll.“

— „Jein! Ich würde sagen, es gibt gewisse Strukturen an der Universität, die neu sind. Dagegen ist anderes erhalten geblieben, von dem ich glaube, daß es notwendig war, es zu erhalten. Mitunter gibt es sogar eine recht enge interdisziplinäre Zusammenarbeit. Soweit ich sehe, sind Bestrebungen im Gange gemeinsame Arbeiten durchzuführen. Das scheint mir doch etwas zu sein, was relativ neu ist.“

— „Die Organisation ist insgesamt ziemlich mißraten, die Architektur sollte man völlig wieder rückgängig machen. Hier ist in den alten Schläuchen wieder der alte Geist.“

Soweit die Erfahrungen der ersten Ruhr-Studenten. Wie steht es aber mit den jetzigen Abiturienten?

Kapitel VI: Frage an einige Abiturienten: Werden Sie in Bochum studieren?

— „Ich glaube nicht, denn es ist hier alles zu steril gehalten.“

— „Ich werde hier studieren, weil ich hier ein Zimmer bekommen kann. Bochum liegt ziemlich nah zu meinem Heimatort.“

— „Ich würde vielleicht hier studieren, aber nicht am Anfang. Ich würde warten, bis sich alles eingelaufen hat. Ich glaube, die Atmosphäre wird sich in einigen Jahren verbessern, heute fehlt sie wirklich.“

— „Ich würde hier nicht studieren. Die ganze Atmosphäre ist irgendwie zu kalt.“

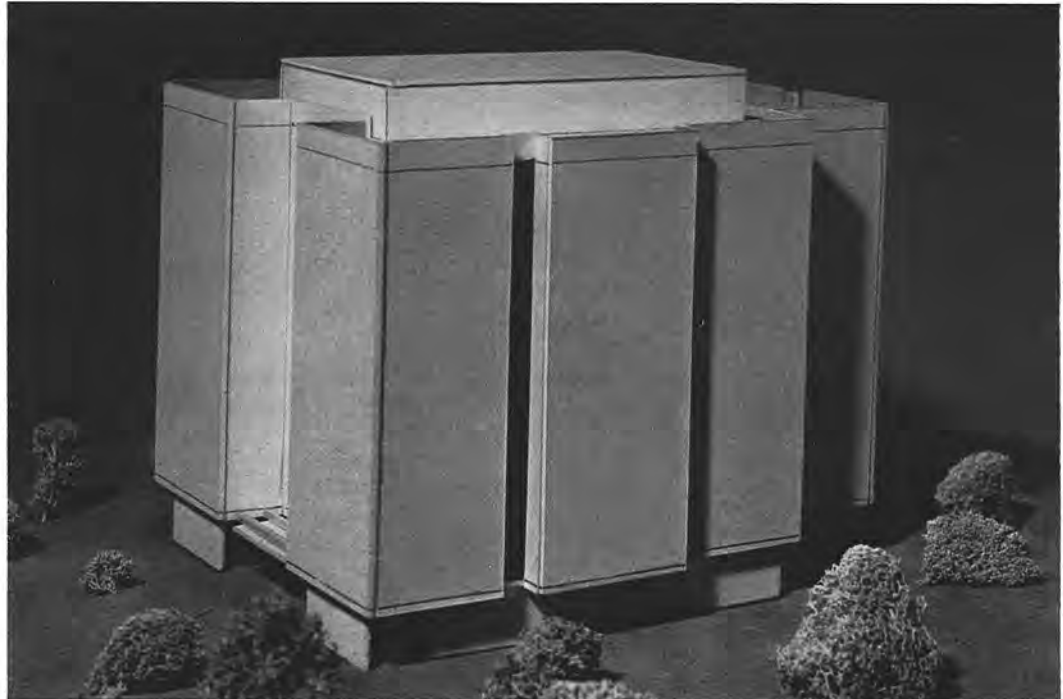
— „Ich werde wahrscheinlich ab Mai jetzt sofort hier studieren. Mir gefällt's hier.“

Nachwort:

— „Ob ich hier weiterstudieren werde? Natürlich bleibe ich hier. Mitgefangen — mitgegangen, weil mein Professor die Dummheit begangen hat, hierhin zu gehen.“

Wie wollen die Bochumer Studenten wohnen?

Von Heinz Theodor Jüchter



Die Titelfrage ist ohne Zweifel anmaßend. Wer kann schon wissen, wie „die Bochumer Studenten“ wohnen wollen? Wer darf auch wagen, zu fragen, wie Studenten wohnen „wollen“ und nur diesen Willen zum Maßstab seiner Forderungen machen? Und überhaupt: Sollten die Bochumer Studenten nicht zunächst einmal dankbar sein, daß die Planer der neuen Universität von Beginn auch für studentische Wohnheime gesorgt haben?

Gewiß, die Fragen sind berechtigt. „Die Bochumer Studenten“ — heute und in der Zukunft — werden sehr unterschiedliche Vorstellungen von der ihnen angemessenen Wohnung haben, und das ist auch gut so.

„Die Bochumer Studenten“ werden sicherlich auch anerkennen, daß der Staat, wenn er schon derart viel Geld für studentische Wohnungen zur Verfügung stellt, auch andere Vorstellungen als die der Studenten selbst bei der Ausgestaltung dieser Wohnungen berücksichtigt. Nun gibt es gerade auf dem Sektor des studentischen Wohnheimbaus seit Jahren viele und viele divergierende Vorstellungen, und es gibt eine lange Diskussion zwischen Hochschullehrern, staatlichen Kulturbeamten, Verbandsvertretern und Studenten über die „richtige“ Vorstellung. An allen Hochschulorten sind vielfältige Erfahrungen gesammelt worden. Diese Erfahrungen hat man ausgewertet, wenn auch in der Regel bisher nur sehr unsystematisch. Wenn man also hört, ein bestimmter Typ studentischer Wohnheime habe sich „bewährt“, darf man

immer noch skeptisch bleiben, ob die Bewohner dieser Heime der gleichen Auffassung sind. Der Verband Deutscher Studentenschaften bemüht sich seit Jahren — seiner Amts- und Sachkompetenz gemäß — um die Formulierung jener Wohn-Vorstellung, die die Studenten selber haben. Wenn er dann aber das „studentengerechte“ Wohnheim fordert, hält man ihm oft vor, er vertrete entweder nicht die wahren Interessen der Studenten oder versäume, zu berücksichtigen, daß studentisches Wohnen auch „hochschulgerecht“, „gemeinschaftsfördernd“, „politisch bildend“, „akademisch erziehend“ usw. usw. zu sein habe. Bis heute blieb allerdings der VDS in dieser Sache bei seinem Ausgangspunkt: wichtig ist vor allem, daß die studentische Wohnung dem Leben und der Arbeit des freien und verantwortlichen Studenten angemessen ist. Das gilt auch für das Wohnheim.

Aber bleiben wir in Bochum. In Bochum gibt es bereits Studentenwohnheime und viele Studenten werden mit ihnen zufrieden sein. Diejenigen Bochumer Studenten, die nicht im Wohnheim wohnen wollen, erhalten wenigstens bisher wohl auch in Bochum und Umgebung noch jene altbewährte „Studentenbude“ und sind daher auch zufrieden. Trotzdem: Bereits viele der Bewohner der bestehenden Studentenwohnheime werden fragen, ob man mit dem gleichen finanziellen Auf-

Fortsetzung Seite 53





Forschung, Entwicklung und Praxis

Das Mineral so rein wie möglich zu gewinnen ist Zweck jeder Aufbereitung. Die an uns herangetragenen aufbereitungstechnischen Probleme erfordern zunächst eine gründliche Untersuchung des Rohmaterials. In unseren Versuchsanstalten und Laboratorien werden die eingesandten Materialproben auf ihre Aufbereitungsmöglichkeit hin untersucht. Die Auswertung der Ergebnisse ermöglicht es uns, das jeweils bestgeeignete Verfahren zu bestimmen und die entsprechenden Maschinen und Anlagen für die Aufbereitung des Rohmaterials anzubieten.

Diese seit Jahrzehnten in unserem Hause geübte enge Verknüpfung von Forschung, Entwicklung und Praxis trug wesentlich zu unseren bisherigen Erfolgen auf dem Gebiete der Aufbereitung bei.

Sind Sie interessiert an diesem Thema, dann schreiben Sie uns. Wir senden Ihnen weiteres Informationsmaterial über unsere Arbeitsgebiete gern zu.

WEDAG

WESTFALIA DINNENDAHL GRÖPPEL AG · 463 BOCHUM

Postfach 2730 · Telefon 50 91 · Fernschreiber 825 807 a wedg d

736



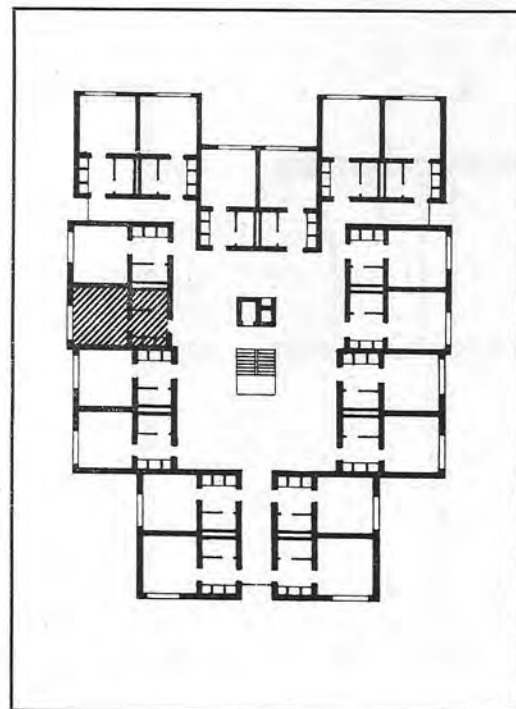
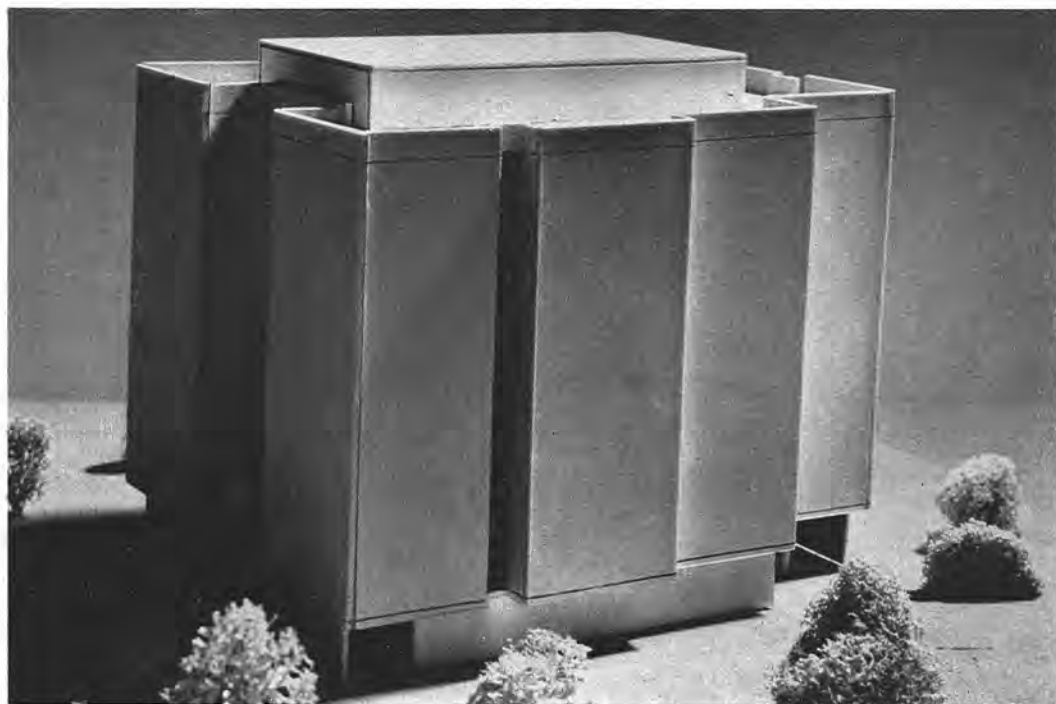
Entwurf für ein Studentenzimmer

für eine Einzel-Appartement-Wohnung, bei der die Kochnische, das Bad und der Kleiderschrank in den Vorräumen sind.

Die Einrichtung stellte das Möbelversandhaus Arzberger KG, Herrsching, zusammen.



Wie wollen die Bochumer Studenten wohnen?



Fortsetzung

wand die Wohnheime nicht noch viel zweckmäßiger hätte gestalten können und ob es unbedingt nötig war, weiterhin in den Wohnheimen die „Gemeinschaftsanlagen“ wesentlich großzügiger auszustatten als die einzelnen Studentenzimmer selbst. Warum sperren sich die Bauherren von Studentenwohnheimen immer noch so beharrlich gegen die Vorstellung, daß die einzelne studentische Wohnung als Lebens- und Arbeitsraum des Studenten eigentlich im Mittelpunkt des Wohnheimbaus stehen sollte. Alle architektonischen Ideen scheinen so einseitig die Gesamtanlage, die Eingangshallen und Gemeinschaftsräume zu betreffen, viel zu wenig aber die Gestaltung der einzelnen Zimmer selber.

Nichts gegen Schieferfußboden und hohe Glaswände, aber ist es nicht ungleich wichtiger, in den Zimmern ausreichend Platz für Bücher zu haben? Nichts gegen modern aussehende Sitzmöbel in der großen Eingangshalle, aber ist die bequeme Sitzcke im Zimmer nicht wiederum wichtiger? Nichts gegen schmucke hölzerne Blenden, aber hätte man nicht Sorge dafür tragen können, daß man hinter ihnen auch Koffer und Kästen verstauen kann? Schließlich noch: nichts gegen die großzügigen Küchenanlagen in den Erdgeschossen, aber ist es für den einzelnen Studenten nicht ungleich hilfreicher, zunächst

einmal dafür zu sorgen, daß er auch auf seiner Etage seinen Kaffee oder Tee bereiten kann? Dies sind gewiß alles Einzelheiten, aber sie sind symptomatisch für einen Wohnheimtyp, in dem Vorstellungen über sog. „Gemeinschaftsbedürfnisse“ mehr Bedeutung erhalten haben als die realen individuellen Bedürfnisse des Studenten selbst.

Hier soll einmal eine Alternative zu diesem Wohnheimtyp beschrieben werden und dann mag man die Bochumer Studenten fragen, wie sie wirklich wohnen wollen. Wir nennen diesen Wohnheimtyp **das studentische Appartementhaus**. Es folgt die Beschreibung:

Erstens. Wie die Bezeichnung andeutet, ist dieses Wohnheim zunächst einmal nichts anderes als die Aneinanderreihung oder auch Gruppierung einer Vielzahl studentischer Appartements. Jedes einzelne dieser Appartements besteht aus einem Raum, der in seiner Anlage und Ausstattung ausweist, daß in ihm ein junger Erwachsener, der studiert, wohnen,

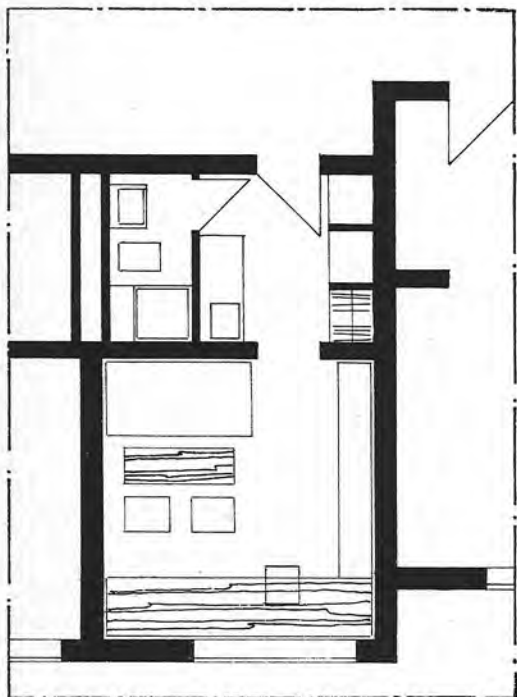
schlafen und arbeiten soll. Zur Minimalausstattung gehören also Schlafcouch, ausreichender Arbeitstisch, großes Bücherregal, großer Schrank, Teetischchen, mindestens zwei Sessel bzw. Stühle. Die Wände sind individuell gestaltbar (dazu reichen schon entsprechende Holzleisten oder Lochplatten).

Dem Einfallsreichtum für weitere innenarchitektonische Einzelheiten sind keine Grenzen gesetzt außer den in der Regel nur begrenzt zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln (s. aber dazu unten). Dem Einfallsreichtum des Bewohners zur Ausgestaltung dieses Raums dürfen aber auch keine allzu starren Grenzen gesetzt sein. So sollte alles Mobiliar wirklich auch mobil sein und etwa die Beleuchtung (zwei Lampen!) mindestens verstellbar sein.

Zu jedem Appartement gehören ferner die räumlich abgetrennte Waschecke, vielleicht sogar die eigene Toilette und Dusche und ein kleiner Kochplatz zum Bereiten des Frühstück, Kaffees und des Tees. Baulich ist sorgsam darauf geachtet worden, daß die Schallisolierung der Appartements voneinander sowie von Flur und Treppenhaus optimal ist.

Fortsetzung Seite 54





Fortsetzung

Zweitens. Außer den Appartements selbst gibt es auf den Etagen nur noch Flur und Treppenhaus. Es stört zwar den Appartement-Stil nur wenig, wenn die Toiletten und vielleicht auch eine Kochküche auf jeder Etage zentral zusammengefaßt sind. Aber ein Berliner Versuch beweist, daß die Vorteile solcher Zusammenfassung gering sind.

Drittens. Besondere „Gemeinschaftsräume“ gibt es im Appartementhaus nicht. Der sonst dafür notwendige Platz wird auf die Appartements selbst verteilt, da sich die Studenten ohnedies am liebsten im eigenen Zimmer mit ihren Flurnachbarn und auch Gästen treffen. Das hindert den Architekten nicht, im Keller oder Erdgeschoß einen Gruppenraum zu schaffen. Den Studenten wird vielleicht etwas Vernünftiges einfallen, was man mit solchem Raum alles anstellen kann. Im übrigen aber ist die Ausgestaltung der zentralen Studentenhäuser viel wichtiger und vor allem für die Studenten ertragreicher als die großzügige Ausstattung der Wohnheime mit „Gemeinschaftsräumen“.

Viertens. Heimleiter sind überflüssig; Hausmeister, die die technische Verwaltung des Hauses erledigen, dagegen wohl nicht. Ein Minimum an Hausordnung (Sauberkeitsvor-

schriften, Ruhezeiten) ist Bestandteil des Mietvertrages. Studentische Heimselbstverwaltung kann auch übertrieben werden; vielleicht kann ein gewählter Sprecher die Hausbewohner beim Vermieter vertreten, wenn es notwendig wird. Eines Hausparlaments bedarf es dazu nicht.

Fünftens. Noch etwas Wichtiges. Ein studentisches Appartementhaus ist auch besonders gut geeignet, Wohnungen für Studentenehepaare zur Verfügung stellen. Dazu müssen wohl zwei Appartements miteinander kombiniert werden. Tutorenwohnungen benötigt man dagegen nicht.

Sechstens. Es ist nach Plänen in anderen Hochschulstädten unrichtig, daß ein solches studentisches Appartementhaus finanziell nicht tragbar ist. Die „Kubikmeter umbauten Raums“ (wichtige Baueinheit) werden ja nur anders verteilt: weniger Eingangshalle, weniger „Gemeinschaft“, dafür mehr studentische Privatsphäre. Neuere Wirtschaftlichkeitsberechnungen (vor allem der Berliner Studentenschaften) haben ergeben, daß man die studentischen Appartementhäuser sogar viel wirtschaftlicher bauen und unterhalten kann als den bisherigen Wohnheimtyp. Und wenn man soviel Geld pro Bettplatz zur Verfügung hätte wie die Planer der bestehenden staatlichen Wohnheime in Bochum, dann könnte man die Appartements sicherlich noch besser ausstatten als hier beschrieben.

Siebtens. Sollte in Bochum ein solches studentisches Appartementhaus einmal gebaut werden? Auf jeden Fall. Und wer wäre der geeignete Träger? Nun, jede Institution, die es für richtig hält, endlich einmal an die Privatsphäre des Studenten zuerst zu denken. Nach bisherigen Erfahrungen trifft das allerdings unter den möglichen Wohnheimträgern nur für die Studentenschaft selbst zu. Es wäre gut, würde man es einmal probieren. In Bochum scheint dies möglich zu sein.

Wie wollen die Bochumer Studenten wohnen? Das war die Titelfrage. Eine einhellige Antwort gibt es wohl nicht. Aber eines ist völlig sicher: um die Beliebtheit eines studentischen Appartementhauses in Bochum, würde dieses gebaut, braucht man sich wohl keine Sorgen zu machen. Beliebt wird es allerdings wohl nur unter den Studenten sein, denn seine nüchterne Realität wird allzusehr dem widersprechen, was jahrelang in den Bundesjugendplan-Typus des Studentenwohnheims hineininterpretiert wurde. Vielleicht aber wird das Appartementhaus gar nicht so nüchtern werden, wie man befürchtet. Kein Heimleiter oder Tutor kann ersetzen, was zwei Personen schaffen können: ein guter Architekt und der einzelne Student als privater Gestalter einer wirklich individuellen Wohnung.

MAN SAGT STAHL- WIR MEINEN QUALITÄT



Eines der größten technischen Projekte der Gegenwart ist die Gewinnung von Energie aus der Kernspaltung. Die Aggregate, welche die Beherrschung der bei diesem Vorgang freiwerdenden Kräfte ermöglichen, beruhen auf der Grundlage der Stahlherstellung und -verarbeitung. Einzelteile und fertige Werkstücke größter Abmessungen und Gewichte müssen hierfür so zuverlässig hergestellt werden können, daß die Gefahren, die mit dieser Form der Energiegewinnung verbunden sind, mit absoluter Sicherheit gebannt werden. Die Einrichtungen der RHEINSTAHL HÜTTENWERKE entsprechen dem neuesten Stand der Technik, ihre Anlagen zur Erschmelzung von Eisen und Stahl, zum Walzen von Blechen, zum Gießen, Schmieden und Schweißen größter und hochwertigster Werkstücke, ihre Betriebe für die Wärmebehandlung, mechanische Bearbeitung, Werkstoffprüfung und die große Erfahrung ihrer Ingenieure und Arbeiter sichern eine zuverlässige Herstellung.

Die RHEINSTAHL HÜTTENWERKE bieten jungen, aufstrebenden Ingenieuren, Kaufleuten und Volkswirten ungewöhnlich vielseitige Entwicklungs- und Einsatzmöglichkeiten.

Bewerber wenden sich bitte an:



RHEINSTAHL HÜTTENWERKE AG

4300 ESSEN · Am Rheinstahlhaus 3
Hauptabteilung
Personal-Angestellte

Klassik und Moderne im Spielplan

Von Leo Nyssen

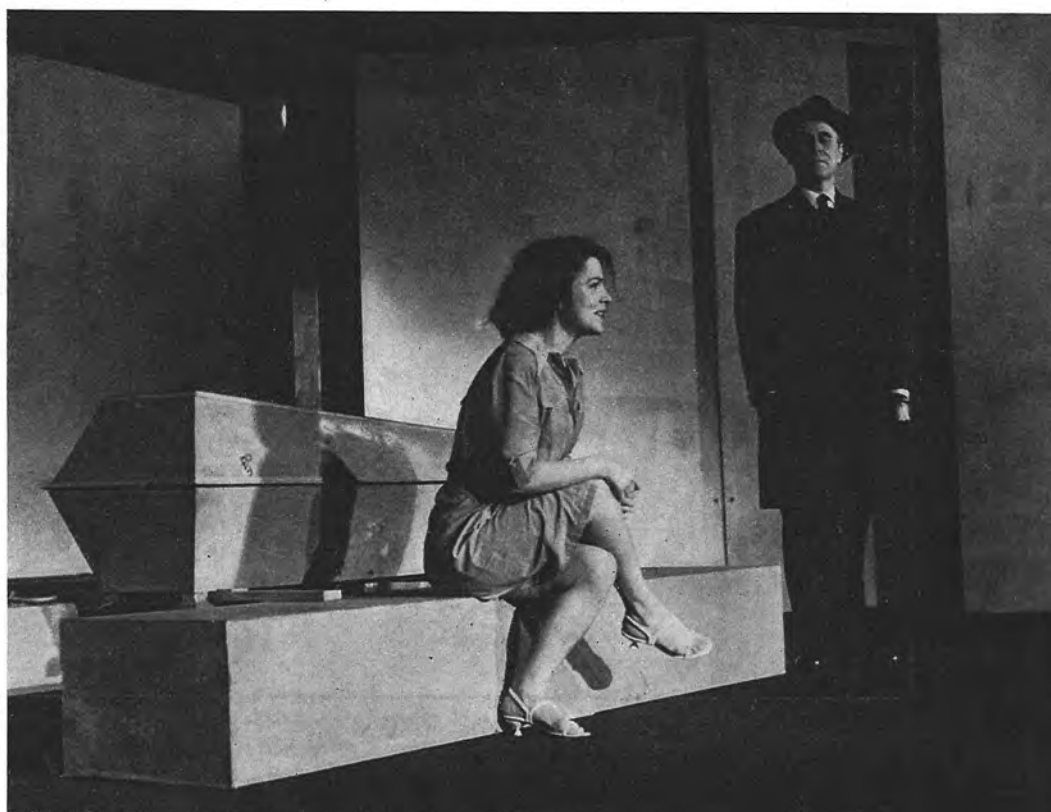


Der besondere Ruf, den das Schauspielhaus Bochum heute, und nicht erst heute, auch bei solchen kritischen Geistern genießt, die mit dem abwertend gemeinten Prädikat „Provinztheater“ recht großzügig umzugehen pflegen, dieser Ruf kommt nicht von ungefähr; er wurde auch nicht mit der Begründung des Spielkörpers vor bald fünfzig Jahren gleich mit in die Welt gesetzt, sondern mußte im Lauf der Jahre und Jahrzehnte, oft mühsam und teuer, erkaufte und immer aufs neue verteidigt werden — schließlich will hoher Anspruch, einmal geweckt, gehalten sein.

Als der erste Lenker der Bochumer Theater-

geschicke, Intendant Saladin Schmitt, kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges die Berufung nach Bochum und hier den Auftrag zum Aufbau eines Schauspielensembles erhielt — nachdem man sich vier Spielzeiten hindurch in dem einstigen Varieté- und Operettentheater an der Königsallee, das 1915 zum „Stadttheater“ um- und ausgebaut worden war, mit auswärtigen Gastspielen begnügt hatte —, waren sich die Stadtverantwortlichen wohl darüber im klaren, daß dem neuen Mann und dem neuen Unternehmen eine gebührende Anlaufzeit zuzubilligen sei.

Das Bochumer Schauspiel- haus und sein Intendant

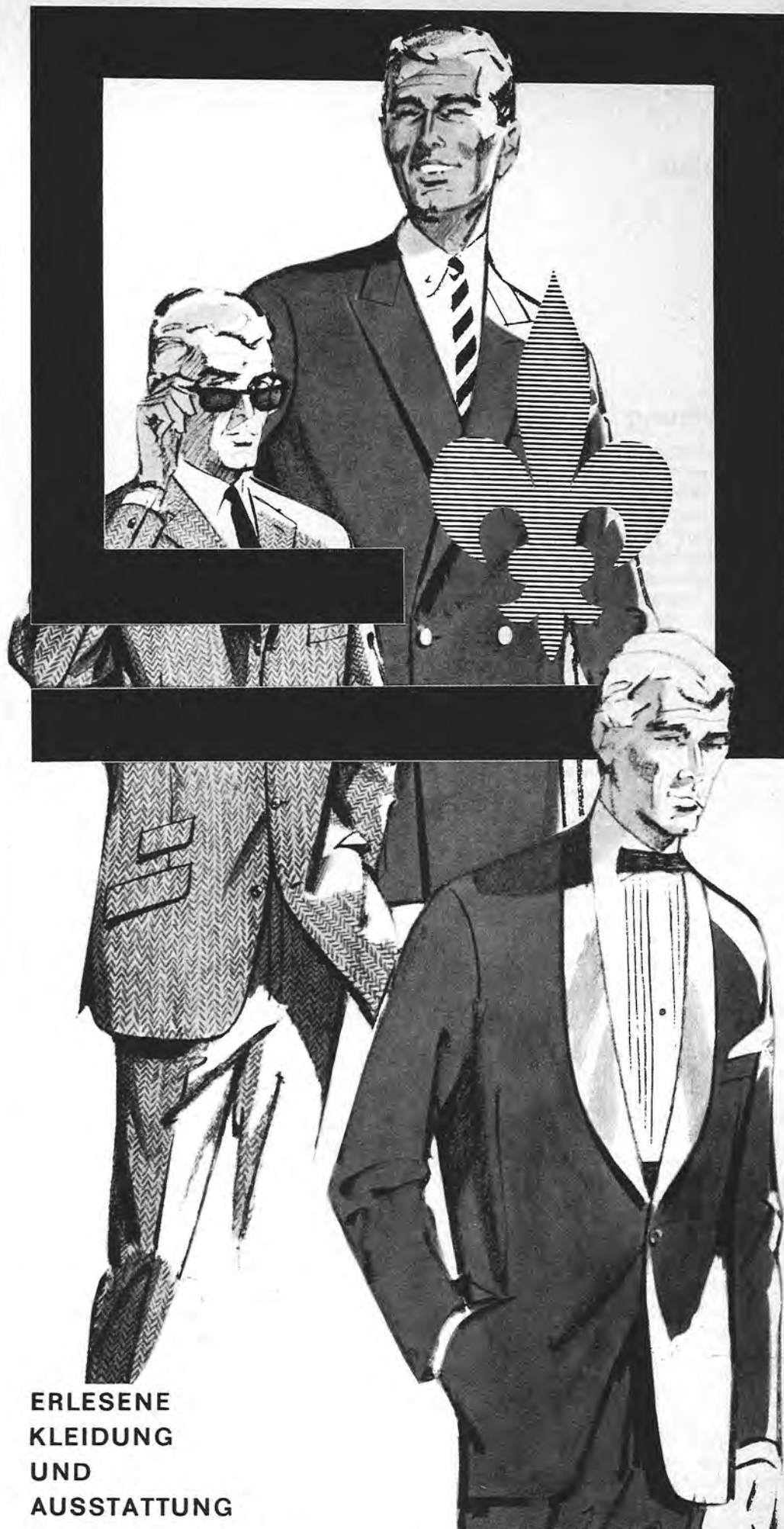


Tatsächlich hat es immerhin eine Reihe von Jahren gedauert, bis sich die neubegründete Bochumer Bühne innerhalb der deutschen Theaterlandschaft einmal deutlicher bemerkbar machen konnte. Das geschah dann im Jahre 1927 mit dem damals allgemein als sensationell angesehenen, aber zugleich doch auch geglückten Versuch, sämtliche Königsdramen Shakespeares innerhalb einer festlichen Woche in Bochum über die Bühne gehen zu lassen, nachdem Saladin Schmitt freilich bereits von seinem ersten Bochumer Jahr an der Shakespearepflege besondere Aufmerksamkeit geschenkt hatte.

Bemerkenswert war nicht nur der Umstand, daß das Wagnis einer solchen zyklischen Darbietung nicht von einer der großen renommierten und traditionsreichen Bühnen, sondern von einem „Neuling“ unternommen worden war, daß ferner die Aufführungen in Bochum einen erstaunlich hohen Rang verrieten und daß in der Art der Darbietung schon gleich so etwas wie ein besonderer „Stil“ erkannt wurde — jene stark heraldisch bestimmte Repräsentation, die dann als „Bochumer Stil“ in die Theatergeschichte eingegangen ist. Vielmehr war noch etwas anderes sehr bemerkenswert: die ehrwürdige, vornehmlich doch wissenschaftlichen Aufgaben dienende Deutsche Shakespeare-Gesellschaft hielt das angezeigte Unternehmen für bedeutsam genug, ihre Mitglieder zur Teilnahme aufzurufen und die festlichen Bochumer Tage zum Anlaß einer Mitgliederversammlung zu nehmen.

Beides hat sich bis zum heutigen Tage erhalten: die besondere Pflege der Shakespeare-schen Dramatik und zugleich die enge Verbindung des Bochumer Theaters mit der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft, die noch dadurch bekräftigt wurde, daß Intendant Schmitt in den vierziger Jahren die Präsidentschaft der Gesellschaft übernahm. Jedenfalls waren und sind die Bochumer Shakespeare-tage immer zugleich Festtage des Theaters. Sämtliche Dramen des großen Engländers sind inzwischen in Bochum aufgeführt worden, eine Reihe von ihnen bereits mehrfach, in jeweils neuen Inszenierungen. Sowohl Saladin Schmitt wie auch sein Nachfolger Hans Schalla (seit 1949) brachten ihre Einstudierungen meist in eigenen dramaturgischen Bearbeitungen heraus, außerdem hat Hans Schalla dem sowohl von Theaterleuten wie von Wissenschaftlern seit langem geführten Dialog über die Shakespeare-Übersetzungen mit der gelegentlichen Verwendung alter und neuer Eindeutschungen (Eschenburg, Flatter, Schröder, Rothe, Joisten) neue Nahrung gegeben.

Fortsetzung Seite 58



ERLESENE
KLEIDUNG
UND
AUSSTATTUNG

gorden
herrenmoden

BOCHUM · HUESTRASSE 9 · ECKE HELLWEG · TELEFON 61945

Fortsetzung

Natürlich sind es nicht nur die Aufführungen der Shakespeare-Tragödien und -Komödien, die dem Wirken der Bochumer Bühnen seit jetzt bald fünfzig Jahren Glanz verleihen: alle wesentlichen „Klassiker“ haben von Anfang an den Bochumer Spielplan mitbestimmt — in den dreißiger Jahren auch in zyklischen Darbietungen: es gab eine Goethe-, eine Schiller-, Kleist-, Hebbel- und eine Grabbe-Woche. Neben solcher, bis heute weitergeführter Bemühung um eine lebendige Vergegenwärtigung der deutschen Klassik und Nachklassik, aber auch etwa Molières und Goldonis, ist die unmittelbare Gegenwart nie vernachlässigt worden. Schon in den zwanziger Jahren erscheinen wichtige Namen des deutschen Expressionismus auf dem Spielplan; in den Quarantänejahren des deutschen Theaters unter Hitler war eine freizügige Spielplangestaltung zwar nicht möglich, aber schon die ersten Nachkriegsjahre haben dann auch in Bochum dem Nachholbedarf an neuer Dramatik, vor allem des Auslandes, Genüge tun können.

Generalintendant Hans Schalla hat seither die wesentlichen Autoren des heutigen Welttheaters hier zu Wort kommen lassen, er hat daneben auch wesentliche Stücke aus dem Repertoire der zwanziger Jahre neu erprobt und etwa mit seiner Inszenierung von Wedekinds „Marquis von Keith“ mit Hans Messemer in der Titelrolle hier und zugleich beim Festival des Theaters der Nationen in Paris den gleichen sensationellen Erfolg erzielt wie ein Jahr vorher mit seiner Inszenierung von Sartres „Der Teufel und der liebe Gott“.

So erfuhren dann auch die einstigen Klassiker-Wochen eine zeitgemäße Weiterführung im Sinne des modernen Theaters mit Wochen des amerikanischen, des französischen, englischen und deutschen Gegenwartstheaters; außerdem werden Stücke junger, vordem kaum bekannt gewordener Autoren zur Diskussion gestellt.

Vor allem, seitdem das Haus an der Königsallee ein intimer gehaltenes Pendant in den vorerst noch behelfsmäßig in der Berufsschulaula untergebrachten „Kammerspielen“ besitzt (seit 1955), hat das avantgardistische Gegenwartstück — auch hier freilich neben dem Klassiker und dem Theater der Jahrhundertwende — einen angemessenen Raum im Spielplan, vielfach mit Uraufführungen und deutschen Erstaufführungen. Dieses Genre des intimen Theaters wird einen noch breiteren Spiel-Raum erhalten, wenn vom Herbst dieses Jahres an der Neubau eines Kammerspielhauses als Appendix zum großen Haus an der Königsallee bezogen und bespielt werden kann.



Dabei stellt sich dann natürlich fast wie von selbst die Frage nach dem Publikum, das für einen solcherart vornehmlich nach vorn gerichteten Spielplan gewonnen werden kann. Viele Hoffnungen richten sich da auf die Besucher, die künftig aus den Kreisen der Studenten- wie der Dozentenschaft der Ruhr-Universität erwartet werden können. Auch Generalintendant Hans Schalla, der die Dinge nicht zuletzt von der Seite der Praxis, d. h. von den Möglichkeiten der Realisierung her, beurteilt, hat sich darüber längst Gedanken gemacht. Wir baten ihn, seine Meinung dazu kurz zu formulieren, hier seine Antwort:

„Der Spielplan — besonders in den neuen Kammerspielen — wird die Tatsache berücksichtigen, daß eine größere Anzahl von Studenten das bisherige Publikum ergänzen wird. Geplant sind jeweils mehrere moderne Stücke — evtl. auch reine Experimentierstücke —, die nur außer Vormiete laufen und damit auch einen echten Publikumstest, was die Nachfrage angeht, darstellen sollen. Wie weit diese Planungen realisierbar sind, hängt allerdings von wesentlichen, bisher noch nicht voll übersehbaren Voraussetzungen ab. Es ist z. B. fraglich, ob die Werkstätten des Schauspielhauses in der Lage sind, eine über das unbedingt nötige Maß hinausgehende Anzahl von Inszenierungen technisch vorzubereiten. Andererseits bleibt abzuwarten, ob die Teil-

nahme der Zuschauer die Durchführung zusätzlicher Spielplanwerke finanziell rechtfertigt.“

Man erkennt: Theaterleute sind durchaus Realisten. Schallas Vorbehalte sind um so verständlicher, als die künftige Mitbespielung der Gelsenkirchener Theater durch das Bochumer Schauspiel den Intendanten und seine Mitarbeiter vor weitere schwierige Probleme stellt. Viel wird auch davon abhängen, ob es gelingen wird, das Ensemble, dessen Rang, dessen Farbigkeit und Konsistenz wesentlich den Ruf des Bochumer Theaters mitbestimmt hat, nach der geplanten und im Hinblick auf das „zweite Haus“ und auf die künftige Theatergemeinschaft Bochum-Gelsenkirchen notwendig gewordenen Erweiterung von heute etwa vierzig auf über sechzig Darsteller so zu einer homogenen Spielgemeinschaft zu formen, daß die Aufgaben, wie die Zukunft sie dem Schauspielhaus in der Universitätsstadt Bochum stellt, im Sinne der großen Tradition des Hauses gelöst werden können. Die Erfahrungen nach der administrativen wie nach der künstlerischen Seite hin, die Generalintendant Hans Schalla und sein Arbeitsteam in Bochum hinter sich haben, sollten die Gewähr dafür sein, daß der in bald fünf Jahrzehnten erworbene Ruf des Theaters auch in der Zukunft sich bewahren und bewähren wird.

Kuno schreibt aus dem Semester



Mit beengtem „Oberlichte“
kam ich jüngst vom Dorf hierher.
Schon studiere ich Geschichte,
Sprachen, Jura und noch mehr.
Wirtschafts-Wissen, Pädagogik;
kurzum alles, was hier läuft
und erkenne schon die Logik:
Intelligenz begreift und — säuft.

Freilich kam mir diese Kunde
teils im Nachhilfunterricht
erst in vorgerückter Stunde
nach der Lesung zu Gesicht,
oder besser, zu Verstande,
denn es gibt hier im Revier
Kneipen mehr, als auf dem Lande
und ein sehr gepflegtes Bier.

Bei dem Wissen, das da träufelt
mir in den gescheiten Kopf,
wo es sich bedenklich häufelt,
geht es wie mit einem Topf,
da mein Hirn mit Extra-Mischung
angefüllt wird bis zum Hut,
daß ein Bierchen zur Erfrischung
wahre Wunder wirken tut.

Zu den schlagenden Genossen
hab ich auch schon den Kontakt,
und es ist nicht ausgeschlossen,
daß man mir das Maul zerhackt,
nicht für schlechter Art Manieren;
vielmehr hörte ich, zum Trost,
daß sich diese duellieren
aus Gewohnheit, na denn Prost!

Von der Uni zu berichten,
deren Bau noch immer wächst,
daß die Planer ihren Pflichten
eifrigst folgen, wie behext,
lohnt sich nur zu einem Teile,
denn Europas Großprojekt
braucht noch eine gute Weile,
bis der letzte Schlüssel steckt.

Weitab draußen, zwischen Feldern,
sind wir einsam etabliert.
Folglich fehlt es dem an Geldern,
der nicht gerne vegetiert.
Bücher schlucken manche Posten,
Wohnung und Verpflegung auch;
und bei dieser Art von Kosten
lieg ich herrlich auf dem Bauch.

Viel gibt's in der Stadt zu kaufen;
auch die Kunst kommt groß zu Wort.
Aber hin und her zu laufen,
scheint mir nicht der rechte Sport.
Schön, — ich bin zwar keine Memme,
nur mitunter schwach zu Fuß.
Deshalb sitz ich in der Klemme
und verfasse diesen Gruß.

Ganz gewiß wirst Du verstehen,
daß bei mir das Geld ist knapp.
Darum laß mal etwas sehen
und schick die Moneten ab.

Das Fazit aus diesem Briefe
lautet schlicht und lapidar:
Sprößling kündigt die Tarife
und erwartet Gruß in bar . . .



Mit dem 15. November 1965, dem Tag der feierlichen Immatrikulation der Studenten an der Ruhr-Universität Bochum, begann diese neue Universität ihre umfassenden Aufgaben zu verwirklichen, nämlich der Forschung, Lehre, Berufsausbildung und Fortbildung zu dienen.

Den Abschluß des ersten Semesters in Bochum nehmen wir zum Anlaß, uns nicht mehr ausschließlich Bochum zu widmen. Wir wollen uns von nun an mehr für die bildungspolitischen Belange des Ruhrgebietes einsetzen. „der ruhr-student“ will sich nicht nur an neuen Hochschulen nicht verplanen lassen, er will sich auch bemühen, für den „Ruhr-Schüler“ eine bessere bildungspolitische Zukunft zu gewinnen. Daher haben wir uns in dieser Ausgabe umfassend mit der Bildungswerbung auseinandergesetzt, denn nicht zuletzt wegen ihrer bildungswerbenden Ausstrahlung wurden ja die Universitäten Bochum und Dortmund gegründet.

Wir sind mit hohen Ansprüchen an diese Aufgabe gegangen. Alle Seiten wollten wir hören und haben wir (fast) auch

gehört. Und weil das gar nicht so einfach für eine Studentenzeitung war, sind wir stolz darauf. Dem Gespräch mit Dr. Stoltenberg gingen mindestens 30 Telefongespräche voraus: und dann geschah es doch, zwischen UPI und einem Botschafter. Frau Dr. Hamm-Brücher, wohnhaft in München, erwischten wir glücklicherweise in Bonn. Prof. Mikat war dankenswerterweise sofort bereit, für uns zu schreiben.

Die Artikel der Autoren aus dem studentischen Bereich kamen schließlich ein paar Tage nach Redaktionsschluß auch noch an. Nur die Industrieseite, die für das Ruhrgebiet wesentlich ist, konnten wir nicht interviewen: Tarifverhandlungen machten uns einen Strich durch die Rechnung.

Allgemein konnten wir eine begrüßenswerte Studentenfreundlichkeit feststellen. Nicht nur das Herrenhaus Gorden (Bochum), das einen Universitätsschlips mit den Landes- und Stadtfarben entwickelt hat, nein, auch die Gesprächspartner, die Autoren, vor allem aber die Anzeigengeber bewiesen uns das. Wir dürfen uns bei allen sehr herzlich bedanken.

Aber wir wollten auch dem Anspruch der vorherigen Ausgaben gerecht werden, daher haben wir uns (und werden es auch weiter tun) intensiv mit den Problemen der neuen Hochschulen Bochums und Dortmunds beschäftigt. Hier waren die redaktionellen Schwierigkeiten nicht weniger groß. Bringen Sie einmal Persönlichkeiten wie einen Stadtrat, einen Kanzler und einen Prodekan unter einen Termin-Hut für ein Rundgespräch... Auch den Mitwirkenden beim „lokalen“ Teil dürfen wir unseren Dank sagen.

Das ist auch das Programm für die nächsten Ausgaben: Bildungspolitik im Ruhrgebiet unter besonderer Beachtung der Hochschulneugründungen. Das ist auch der Grund, warum „der ruhr-student“ weiterlebt und nicht — wie in der letzten Ausgabe angekündigt — sanft eingeschläfert wird. Ein Engagement für die Bildungspolitik im Ruhrgebiet ist notwendig geworden.

Glückauf — „der ruhr-student“ kommt!
Hendrik Bussiek, Redaktion

der ruhr-student

Bochumer, Dortmunder und
Essener Studentenzeitung

Herausgegeben von der Studentenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Verantwortlich für den Inhalt:
Der Vorsitzende

Geschäftsführung:
Peter Schultz

Redaktion:
Hendrik Bussiek

Titelblatt und Layout:
Friedrich W. Husemann

Illustrationen:

Hans Ahlborn (2), Archiv (1),
Bundesministerium für wissenschaftliche
Forschung (1), Bundespräsidialamt (1),
Freie Demokratische Partei (2), Charlotte
Fuhrmann (1), Manfred Hannok (14),
Friedrich W. Husemann (7), Renate Richter (2),
Architekt Schulze (2), Staatshochbauamt für
die Ruhr-Universität (3), Stifterverband
für die deutsche Wissenschaft (1).

Anschrift der Geschäftsführung und
Redaktion:

463 Bochum, Buscheyst. (Ruhr-Universität),
Telefon 39 94 16 und 3 60 57

Konten:

Westfalenbank AG Bochum, Nr. 58 759
Stadtsparkasse Bochum, Nr. 2/9676

Druck und Vertrieb:

Schürmann & Klagges,
463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Schutzgebühr DM 1,—

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Heft 5 erscheint Ende Juni 1966.



BOCHUM Von Grün- und Parkanlagen durchsetzte Großstadt · Standort der Ruhr-Universität
 Bedeutendes Theater · Westfälische Schauspielschule · Bergbaumuseum · Geologisches Museum · Planetarium · Institut
 für Satelliten- und Weltraumforschung · Moderne Mehrzweckhalle · Sitz großer Industrie- und Handelsunternehmen

Schaufenster des Reviers

Auskunft:

Amt für Verkehrs- und Wirtschaftsförderung, Bochum - Ruf 699 35 75 - 699 35 82 · Verkehrsverein Bochum e. V., Hauptbahnhof - Ruf 6 21 42
 Verkehrsverein Bochum-Langendreer-Werne e. V., Bochum-Langendreer, Wallbaumweg 137 - Ruf 2 19 25

WISSENSCHAFT und **FORSCHUNG**

als Grundlagen und Voraussetzung
für Fortschritt und Entwicklung

TECHNIK

als Ergebnis folgerichtiger Anwendung
wissenschaftlich- technischer
Erkenntnisse in Verbindung mit der
täglichen

ERFAHRUNG

aus Salzgitter Produktionsbetrieben
liefern unseren Fachingenieuren,
Chemikern, Betriebswirtschaftlern,
Kaufleuten die Impulse für die
Übernahme der Verantwortung als
Gutachter, Berater, Generalplaner
sowie für die Bauleitung, Inbetrieb-
nahme und Betriebsführung von
kompletten Industrie-Anlagen



SALZGITTER INDUSTRIEBAU GMBH